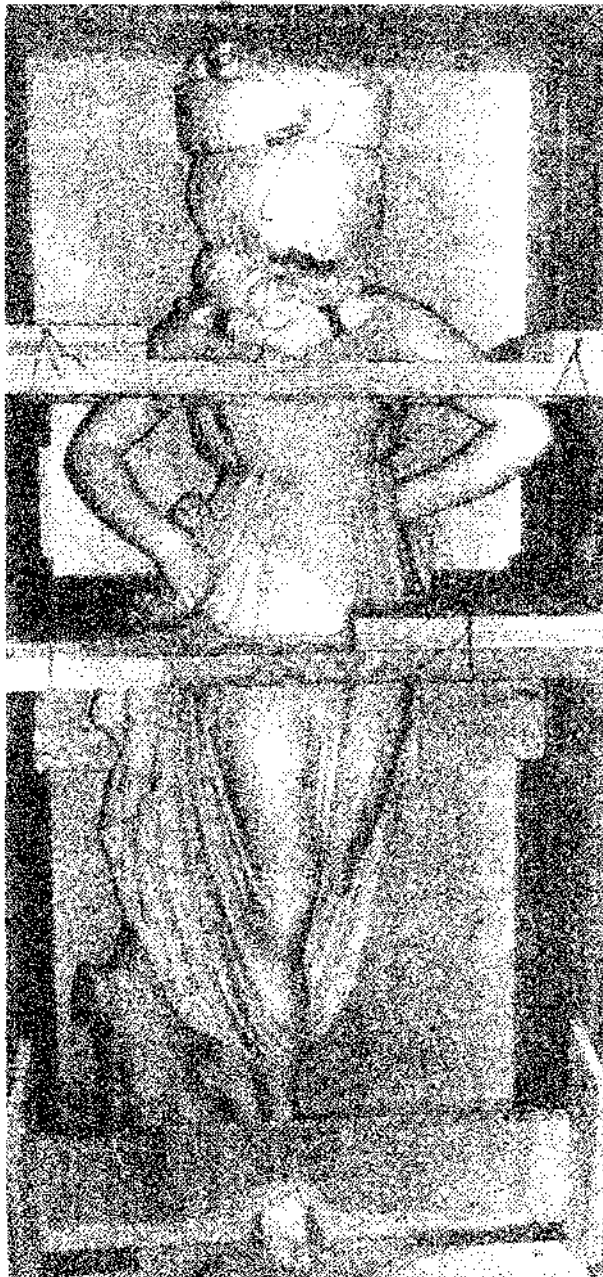


Von Beginn an wurde von der Frauenbewegung eine „Politik der Subjektivität“ vertreten. Die Suche nach einer eigenen Identität und nach eigenen Organisations- und Kommunikationsformen in Abgrenzung zur linken Bewegung bildeten den Hintergrund politischer Definitionensätze. Der Slogan „Das Private ist politisch“ bietet die Basis für feministische Aktivitäten.

Die Bildung von Frauengruppen hatte zum Ziel, die Entwicklung einer eigenen Identität unabhängig von männlichen Normen zu ermöglichen. In diesem Kontext definiert sich der Anspruch auf Autonomie – das Bedürfnis nach Selbstbestimmung der Arbeitsform und -inhalte und nach Selbstorganisation als Grundlage für Solidarität. Die strukturelle Verschiebung innerhalb der feministischen Bewegung von den anfänglichen Frauen(selbsterfahrungs)gruppen hin zu Projekten und Professionalisierung bildet unter anderem auch den Hintergrund des Konflikts zwischen dem Anspruch auf Autonomie und der zu Recht befürchteten Anpassung an traditionelle gesellschaftliche Bedingungen. Mit der fortschreitenden Professionalisierung von unterschiedlichsten Frauenprojekten rückt auch



der Staat als Subventionsgeber verstärkt in den Vordergrund. Vereinfacht formuliert: Feministische Projekte werden finanziell von patriarchalen Strukturen und Institutionen aufrecht erhalten. Was bedeutet das für den Anspruch auf Autonomie? Bedeutet Finanzierung durch die öffentliche Hand *per se* Anpassung? Wie loten Frauenprojekte den Spielraum zwischen diesen beiden Polen aus? Diese Fragen bildeten den inhaltlichen Rahmen für die Tagung der Südtiroler HochschülerInnenschaft/ASUS am 17. September 1994 mit dem Thema „Frauenhaus zwischen Autonomie und Anpassung“.

Wesentliches Ausgangsmoment bei der Konzeption dieser Tagung war für uns auch die in Europa einzigartige Situation der Frauenhausprojekte in Südtirol. Während in anderen Ländern verschiedenste Institutionen und Ministerien mittels eines jährlichen Vertrages als Subventionsgeber fungieren, wurde in Südtirol ein Gesetz installiert, das die 100%ige Finanzierung von Frauenhäusern vorsieht. Uns interessierte vor allem, wie sich die unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf die inhaltliche und organisatorische Arbeit im Frauenhaus und unter den Frauen auswirkt. Inwiefern verändern die unterschiedlichen Finanzierungsformen die sozialen, inhaltlichen und strukturellen Handlungsformen innerhalb der Frauenprojekte?

Die Tagung begann mit zwei eher theoretischen Referaten, in denen es vor allem um die Definition der Begriffe „Autonomie“ und „Anpassung“ ging. Welche Bedeutung gewinnt dieses scheinbar entgegengesetzte Begriffspaar innerhalb feministischer Projekte – insbesondere wenn sie staatlich finanziert werden? Im Anschluß an diese theoretische Herangehensweise stellten sich einzelne Frauenhausprojekte vor, die sich auch durch ihre unterschiedlichen Finanzierungsformen voneinander unterscheiden: das Frauenhaus Innsbruck, das Frauenhaus Mailand und der Verein „Für Frauen, gegen Gewalt – Fer le donne, contro la violenza“, der in Meran das Frauenhausprojekt führt. In den verschiedenen Vorstellungen ging es um die Entstehung der Frauenhausprojekte und um die inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Konzepte. Darauf folgte eine rege Podiumsdiskussion, in der die theoretischen und praktischen Gesichtspunkte miteinander konfrontiert wurden. Die Referate und die (etwas gekürzte) Diskussion sind in diesem Skolast wiedergegeben. Im Anschluß daran haben wir weitere Beiträge abgedruckt, die sich mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern weibliche Autonomie, weibliche Freiheit in Projekten möglich ist, die staatlich finanziert werden.

Astrid Prieth und Eva Lindenmaier



Frauenhaus:

ZWISCHEN

Autonomie & Anpassung

Referat zur Tagung der SH/ASUS vom 17.9.1994

Melitta Pitschl

Im September 1993 habe ich anlässlich der SH-Frauentagung „Von der GESETZlichen Wirklichkeit ARBEITender FRAUEN“ einen bedingt sehr knappen historischen Überblick gegeben zu einigen wichtigen Merkmalen des Ursprungs und der Entwicklung dieser „unsere“ abendländischen Kultur:

Wir haben uns damals auch befaßt mit gegenwärtigen Entwicklungsprozessen, Tendenzen und deren Wirkungen und dabei vor allem mit Gesetzen für/zu Frauen und explizit mit einer dem Anschein nach für Frauen eingetragenen Struktur bzw. Institution, nämlich dem „Landes-

beirat zur Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen Mann und Frau“. Meine damals vorgebrachten Einwände¹ und meine Skepsis dazu sind, leider, aber eben vorherrschbar, nach wie vor aufrecht.

Ich bin seit sehr vielen Jahren nun in wechselnden Zusammenhängen mit Frauen tätig zu gesellschaftspolitischen Fragen und vielerlei Anliegen und deren Verwirklichung durch gemeinsames Engagement und gemeinsame Arbeit. Es war bis in die Gegenwart weitgehend eine Tätigkeit und ein Handeln, die aus dem Willen hervorgingen, gesellschaftlich und implizit privat beschränkende Bedin-

gungen zu verändern; und so auf gesellschaftliche Mißstände und Mängel oder Bedürfnisse zu antworten. Die Antworten versuchten wir aus eigenem Selbstverständnis heraus zu entwickeln, sie waren nicht oder nur begrenzt schon vorneweg institutionell strukturiert. Dadurch bot sich die Möglichkeit, persönliche Motive wie eigenes Bewußtsein und gesellschaftspolitisches Handeln miteinander zu verbinden und unser Handeln, unsere Arbeit so weit und so sinnvoll als möglich zu gestalten. Meine Studien in Erziehungs- und Politikwissenschaft und Psychologie haben schließlich die wahrlich aufschlußreiche Auseinandersetzung mit vielfältigen Theorien und verschiedenen Theorievermittlungsweisen deutlich erweitert und mir dadurch die Chance gegeben, individuell wie kollektiv gelebten und erfahrenen Alltag dazu in Bezug zu bringen. Die dabei zum Vorschein tretenden – und allzuoft verschleihten – Konflikte und Widerstreitigkeiten zwischen Theorie und Praxis², zwischen Denken/Imagination/Wollen und eigenem leiblich-psychischem Sein in alltäglicher Wirklichkeit führten u.a. sowohl zu weiteren Fragen und Reflexionen wie – dank sich immer weiter etablierender feministischer Forschung und Frauenforschung – zu sehr hilfreichen und anregenden Erkenntnissen gerade dazu, was unser Geschlecht und was das Geschlechterverhältnis betrifft, und führten mich insbesondere auch zu *anderen* Arbeitsansätzen mit und unter Frauen.

In die Auseinandersetzung mit Gesetzen, deren Implikationen und verschiedenartigste Wirkungen gelangte frau über den theoretischen Zugang wie über die persönliche Erfahrung: letztere jedoch kann hautnah gehen, ist meistens zu- und ergreifender und allzuoft als Gewalterfahrung spürbar. Mir selbst wie hervorgehend aus den Erfahrungen anderer Frauen in den verschiedenen Zusammenhängen bestätigte sich meist folgendes: Enttäuschungen durch die Gesetzgebung gestalten sich für Frauen in der Regel beinahe wie von selbst entlang den Erwartungen an die bzw. Täuschung durch die Gesetzgebung, und verlangen dazu langwierige kämpferische Auseinandersetzungen ab. Warum wohl? Und was also tun: Gesetze zu verändern versuchen? Neue Gesetze fordern? andere Gestaltungsformen im Gesellschaftlichen und Privaten ausformen und unser sichtbares und unsichtbares, immer aber sehr wohl vorhandenes produktives Potential möglichst anders einsetzen? Zwischen dem Verschiedenen, Sich-auch-widersprechenden jonglieren? Diese aus einem sehr existentiell Erlebten sich ergebenden Fragen wie daraus hervorgehende Reflexionen und Auswege sind mir nach wie vor ein großes gesellschaftspolitisches Anliegen.

Unser Thema heute heißt „Frauenhaus: Zwischen Autonomie und Anpassung“, und das bedeutet, es handelt wieder um eine Institution und von einem Gesetz, das zur Schaffung einer Institution – bzw. zu deren Finanzierung – anscheinend Voraussetzung war. Es ist das Landesgesetz Nr.10 vom 6. November 1989 zur „Errichtung des Frauenhausdienstes“.

Zur Geschichte des Frauenhauses

Kurz zur Geschichte des Frauenhauses: Seit Jahren arbeitet eine Gruppe von Frauen ehrenamtlich und in wöchentlichen Sitzungen an der Projektierung, Konkretisierung

und Aufrechterhaltung eines Frauenhauses; im Jahre 1988 hat sie sich dann zum Verein „Für Frauen, gegen Gewalt – Per le donne, contro la violenza“ zusammengeschlossen, dessen Gründung vorausgesetzt ist, um die Frauenhausstruktur mit Landesmitteln führen zu können. Die Frage darf jedoch nach wie vor gestellt werden und wurde auch von Vereinsfrauen selbst gestellt, inwieweit die sehr hohen Kosten für die Erstellung dieser Struktur von seiten des Landes nötig war: die Zahlen wären dabei mal genauer zu betrachten und zwar ausgehend von der Überlegung, ob mit solchen Summen nicht geeigneteren Maßnahmen getroffen werden konnten und könnten, die der aktuellen und zukünftigen Situation der ansuchenden, von Gewalt betroffenen Frauen angemessener sind bzw. wären.

Noch besteht nur die Kontaktstelle. Ich denke, diese Tagung und die darin vorgebrachten Referate wie Diskussionen könnten Einfluß darauf nehmen, wie und in welcher Form und mit welchen Schwerpunkten die Mitarbeiterinnen und die Vereinsfrauen – und daher und ausschließlich Frauen – sich selbst, ihre eigenen Wünsche, Aufgaben und Ziele vorstellen und realisieren können. Es könnte vor allem auch Solidarität und Unterstützung hier entstehen bzw. aufrechtgehalten werden zu spezifischen Problemstellungen von Frauen und deren positiver Veränderung. Mir geht es dabei insbesondere um den Ansatz eines *anderen* Denkens und Handelns, einen Ansatz von Frauen aus, die sich selbst denken und thematisieren: ihr Sein, ihr Handeln, ihr Leben und d.h. implizit ihren Alltag, ihr geschichtliches Gewordensein wie ihr gegenwärtiges und zukünftiges Wollen im Sein. Das ist ein Denken, das das in unserer Kultur insbesondere für Frauen vorbehaltene Denkverbot erkennt, durchkreuzt und überschreitet. Und sich dabei in die Lage versetzt bzw. in ihr ist, wahrzunehmen, was mit uns Menschen: Frauen, Kindern, Männern, alten Menschen geschieht und in welchen Verhältnissen und Zusammenhängen 'wir' Frauen uns bewegen bzw. bewegen müssen und worunter 'wir' und jede für sich leiden. Entdecken können wir in diesem Denken und Handeln dann auch, woraus wir Lust und Freude schöpfen können, was uns weiterbringt und was uns hemmt.

Wir können das heutige Thema angehen, wie wir wollen, m.E. kommen wir immer bei den Widersprüchen an. Bei Widersprüchen, die die Kultur gebiert; Widersprüchen, die sich zwischen dem vom Logos³ entworfenen – und vom Sinnlichen/Leiblichen abstrahierenden –, schließlich in gewaltsamen Prozessen in „Realität“ verwandelten Imaginären und der sinnlich wahrnehmbaren Realität entwickel(te)n; Widersprüchen, die sich nicht nur zwischen Gruppen, sondern auch zwischen Einzelpersonen wie schließlich im Individuum selbst als Konflikte immer weiter festmachen und manifestieren. In meiner Arbeit geht es also implizit um eine Betrachtung der verschiedenartigsten Widersprüche.

Einige Vorbemerkungen zum Thema

Um zu Autonomie und Anpassung zu sprechen, muß ich eingangs eine Begriffsklärung vornehmen. Autonomie läßt sich gleichsetzen mit „Unabhängigkeit“, etymologisch geht es zurück auf das griechische *autónomos*. *autós* bedeutet 'selbst' und *nómos* heißt 'Gesetz', also meint Autonomie auch 'nach eigenem Gesetz'.⁴

Anpassung schließlich beinhaltet Anerkennung und Affirmation eines bereits Bestehenden, so der Normen, Vorgaben und Bedingungen. Anpassung bedeutet auch Assimilation dieser Normen und umgekehrt, in Wechselwirkung und je nach Machtverhältnissen, Assimiliert-Werden von den Normen und Verhältnissen her.

Autonomie wie Anpassung stehen, wenn die Begriffe nach ihrer Alltagsverwendung – und insbesondere ihrer Umsetzung im Alltag bzw. schließlich dem Handeln selbst – interpretiert werden, in einem deutlich erkennbaren Verhältnis zur Macht: sie könnten also nur, indem vom Alltäglichen und Realen abstrahiert wird, abgekoppelt von Macht und herrschenden Systemen analysiert werden. Darauf werde ich freilich verzichten, da es mir immer um Theorie und Praxis geht, also auch darum, wie sich bestimmte Begrifflichkeiten und theoretische/wissenschaftliche Inhalte in den Alltag einbinden bzw. dann im (Er)Leben von Menschen niederschlagen bzw. wie ein Alltägliches ge- und verformt wird zu einem Vorfallgemeinerten und zunehmend zu einem Geschlechtsneutralen, das die Geschlechterdifferenz als normierte und formierte verleugnet und/oder vernachlässigt; schließlich die Körper als entleerte abbildet.

Es geht mir also immer wieder auch um die Wechselwirkungen zwischen Theorie und Praxis und den Veränderungen, Verstimmungen und Gewalterscheinungen darin – und hier explizit um Theorie und Praxis eines Frauenprojekts und das bedeutet in diesem Fall auch um das Verhältnis und die Wechselwirkungen zwischen Gesetz und Frauenentwürfen, schließlich zwischen dem Gesetz und der Wirklichkeit, d.h. der Praxis von Fraueneingagement und -arbeit und letztlich zwischen den verschiedenen darin Agierenden.

Einen ausführlichen historischen Überblick über die Entwicklung der Diskussion zum Frauenhaus und der Gründung des Vereines werden die Frauenhaus-Mitarbeiterinnen selbst vornehmen, kurz hindeuten möchte ich darauf, daß sich die Debatten um Ziele und Inhalte der Arbeiten in Frauen- und Frauenprojektgruppen, im Denken und Handeln von Frauen, in der Frauen- und feministischen Forschung weiterentwickelten. D.h. auch insbesondere in Bezug auf das Frauenhaus und dessen Finanzierung beinhaltet das u.a.: wenn man zu Beginn der Diskussionen dazu meinte, an den Staat Wünsche oder Forderungen stellen zu können oder zu wollen, so steht nun zur Diskussion, wie weit dies noch wünschenswert ist, da damit affirmiert und anerkannt wird, was der Staat selbst und das System vorgeben bzw. wie darin Gewalttätigkeit und deren Abstraktion weiter geboren und vorangetrieben wird. Dabei jedoch auch Rottfremdung und Konflikte weiter produziert werden, die sich freilich auch weiter am und im Selbst, zwischen uns Frauen und zwischen Frauen und Männern festmachen.

Es liegt freilich nicht in meinem Interesse, mit meiner Analyse dem in Wort und Tat deutlich vom verschiedenartigen Realen abstrahierenden Gesetz zu weiterer Legitimation zu verhelfen oder seinen Machtcharakter zu affirmieren. Im Gegenteil: ich denke, wir sollten die darin verschleierte Unterwerfungs- und Disziplinierungs- wie Einschreibungsweisen entschlüsseln. Gerade die Abstraktion selbst unterstreicht diese nochmal, nicht nur der Inhalt selbst. Es liegt aber in der Entschlüsselung – und implizit Entmystifizierung – von Gesetzen und diesen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten für uns die Chance, uns deren Unterwerfungsdynamik zu entziehen und deren Verselbständigungsdynamik entgegenzuwirken.

Wie kam es zum Gesetz?

Kommen wir nun zur ersten Frage, wie es zum Frauenhaus-Gesetz kam, was darin festgeschrieben ist, ob und wie dadurch auf – für die verschiedenen damit in Zusammenhang stehenden Frauen – sinnvolle wie befriedigende Weise gegenwärtige und perspektivische Arbeit geleistet werden kann.

Warum wurde das Gesetz gemacht? Die Motive zur Schaffung eines Frauenhauses wurden erstmals und ursprünglich von frauenbewegten Frauen her benannt und zwar sollte ein öffentliches Bewußtsein zur ganz realen und alltäglichen Gewalt an Frauen geschaffen werden, die bis dahin, wenn, gerade noch als deren ganz persönliches Unglück angenommen und toleriert wurde, schlimmstenfalls als Tabuthema stillgeschwiegen wurde. Schließlich geschah und geschieht diese Gewalt vor allem in der ach so hochgepriesenen Familie, sozusagen im Intimbereich des Staates. Die Vorstellung zur Einrichtung von Frauenhäusern wurde vor allem aus dem deutschsprachigen Ausland bezogen, und ging hier wie dort hervor aus der Wahrnehmung von Gewalt und aus einem Bewußtsein dazu, war geprägt durch die Mitwirkung der Frauen, die psychisch oder/und psychisch Gewalt erfahren haben und diente dazu, Schutzräume zu gewährleisten in ganz aktuellen Notsituationen und gerade auf Frauen lastenden gravierenden Problemlagen; es sollte betroffenen Frauen auch die Chance ermöglichen, berufliche wie insgesamt persönliche Perspektiven zu betrachten und ev. auszuformen und einzuleben. Zwischen den Frauen bestand ein starkes Verbindungsroster und zwar ein Bewußtsein zu dem, was Frausein bedeutet und bedeuten kann in all seinen Verwicklungen mit einem und innerhalb eines gesellschaftlich patriarchalen.

Im Gesetz nun findet sich dieses von Frauen eingebrachte Bewußtsein, bzw. dessen Umsetzung und ihr Willen wieder in sehr deformierter Weise. Da heißt es u.a. der Frauenhausdienst biete „die Unterbringung in Einrichtungen an, wo den Frauen geholfen wird, ihre größten Probleme zu überwinden und sich in der Gesellschaft wieder zurechtzufinden.“ Die Frage dürfte nach wie vor sein, ob es sinnvoll ist, sich in einer Gesellschaft zurechtfinden zu wollen, die Frauenhäuser strukturieren muß, um Frauen vor den gesellschaftlichen Auswüchsen und Implikationen schützen zu können. Eine Gesellschaft, die durch einen Gesetzgeber auszudrücken vermag, daß Frauen ihre – wahlgemerkt dann eigenen – größten Probleme in einer von ihm, dem Gesetzgeber – und wie denn? – geschützten Struktur überwinden müßten, während der Gewaltausbeute weiterhin von der Gesellschaft selbst und vom Gesetz her geschützt ist, insofern er ja keine „größeren Probleme“ hat und vermutlich auch nicht bekommt.

Daß das Frauenhaus als Flucht und Rettung empfunden werden muß, dürfte eine Auswirkung der Gewalt und eine Reaktion auf sie darstellen, nicht aber die Ursache der Gewalt. Nach wie vor bleibt die Ursache individueller und kollektiver, physischer wie psychischer und implizit der strukturellen Gewalt, vom Gesetzgeber und von der politischen Öffentlichkeit aus unreflektiert. Schließlich dürfte, wenn wir an diese herangehen, die Gewalttätigkeit des gesellschaftlichen Systems selbst in den Vordergrund treten. Deshalb eben sollen wir lieber an den Symptomen und Auswirkungen herumwursteln –



und werden immer genug zu tun haben, denn von diesen entstehen immer wieder neue. Es ist und bleibt dann eine Sisyphusarbeit, die allemal an Frauenhänden kleben bleibt.

Wer arbeitete das Gesetz aus?

Ein ursprünglich von Frauen, den in Frauenzusammenhängen sehr engagierten Politikerinnen und Landtagsabgeordneten Andreina Eimerl und Grazia Barbiero, ausgearbeiteter Beschlusantrag wurde 1984 eingebracht, aber abgelehnt. 1986 griff der „neue Landesrat für das Gesundheits- und Sozialwesen Dr. Otto Sauer ... den Vorschlag wieder auf und setzte zur Verlesung der Inhalte eine Studienkommission ein. Da in dieser Kommission allerdings keine Frauen vorkamen, leiteten die Studentinnen der Südtiroler HochschülerInnenschaft einen öffentlichen Protest ein. Dazu bildete sich die Strategiegruppe 'Frauenhaus', die sich aus interessierten Frauen aus verschiedenen Vereinen, Gewerkschaften und Frauengruppen zusammensetzte und welche die Teilnahme von Michaela Ralser (SH) und Marina Rossi Dordi (AIED) in der Kommission erreichte.“⁵ 1987 legte „die Studienkommission dem Landesrat ihre Vorschläge zum 'Allgemeinen Projekt Frauenhaus' vor“.⁶

1989 schließlich „wird das LG Nr. 10 'Zur Errichtung des Frauenhausdienstes' erlassen. Geplant sind mehrere Frauenhäuser in der Provinz, darunter eines unter privater Führung in Meran.“⁷

Dieses Gesetz – von dem ich nur einige Punkte unter den mehreren aufschlußreichen Herausarbeiten, die gesamte Behandlung würde den Rahmen hier sprengen – beruht schließlich dann auf einem von der SVP-Männermehrheit formulierten Gesetzesantrag, der von der SVP- wie Männermehrheit schließlich durchgebracht bzw. genehmigt wurde. Punkt 1.(1) und 1.(2) deklariert die Zielgruppe und die Dienstleistung:

„1. (Errichtung des Frauenhausdienstes)

(1) Als Sozial- und Fürsorgedienst des Landes Südtirol ist in Bozen das Frauenhaus zugunsten von Frauen errichtet, die in Südtirol von physischer oder psychischer Gewalt bedroht sind oder bereits Gewalt erlitten haben.

(2) Der Dienst bietet den Frauen unmittelbar Hilfe, Schutz und Beratung an, und zwar auch in Zusammenarbeit mit den Sozialhilfe- und Gesundheitseinrichtungen; im besonderen bietet er die ganztägige Unterbringung in Einrichtungen an, wo den Frauen geholfen wird, ihre größten Probleme zu überwinden und sich in der Gesellschaft wieder zurechtzufinden.“⁸

Eingeschrieben und verankert wurden darin dann Männer, Frauen, Institutionsvertreter, Betroffene und Frauenvertreterinnen auf ganz unterschiedliche und sehr geschlechtsspezifische Art und Weise und entlang üb(lich)er Praxis: Das beinhaltet u.a. auch, daß von den Vertretern und Vertreterinnen weder spezifische Erfahrung⁹ noch Kenntnis zu den zu bearbeitenden Zusammenhängen verlangt wurde und diese ausgeklammert bleiben konnten.

Was bewirkt das Gesetz?

Wozu wurde es gemacht? Kurz gesagt: um das bzw. die Opfer von Gewalt vom Ort der Gewalt zu entfernen¹⁰ bzw. ihnen die Möglichkeit zu schaffen, selbst den Ort der erlittenen Gewalt zu verlassen – als gäbe es nur diesen. Entfernt werden sollte nicht der Täter¹¹ bzw. braucht er sich auch nicht selbst entfernen. Versuchen Sie solcherart Reaktion auf Gewalt mal auf andere kriminelle Tatbestände – insbesondere auch Eigentumsdelikte und Körperverletzung – anzuwenden, z.B. bei anderen gewalttätigen Übergriffen nicht geschlechtsspezifischer Ausprägung: sie kommen schnell auf den Unsinn solcherart verquerer Logik.

Welche direkten Auswirkungen ergeben sich aus dem Gesetz für den Gesetzgeber/die öffentliche Politik? Welchen indirekten – verborgenen – Zielsetzungen kommt es entgegen?

Erkennbar wurde inzwischen: Die Lösung aktueller Wohnnöte von zerstrittenen Paaren bzw. Beziehungspartnern mit ihren Kindern und von Frauen, die Gewalt erfahren (haben), können mit dieser Struktur hinausge- oder verschoben werden.

Es kann noch stärkere Kontrolle, vermehrtes Wissen und gesetzgeberischer Einfluß auf und über den sog. Intim- wie Privatbereich und insbesondere die Frauen gewonnen werden.

Durch die Dezentralisierung der Entscheidungsebenen – ehemals ein Landesgesetz, das einem Landesamt zugeordnet wurde, hat sich der Entscheidungsbereich nun ausgedehnt auf die Bezirksgemeinschaften und auf Bezirksausschüsse, die für Fachpersonal wie – weibliche – Fachbeiräte erst recht nicht bürgen brauchen. Durch diese Dezentralisierung der Entscheidungs- und Einflußebenen kapillarisiert sich auch das Wissen zu Betroffenen und deren familiärer Situation und setzt diese damit vielerlei Mitbestimmung und Eingriffsmöglichkeiten aus.

Wer saß da und wer sitzt im Frauenhaus-Beirat und bestimmt über Mittel und Inhalte wie Zielsetzungen der Arbeit und soll, wenn es darauf ankommt, Schiedsrichter zwischen Frauenhausmitarbeiterinnen und Frauenhaus-Bewohnerinnen¹² spielen?

Die Passagen des Gesetzes dazu sind nicht nur sprachlich ein Nonsens = ein Un-sinn, sondern leider und noch dazu auch inhaltlich.¹³

„Zur Aufsicht über den Frauenhausdienst wird der Landesbeirat für die Unterstützung von Frauen errichtet, der – in Zusammenhang mit dem Einsatzplan – die Führung des Dienstes in fachlicher (!) Hinsicht überprüft und den Mitarbeitern (!) in Streitfragen oder bei Schwierigkeiten in Zusammenhang mit der Führung Weisungen (!) erteilt. Mitglieder des Beirates sind:

- a) ein Vertreter der Landesverwaltung als Vorsitzender,
- b) ein Vertreter des Frauenhauses in Bozen und jedes allfälligen weiteren Frauenhauses (*wobei hervorzuheben ist, daß es in Bozen noch kein Frauenhaus gibt, sondern wenn, ein Haus für geschützte Wohnungen, das sich aber den meisten Auflagen des Landesgesetzes entzogen hat – aber gerade nicht aus den Gründen, die maßgeblich für eine Verweigerung sein könnten und dürfen.*),
- c) drei Vertreter/innen (*erstes Mal „innen“!*) verschiedener Frauenorganisationen, die auf freiwilliger (*sic*) Basis Frauen unterstützen und in sozialer Hinsicht fördern (*inkl. bezüglich (Aus-)Bildungs- oder Berufsperspektiven?*),
- e) ein Vertreter der öffentlichen Einrichtungen, die im Sinne von Artikel 1, Absatz 2, mitarbeiten.

(3) Der Beirat wird von der Landesregierung ernannt und bleibt drei Jahre lang im Amt; seine Zusammensetzung muß dem Sprachgruppenverhältnis entsprechen, wie es aus der letzten Volkszählung hervorgeht ...“

Soweit das Gesetz¹⁴. Daß die Zusammensetzung nach dem Sprachgruppenverhältnis als alleinige maßgeblich ist, dient wie üblich hierzulande dazu, nach dem Geschlechterverhältnis grundsätzlich gleich gar nicht zu fragen – das, wie wir wissen, aus einer leichten Frauenmehrheit besteht. Daß allerdings auch in einem Frauenhausdienst Männer mit- bzw. vorbestimmen, dürfte noch weit darüberhinaus bedenklich sein, vor allem, wenn danach gefragt wird, von welcher konkreten Erfahrung und von welchem Bewußtsein, welchem Wissen und Erkennen her Mitbestimmung erfolgt.

Ausgeschlossen sind aus dem Beirat jene, um die es selbst geht bei der Einrichtung dieses Dienstes, und zwar um die von Gewalt betroffenen Frauen selbst. Für sie ist kein



Sprechort vorgesehen und keine Möglichkeit des (Mit)Sprechens eingeräumt dort, wo über sie verhandelt bzw. beschlossen werden soll. Das entspricht der öffentlich wirksamen Dialektik von – wenn gerade noch – These und Antithese zu und über Probleme(n) und Problemlagen der ausgeschlossenen Anderen, von welchen dann locker abstrahiert werden darf, was nicht sein soll – und zwar von seiten der Sprechenden, die es nicht hautnah betrifft, die aber mehr oder weniger Definitions- und Deutungsmacht haben und diese weiterhin einschreiben wollen in die Probleme und Problemlagen Anderer.

Einiges an diesem Beitrag wurde nun verändert. Über diese Veränderungen möchte ich die Frauenhausmitarbeiterinnen selbst berichten lassen – wir sollten aber im Anschluß daran darüber diskutieren, wie positiv diese waren. Die im Gesetz verankerte Sichtweise impliziert, daß es letztlich um Konsumentinnen und Anbieterinnen eines Dienstes geht. Sie reduziert jedoch das, was in dieser Arbeit geschieht: sie klammert die viele unentgeltliche ehrenamtliche Arbeit der Vereinsfrauen und das Engagement und den großen emotionalen Einsatz, die diese Arbeit in der Regel kennzeichnen, aus bzw. vereinnahmt und verschweigt sie gleichzeitig. Sie entschärft und distanziiert sich von der Not der Betroffenen und klammert erst recht die Tatsache aus, daß die Inanspruchnahme dieses Dienstes nicht aus freien Stücken und eine Wahl unter mehreren war, sondern aus der Not entsteht. Letztlich handelt es sich also um einen Dienstleistungssektor, in dem ebenso wie in anderen Institutionelles sämtliche Normen und zwangsläufig Widersprüche des Systems hineingetragen werden:

Die Frauenhaus-Struktur sollte sich – in der Befolgung des vorwiegend disziplinierenden Gesetzes – als ein Dienstleistungssektor stellen, in dem Eigenverantwortliches und selbständiges Handeln gelernt werden soll. Als ein Dienstleistungssektor, der wie alle anderen verwaltungs-internen Institutionen letztlich eine – dann und so fernge-steuerte – Marionette des Gesamtsystems abgeben darf/soll.

Ob sich die 'Dienstleistenden' und 'Konsumentinnen' als auf einen Mißstand Reagierende verstehen und dabei andere Chancen für gemeinsames und eigenverantwortliches Arbeiten aller Beteiligten so gerade nicht wahrnehmen können, ihnen diese Chancen so – durch die Befolgung des Gesetzes – vorenthalten werden, ist zu analysieren. Ebenso inwieweit die Aufrechterhaltung und Inanspruchnahme des Dienstes u.U. eine Regression in eine weitgehende Unmündigkeit als Gruppe bzw. als einzelne Frau darstellt.

Was bedeutet das Gesetz für die Autonomie des Projekts?

Was bedeutet die Frage nach Autonomie in unserem heute thematisierten Kontext? Sie bedeutet, daß Autonomie nie gegeben ist, da das Frauenhauskonzept wie Projekt zwar von Frauen, ihren eigenen Vorstellungen, ihren Wahrnehmungsrealitäten und ihrem Bewußtsein zu gesellschaftlicher Realität, ihren Bedingungen und Wünschen her entstanden ist, aber von einem Landesgesetz her und einem Gesetzgeber, der sich aus Männermehrheiten¹⁵ und mehrheitlich Lobbyisten zusammensetzt, schließlich vereinnahmt und umgeformt wurde. Wessen Interessen in dieses

Gesetz einfließen und wessen – auch wechselnd – Macht- und Einflußbereich sich da im Projekt Frauenhaus nochmals etablieren konnten, ist ansatzweise schon klar geworden, und erfahren und erfahren die Mitarbeiterinnen und die Vereinsfrauen dann in ihrer weiteren Tätigkeit für das und im Frauenhaus und werden wir anhand weiterer Überlegungen und Berichte den heutigen Tag entlang rekonstruieren.

Welche Erwartungen dürfen wir Frauen an ein Gesetz knüpfen, das *per se* aus bestehenden und weiter-zu-zementierenden, politischen Macht-Ohn-macht-Verhältnissen hervorgeht? Ein Gesetz, das immer, und zwar als Geschriebenes, als Verallgemeinerndes und Verallgemeinertes auf der Abstrahierung vom verschiedenen leiblich-psychisch und alltäglich Seienden beruht und gerade darauf aufbaut, sich dieses vom Leibe und aus dem Sinn zu halten, aber unter Kontrolle zu bekommen? Ein Gesetz, das eben nicht nur schriftlich und sprachlich Normen und Regeln des Zusammenschlusses, der Form und des Inhalts der Arbeit vorgibt und einen bestimmten Gehorsam von seiten der Strukturbetreiberinnen zur Erlangung der erforderlichen Mittel voraussetzt und miteinschreibt.

Welche Erwartungen dürfen wir Frauen an ein Projekt bzw. eine Institution knüpfen, die auf ein solches Gesetz gründet? Da wo von einem Gesetz her – das vom anderen Geschlecht gemacht wurde – die Regeln formiert werden, dort kann gerade noch in Zwischenzonen des Mehr oder Weniger an Abhängigkeit gehandelt und jongliert werden, wobei das Mehr oder Weniger meist eben nicht im Bestimmungsbereich beider Verhandlender liegt, sondern jeweils von dem bzw. denen aus zuerkannt oder abgesprochen werden kann, der die Macht und die Mittel bzw. die Macht über die Mittel sich vorbehält. Wer das ist, wissen wir, erfahren oder erfahren wir immer wieder aufs Neue – und immer noch! –, wenn wir in solcherart Zusammenhängen tätig sind. Und was von den jeweiligen Frauen an Gesprächsbereitschaft, an Diplomatie, an Zugeständnissen und mehr oder weniger uneingestandenem Kompromissen usw. diesbezüglich abverlangt wird, wäre hier und jetzt nochmal zu diskutieren und zwar mit der Frage, wie weit das vielerlei und anstrengende Faktieren für Frauen Sinn ergibt. Ob sich nicht Sinn- und Lustvolleres ergibt, wenn wir gemeinsame Kräfte anderswohin kanalisieren.

Männer und Frauen haben keinen Konsens zu dem, was Gewalt ist

Denn schließlich: wenn schon mit Männern gemeinsam diskutiert und verhandelt werden muß, müßte doch erwartet werden dürfen, einen einigermaßen gemeinsamen Konsens zu haben zu dem, was Gewalt ist, wie sie erlebt und empfunden werden kann und in welcher verschiedensten Ausformungen sie sich zeigt. Dieser Konsens wird – *kulturgemäß* meist von Frauen – zwar verzweifelt gewünscht, gesucht und manchmal auch stillschweigend vorausgesetzt, er ist aber – nur hierzulande? – nicht oder kaum. Dieser mangelnde Konsens ergibt sich eben aus dem meist geschlechtsspezifischen, sprich, männlichen Monopol über die Mittel, aus dem Monopol, über Sinn und Unsinn, richtig und falsch von Regeln, Normen und Verhaltensweisen zu bestimmen und der daraus resultierenden Möglichkeit, wechselswirkend Machtverhältnisse zu gestalten bzw. aufrechtzuerhalten. Das Monopol, über

Konsens und Nicht-Konsens zu entscheiden, ist der Macht ebenso inne – wir können uns dieser höchstens entziehen. Das tun wir aber nicht, wenn wir sie affirmieren auf der Suche nach Verständnis und im Buhlen um ihre Anerkennung.

Konsens-Suchen und -finden bedarf der Erfahrung bzw. zumindest eines starken Einfühlungsvermögens und der Fähigkeit also, mitfühlen zu können. Bedarf auch der Wahrnehmung der eigenen und des/der Anderen Wahrnehmungs- und Einfühlungsgrenzen. Menschen, die mit dem diesem Gesellschaftssystem und dem Logos inhärenten Machtstrategien und deren Unterwerfungscharakter koalieren bzw. von ihm gestützt sich wissen oder vermuten und ihre eigene Beteiligung oder Stützung nicht anzweifeln wollen, erweisen sich als Verständigungspartnern meist als eher ungeeignet.

Wir dürfen uns dann natürlich auch fragen, inwieweit ein Konsens dazu überhaupt unter Frauen, zwischen Frauen besteht, zwischen denen, die über Produktions- und/oder Machtmittel verfügen und jenen, die über keine verfügen und worauf sich der Konsens stützt. Die Antwort darauf ist manchmal schmerzlicher und ergreifender, als wir uns eingestehen bzw. erst mal erkennen wollen. Das Mitfühlen über vorsehliche Identifikation mit und unter Frauen hat auch seine Tücken: es klammert die realen Unterschiede in den Leiderfahrungen und in den Verarbeitungsförmern aus bzw. verschleiert sie. Und kann so wiederum zum Verschweigen- und Ausschließen des Eigenen der jeweiligen Frau führen.

Einen Konsens haben oder erlangen zwischen Männern und Frauen oder zwischen Frauen würde – um nur etwas zu nennen – zumindest beinhalten, von gewaltgebärenden, disziplinierenden Normen und Verfahrensweisen Abstand zu nehmen.

100%ige Finanzierung kann 100%ige Abhängigkeit bedeuten

Eine 100%ige Finanzierung, gebunden an die Einhaltung des Gesetzes kann eine 100%ige Abhängigkeit bedeuten und beinhaltet letztlich, ohne die Privilegien verwaltungseigener Strukturen, der verlängerte Arm einer Landesbehörde zu sein. Und nicht nur das: Kopf und Rumpf kommt – mittels Gesetz und Mittel – vom anderen Geschlecht, der Arm nimmt ihm – dank Kraft, Engagement, Einfühlung und frauenpolitischen Bewußtseins – die alltägliche Auseinandersetzung mit der unerträglich anmutenden Gewalt ab. Und letztlich kommen durch diese Arbeitstellung Frauen dazu, gegenüber den von direkter Gewalt betroffenen Frauen die Implikationen und einschränkenden Maßnahmen dieses Gesetzes noch selbst vertreten zu müssen, selbst wenn sie die Destruktivität, Einschränkung und Beschneidung darin erkennen.

Andererseits bedeutet die 100%ige Finanzierung der Frauenhauserrichtung, in Zahlen ausgedrückt, letztlich nur ein winziges Bruchteil der Mittel, die Frauen und ihren Anliegen per Geschlecht zustünden von ihrem Leistungs- und Arbeitsaufkommen her, dennoch werden über diese Finanzierung noch Auflagen, Kontrollen und einschränkende Bedingungen gekoppelt von Gesetzgeberseite her, die sich eben aus Männermehrheiten und männlichen bzw. dann darin aufgezogenen und schließlich

deformiert hervortretenden gesellschaftlichen Interessen zusammensetzen.

Denn: Wieviel Freiraum für Entscheidungen und Prioritäten besteht für die im Frauenhaus ehrenamtlich und beruflich Tätigen in der Arbeit? Erleben und erfahren sie sich als autonom Tätige? Wieviel Zeit und Arbeit fließt in die Erfüllung der durch das Gesetz bedingten und strukturierten Auflagen? Und wieviel Freiraum in Entscheidungsprozessen besteht für die Frauen, die diese Hilfe beanspruchen können, müssen oder wollen?

Es ist zweifelhaft, ob dieses Gesetz der betroffenen Frau einen echten Ausweg anbietet

Mit diesem Gesetz wurde öffentlich Gewalt an Frauen zur Kenntnis genommen und wurden Veränderungsmaßnahmen festgeschrieben, ob es allerdings der jeweils betroffenen Frau in ihrer psychisch und physisch sehr beeinträchtigenden Situation einen echten Ausweg anbietet, möchte ich inzwischen anzweifeln.

Gerade weil die Situation von Frauen und Familien von äußeren Bedingungen stark geformt und genormt wird und weil die Familien, und genauer benannt, die Frauen, mit denen „Familie“ meist steht oder fällt, immer noch den letzten Hort an Geborgenheit in dieser an Gewalt zunehmenden Welt darstellen sollen (und vielfach auch wollen), steht der Themenkreis Frauenhaus und das Frauenhaus selbst – implizit in der Befolgung des Gesetzes und seiner Implikationen, das die Frauen noch stärker in das institutionelle hineinzieht, einbindet und zusätzlich kontrollierbar macht –, nicht außerhalb, sondern gerade mittendrin in einer gesellschaftlichen Praxis der Abstraktion und der Aus- wie Eingrenzung eines gesellschaftlichen Mißstandes.

Schließlich wird damit auch implizit vorausgesetzt bzw. gesetzlich affirmiert, daß sie, die Frau, meist mit Kindern, die Wohnung verläßt. Das bedeutet – da Frauen auch als die Versorgerinnen und Hausfrauen im Familiären heute noch einen schönen Teil ihrer Identität beziehen – gleichzeitig auch, daß sie ihr Arbeitsfeld¹⁶ verlassen muß mit all den dabei zu erleidenden Verlusten. Dieser Verlust wird meist sehr ambivalent empfunden, da der Ort des Erlebens meist eben nicht nur Ort von Gewalt, sondern eben auch Ort von vielerlei Erfahrungen und auch einer bestimmten – und sei es sehr begrenzt lesbaren – Eigenständigkeit ist.

Vorausgesetzt bzw. bestätigt wird – per Gesetz und u.U. dann auch per Frauenhaus-Realisation – daß die Frau in ihrem Privaten für sich nicht per se Sicherheit und Geborgenheit voraussetzen darf, ihr auch nicht ein Schutz dort selbst per Familien- oder Straßengesetzgebung eingeräumt ist oder werden muß, sondern da wird und muß ihr Schutz in einem institutionalisierten, eigens für diese Situation konstruierten zugestanden werden. Ob das nicht doch unsinnig ist?

Die Frau verläßt diesen Ort, weil eine unerträgliche Situation sie dazu zwingt, weil sie ganz konkret – physisch oder/und psychisch – Gewalt erfahren hat. D.h. als Opfer von unerträglichen Bedingungen und Gewalt wird von ihr nochmal eine Leistung abverlangt, nämlich sich zu entfernen und sich den, von einem Gesetz her strukturierten und vom Gesetz und von realen – zwar abwesend gehaltenen,

dennoch sich einschreibenden – männlichen Personen her kontrollierbaren Bedingungen eines Frauenhauses zu unterwerfen bzw. diese freiwillig einzugehen. Dennoch ist es und wird auch von Frauen folgerichtig so empfunden, eine Notwendigkeit im Sinne von „die eigene Not wenden“ und ist eine direkte Form von aktivem Handeln, sich aus einer Gewaltsituation zu entfernen und andernorts, unter Frauen, die Voraussetzungen für Sicherheit, für ein Mindestmaß an Geborgenheit und Selbstschutz und für die Chance zum Erarbeiten bzw. Verfolgen eigener zukünftiger Perspektive zu suchen und vorzufinden hoffen. Wo aber bleibt in diesem Gesetz der, der die Gewalt ausübte – als Eingeschriebener bzw. als konkrete Person? Wo bleibt er für uns? Wo bleibt er bzw. was wird ihm abverlangt an aktiver Veränderung seines Verhaltens, mit welchem Gesetz und wie wird er in der Praxis behandelt und handelt er selbst? Schließlich besteht für Männer die Notwendigkeit solchen Wahlzwanges bzw. Flucht in eine eigens dafür geschaffene Struktur nicht, weil sie immer noch Frauen und Institutionen als ihre eigene, ganz spezifische Resource vorfinden.

Erfahren werden kann, in der Regel, daß der Mann sich vom Gesetz vertreten vermutet – und nicht eingeschrieben ist, weil er sich, im Gegensatz zur Frau, als Subjekt der Handlung im Allorts vermeint und nicht wahrnimmt, daß Gesetze – auch ohne geschlechtsspezifische Benennung – von jederlei Realität abstrahieren, und nicht nur von der weiblichen. Und daß Gesetze gerade dadurch ihren gewalttätigen Charakter ausformen und schließlich in die Realität einfügen. (Aber das ist heute nicht das Thema.) Es ist einerseits viel Schweigen und andererseits viel mediales Darüberweschreiben und Drüberwegurteilen zu dem, was Frauen geschieht und was sie manchmal auch geschehen lassen aufgrund mangelnder Auswege oder Perspektiven.

Was brauchen Frauen am ehesten im Erleben von Gewalt und gewalttätigen Zugriffen? Welches waren die Bedingungen, aus denen heraus ihnen von Männern Gewalt zugefügt wird und werden kann? Welches sind die gesellschaftlichen Zurichtungen – angesichts offensichtlicher wie verborgener systemischer wie struktureller Gewalt – die Gewalt als den Frauen Zumutbares projizieren und aufrechterhalten? und schließlich: Wie finden Frauen da Auswege und welche finden sie vor? Diese Fragen und der Wille zur Veränderung dieser gesellschaftlich gemachten und/oder gestützten Zustände stehen wohl weiterhin im Blickpunkt unserer gemeinsamen Arbeit und Auseinandersetzung. Dabei steht zwangsläufig auch die Frage an, ob und wie wir uns da bei der Thematisierung selbst mitmeinen – ohne dabei die Unterschiede zwischen uns und unseren Lebens- und Nollagen zu verallgemeinern, zu vereinnahmen und auszulösen. Die Frage ist und bleibt ja, wie jede von uns, mit dem, wie sie lebt – ob isoliert, ob schön autonom oder ob gemeinschaftlich mit Männern oder gemeinschaftlich mit Frauen – wie es uns dabei so gut geht, woraus wir unsere Kraft und Erfahrungen beziehen und was wir davon weitergeben. Der immer wieder die vielerlei Not ins Schweigen – oder in den Glauben, das Hoffen – verbannende Satz, wonach ja ein Trost darin bestünde, daß wenn es einem schlecht geht, es einer anderen immer noch viel schlechter geht, soll schließlich und letztlich nur davon ablenken, unsere ganz schlicht gemeinsame Wirklichkeit, unser alltägliches Leben in all seinen Beschränkungen und physisch-psychi-

schon Abnutzungserscheinungen und Verstümmelungen, aber auch in seinen Anregungen und lustvollen Erscheinungen wahrzunehmen. Unser Leben oder Überleben also wahrzunehmen, wie es ist und es so zu benennen. Und von da ausgehend zu weiteren und vielleicht anderen, sinnvolleren Bewegungen, Kräften und Arbeitsweisen zu gelangen.

Braucht das Projekt die an das Gesetz gebundenen Mittel?

Braucht das Projekt die an dieses Landesgesetz gekoppelten Mittel? Wenn ja, unter welchen Bedingungen und für welche Tätigkeit bzw. wozu?

Ja, weil sie anderweitig nicht aufzutreiben sind? Ja, weil wir Frauen ein Anrecht darauf haben aufgrund dessen, was das weibliche Geschlecht am Bruttosozialprodukt des Landes beiträgt – wobei natürlich unsere Haus-, Erziehungs- und Beziehungsarbeit nie thematisiert, nie berechnet wird und also nie sicht- und erkennbar inbegriffen ist? Und so die gesellschaftliche Nutznießung dieser Arbeit ebenso verschwiegen bleibt?

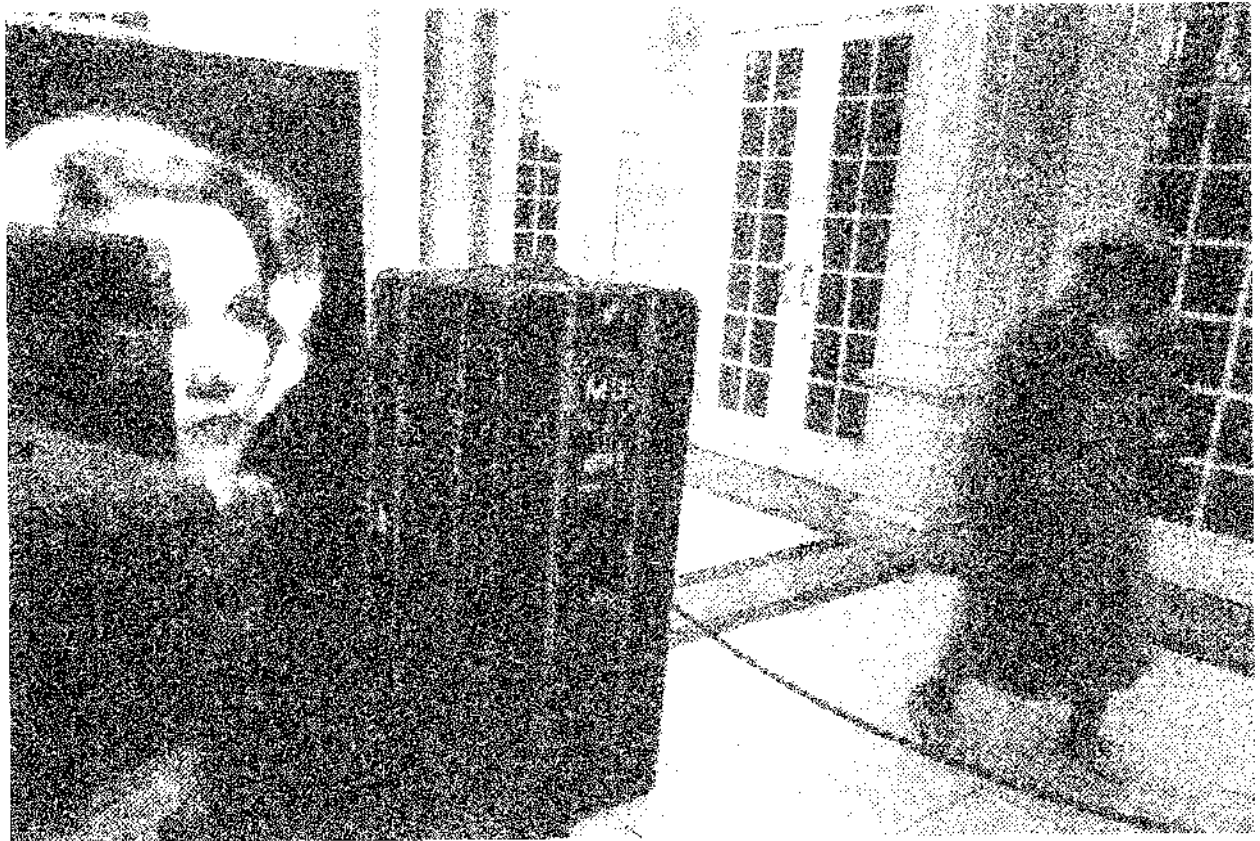
Dazu nur ein kleiner Hinweis und statistischer Beweis, den die UNO erbracht hat, und den auch zwischendurch Männer ohne weiteres und ohne Konsequenzen für ihr Handeln bereits im Mund führen: „Weltweit leisten Frauen 2/3 aller Arbeit, erhalten aber nur 1/10 des Weiteinkommens und kontrollieren nur 1/100 der Produktionsmittel.“¹⁷

Wohin fließt weibliche Kraft im Frauenhausprojekt?

Wohin fließt weibliche Anerkennung – weibliche Autorität – weibliche Kraft und Lust, weibliches Leistungsvermögen und schlicht weibliche Arbeit und wem kommt dies alles zugute? Diese Frage stellt sich, wenn das Frauenhausprojekt letztlich abhängig von der vollen und fremdbestimmten Finanzierung durch Landesmittel ist und mit dem Gesetz steht und fällt.

Kann diese Arbeit ein gesellschaftliches Bewußtsein und eine Veränderung zu den Lebensbedingungen von Frauen (und anderen Menschen) bewirken? Oder ist sie gerade nur ein Tropfen auf den brodelnden Stein? – oder schlimmer noch: Legitimiert sie Normen und gesellschaftliche Muster gerade dadurch, daß sie zum Hort und Auffangbecken gesellschaftlicher Mißstände umfunktioniert wurde und damit gerade zur Aufrechterhaltung gegenwärtiger, einschneidender gesellschaftlicher Bedingungen beiträgt?

Wie wird in diesem Kontext ehrenamtliche Arbeit von Frauen analysiert? Haben die mitarbeitenden Frauen Lust, Anregung und Spaß an der Arbeit mit Gewalt und Gewalterfahrungen? Bzw., da ich das nicht vermute, was kostet es sie an Auseinandersetzung und wieviel an Abstraktion vom Alltäglichen ist nötig, um sich in diesen Zusammenhängen, die letztlich nur die Spitze des Eisberges deutlich machen, zurechtzufinden und diese Arbeit zu verkraften. Schließlich weiß vermutlich jede inzwischen aus ihrem eigenen Erfahrungsbereich von vielerlei subtiler Gewalt im Strukturellen, Institutionellen und Individuellen und d.h. im persönlichen Umfeld. Wird diese in



der Befolgung des Gesetzes abstrahiert? -- muß sie abstrahiert werden? Geschicht nicht dabei auch die Anshöhlung weiblicher Kraft, Zeit und des weiblichen Einsatzes und wiederum die Lenkung weiblichen Engagements und Bewußtseins zu gesellschaftspolitischen Zusammenhängen? Muß und soll diese Arbeit deshalb bezahlt werden, weil sie aus der fremdbestimmten gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion hervorgeht und weil dieser Einsatz für und mit Frauen schlichtweg Kräfte und Mut wie Energie absorbiert und auf Dauer nichts als Arbeit an gesellschaftlich ständig weitergetriebenen Mißständen ist? Bedeutet das dann nicht, daß mit dem Blick, dem Engagement und der Leistung woanders oder erweitert angesetzt werden müßte?

Was würde Autonomie für das Frauenhausprojekt bedeuten?

Der Begriff Autonomie, in seinem wahren Sinn, würde beinhalten: eigenes Denken, auch eigenständiges Denken der Frauen und eigenes, selbstbestimmtes Handeln, gemeinsam und einzeln.

Was würde das für das Frauenhausprojekt bedeuten, für die Führung des Frauenhauses? (Dazu ließen sich noch ausführlich -- wozu mir hier die Zeit fehlt -- die Voraussetzungen, Grenzen, Chancen und Auswirkungen der individuellen Autonomie und jene der Gruppen- bzw. kollektiven Autonomie darlegen und analysieren und wo die Konfliktpunkte zwischen beiden Autonomien bzw. zwischen Autonomiekonstrukten liegen, z.B. wie die Gruppenautonomie die Autonomie Einzeller aufsaugen und verschlingen bzw. auflösen kann oder wie sie diese fördern kann.)

Soweit 'wir' uns an das Gesetz anlehnen wollen, würde der Anspruch der Frauen immer noch und mindestens folgendermaßen lauten können: wenn es schon eine Dienst-

leistung ist, dann muß und soll sie bezahlt werden unter den Voraussetzungen und Bedingungen, die die darin arbeitenden und lebenden Frauen aus ihrer eigenen Praxis und Wirklichkeit beziehen und einbringen und die aus deren Konsens sich ergeben. Schließlich bedeutet das Herstellen dieses Konsens unter den beteiligten Frauen schon eine große zeitliche wie inhaltliche Leistung, ist jedoch bedeutsam und unverzichtbar in den Emanzipierungsprozessen und gegenwärtigen wie zukünftigen Lebensgestaltungen der Beteiligten.

Aber und andererseits: wenn sie, die Dienstleistung, gerade aus dem Unterwerfungs- und Entmündigungscharakter eines Gesetzes und Institutioneller und des darin vereinbarten und verstimmlen Privaten entstanden ist, wie kann Frau dann gerade auf dieses zurückgreifen? Lohnt sich der weitere Versuch, sich der diesen Strukturen inhärenten Deformierungs- und Vereinnahmungskraft entziehen zu können? Oder lohnt sich eher ein anderer Versuch, für den hier und jetzt, gerade weil das Frauenhaus noch nicht in Betrieb ist, noch der geeignetste Moment ist?: Sich auf das zu besinnen, was das Interesse und das Motiv und das darauf aufbauende Engagement der Vereinsfrauen und Mitarbeiterinnen in ihrer Arbeit prägt(e); dabei ausgehend von der Frage, inwieweit dieses Vielfältige bei der Isbetriebnahme eines vornehmlich gesetzlich strukturierten Frauenhausdienstes und der weit umfangreicheren Arbeit noch in ein Sinnvolles einfließen kann für alle daran Beteiligten.

Sind wir nicht als Einzelne und gemeinsam immer schon in der Anpassung, im Assimiliert-werden und in der Assimilation eines uns-Fremden und dabei in der Selbstausslöschung spezifischer Wünsche und Bedingungen, wenn wir uns auf etwas berufen wollen oder müssen, das außerhalb unserer eigenen Werte und Bestimmungen liegt? Das bedeutet, daß 'wir' uns mit diesen auseinandersetzen müßten und von da aus -- gemeinsam wie einzeln -- weiterdenken.

Kann Solidarität die Autonomie fördern?

Kann und wie kann Solidarität, wechselseitige Unterstützung und gemeinsame Arbeit unter Frauen die individuelle und kollektive Autonomie, also Eigengesetzlichkeit von Frauen und ihren Projekten fördern?

Die Motivation der Vereinsfrauen und Mitarbeiterinnen war und ist ja wohl nach wie vor, wie für sie und die dann daran Beteiligten am geeignetsten und am förderlichsten ihre Arbeit und Engagement umsetzbar ist für die Aufrechterhaltung oder Erlangung eines Selbstwertes und eines eigenverantwortlichen Handelns von Frauen. Und das fällt in die Mitsprache- und Entscheidungskraft jeder einzelnen Betroffenen und Beteiligten. Sie könnte aber erster Bezugspunkt, eine erste Chance, konkrete Hilfe und Orientierungsmöglichkeit sein, mit Frauen gemeinsam ein eigenes Leben gestalten zu lernen, Frauen als Bezugspunkte und in wechselseitiger Beziehung und Anerkennung schätzen zu lernen.

Aber warum dann nicht, um den Gedanken und das Projektangebot eines Frauenzusammenhangs und Frauenzusammenlebens aufrecht zu halten und fortzuführen, warum dann nicht eine Selbstversorgerinnenstruktur? Bezüglich der dazu erforderlichen Mittel möchte ich nochmal auf eine längst fällige Diskussion zu den von Frauen erwirtschafteten und in die Volkswirtschaft einfließenden Mittel verweisen – als einem Diskussionsargument, das geflissentlich ständig ausgeklammert bleibt, aber wozu 'wir' wohl zunehmend und wieder einmal selbst einen Bezug herstellen müssen. Und von da aus sehr wohl einen Bezug zu selbstbestimmten Mitteln herstellen können. Um dann so arbeiten zu können, wie es den gegenwärtigen Lebensbedingungen und zukünftigen Perspektiven der Frauen entspricht bzw. in flexibler und gemeinsamer Gestaltung immer wieder angeglichen werden kann.

Daß die Projektbeteiligten sich bei der Beolöung dieses Gesetzes schon in **einseitiger** – und eben nicht deklarierterweise **wechselseitiger** – Abhängigkeit befinden und gerade daher in Anpassung, dürfte inzwischen deutlich geworden sein.

Einseitige Abhängigkeit – wo finanzielle Abhängigkeit an gesetzgeberischer Strukturierung, Kontrolle und Einfluß gekoppelt ist – beinhaltet in der Regel immer auch Entzug von Eigenverantwortlichkeit bzw. Selbstaufgabe bzw. formales Delegieren von Verantwortung an jemand Anderen, an ein Außen. Das real und ganz konkret dann die Verantwortung nicht trägt – sondern sich gerade durch das Gesetz spricht und entzieht. Zwischen Gesetz und Wirklichkeit waren die Klüfte immer schon – und allen dagegenstrebenden Kräften zum Trotz – übermenschlich tief. Und diese gilt es zu erkennen, um dem Gesetz nicht noch Kraft und Fülle und Macht von uns Frauen her einzuschreiben und zuzugestehen. Und: gilt nicht von da aus, sich des Bezuges auf dieses Gesetz zu enthalten, sich seiner Norm und seinen Wirkungen zu entziehen?

Abschließend und zusammenfassend: Ich denke, die Arbeit der Frauen ist eine politisch-gesellschaftliche, und wäre zu gestalten als ein Wechselvolles zwischen Anerkennen (freilich nur, wenn sinnvoll!), Verweigern oder Überschreiten herkömmlicher wie vorgeschriebener Normen und dem Ausarbeiten anregender und zielführender Perspektiven, die den weiblichen Lebenszusammenhängen und den Wünschen aller daran beteiligten Frauen immer weiter näher kommen. Die Arbeit von Frauen ist

m.E. dann eine für sie Bereichernde, wenn wir begreifen und gemeinsam thematisieren wie stützen, daß sie uns alle angeht und eben nicht die direkt Beteiligten allein; daß sie Sinn ergibt, wenn und weil sie sich auf die Vielfalt weiblicher Alltags Erfahrungen und leiblich-geistigen Empfindungs- und Verarbeitungsfähigkeiten bezieht. Auch indem Frauen gemeinsam wie einzeln versuchen, eine weitere Einbindung politisch-gesellschaftlicher Machtinstrumentarien in den weiblichen und gemeinschaftlichen Lebenszusammenhang nicht weiter zuzulassen und sich dem zunehmend zu entziehen.

Die Frage, wie und wodurch Not gewendet werden kann und wie wir unsere je eigene mit dabei wenden können, ist vermutlich da enthalten, letztlich entspringt diese Arbeit ja dem Willen, nicht sozusagen „karitativ der armen Nächsten“ zu helfen – weil's jeder von uns ach so gut und schön geht! – sondern sie erwächst aus unserem Bewußtsein, unserer Erfahrung und ganz alltäglichen Wahrnehmung eines vom Logos Strukturierten und Entsinlichten, eines politisch Gemachten und Verformten. „Es ist die Norm, die als Normalität eine Befreiung aus Gewaltverhältnissen sein soll. Da diese Norm aber diejenige ist, die die Gewalttäter für sich selbst in Anspruch nehmen, müßte sie verdächtig sein.“¹⁸

Gesellschaftliche Widersprüche und politische Wider- und Unsinnigkeiten haben sich entlang der abendländischen Geschichte gerade an den Frauenleibern und dem Denken der Frauen so festgemacht, da sie als Teil der zu unterwerfenden Natur und Materie behandelt wurden und noch werden (in diesem Kontext nur ist wohl zu verstehen, warum sich gerade der Umweltminister Mattioli so um die Abschaffung – bzw. dann Veränderung – des derzeit gültigen Abtreibungsparagraphen bemüht, so quasi im Sinne: es lebe zumindest dieses Restteil der Natur, die Gebärmutter der Frau, noch. Daß alle andere Politik, Technologie, Biologie und weitere unsinnige Forschung gerade ins Gegenteil hinausläuft und diese Restresource Natur ungeachtet dessen, was Frauen und Kindern sonst geschieht, patriarchalcrweise beschworen und herbeigezwungen werden soll und warum dies geschieht, bleibt hinter den kurzschlüssigen Polemiken verschleiert, fügt sich aber nahtlos ein in die Unterwerfung des Frauenleibes-, -denkens, -führens und vielfältigen Frauentlebens. Und sei dies mittels Verführung durch Technologie und Medizin.)

Warum stellt sich die Thematik „Zwischen Autonomie und Anpassung“?

Warum stellt sich diese Thematik „Zwischen Autonomie und Anpassung“? Weil Frauen dazwischen eingeklemmt sind? Weil Frauen beides und das viele Dazwischenliegende bereits versucht haben? Weil Frauen ihre Mittel, d.h. ihr Leistungsvermögen, ihre unter- oder gar nicht bezahlte Arbeit und Kraft und Lust irgendwo anders hingebracht haben oder einsickern ließen und ständig weiter einfließen lassen? Und ihnen von dorthier die Mittel aberkannt, schlicht vorenthalten werden. Denn wenn Frauen hier in Südtirol schon die geschlechtliche Mehrheit stellen, dann müßten sich die Projekte, die Frauen voranbringen und ihr Leben notwendig, eigengesetzlich und selbsttätig gestalten helfen, auch leicht realisieren lassen. Und es würde schon daraus, daß Frauen auf fremdbestimmte Mittel verzichten und zu selbstbestimmten einen

Bezug herstellen, ein anderes Bewußtsein, eine andere Wahrnehmung, ihre je eigene und spezifische, gesellschaftliche und implizit soziale Wirklichkeit einfließen und zum Ausdruck bringen.

Forderungen stellen an jemanden bedeutet immer, das sollten wir nie vergessen, seine Position und seine Macht anzuerkennen, nicht nur im Hinblick auf die Erfüllung der Forderungen, sondern darüberhinaus und implizit. Seine Macht dann auch, die Forderungen zu erfüllen oder abzulehnen, wiederum zu bestätigen. Und gleichzeitig die eigene Ohnmacht einzugestehen, unabhängig von seinem good will, seinem jeweiligen Gutdünken – das er jederzeit zurückziehen bzw. als Druckmittel gebrauchen kann – eigene Projekte, Ideen und Perspektiven voranzutreiben zu können. Demgegenüber beinhaltet das Entwickeln und Voranbringen eines eigensinnigen Denkens, unsere eigene Wahrnehmung ernst zu nehmen und sie nicht ständig ausreden und verstümmeln oder ins Schweigen verbannen zu lassen; es beinhaltet dann, solidarisch zu handeln auf der Basis gemeinsamer bzw. kollektiver und individueller Wahrnehmung der subtilen und offenen Gewalt, der strukturellen wie individuellen Gewalt und daraus hervorgehend zu handeln und die Mittel aufzubringen wie auch die Form selbst und gemeinsam zu bestimmen; und es bedeutet dann auch, andere Formen der Solidarität und Unterstützung in lustvollere und eben nicht aussaugender Weise zu erproben.

Es dürfte also auf die Wahrnehmung, das Denken und das Handeln jeder einzelnen in ihrer je spezifischen Situation und im Gemeinschaftlichen ankommen, um die Vereinigung von Denken und Handeln, von Leib und Leben im ganz konkreten Alltag.

(Melina Püschel, Studium der Erziehungs- und Politikwissenschaften sowie der Psychologie, freiberufliche kulturwissenschaftliche Tätigkeit.)

Anmerkungen

- 1 Die ich im anläßlich meines Austritts aus dem Beirat formulierten Text „Von großen Wünschen, großen Hoffnungen und großen Erwartungen zur gesetzten Wirklichkeit. Aufzeichnungen zu einem Antritt oder: Querschnittsanalyse einer Arbeit“ eintrachte und begründete. Der Text lag bei der Fügung auf.
- 2 Um eine Auseinandersetzung mit und eingehende Betrachtung und Analyse des Theorie-Praxis/Alltag-Konflikts und dessen gesellschaftlichen Implikationen ging es mir dann in der Diplomarbeit wie in der Dissertation: mit unterschiedlichen Analyse- und Ansatzpunkten und ausgehend vom eigenen Denken, Sein und Leben als Geschlecht Frau und als Mutter in dieser abendländischen Kultur und in meinem Verhältnis zu ihr und zu der von ihr geprägten Welt.
- 3 von Braun, Christina. Nichtich. Logik Lüge Libido. Neue Kritik: Frankfurt a.M. 1988.
- 4 Kluge, Friedrich. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. de Gruyter: Berlin, New York 1989, S. 51.
- 5 Aus dem Bericht „Frauenhäuser sind eine Antwort auf die lange Geschichte der Gewalt gegen Frauen“ des Vereins „Für Frauen, gegen Gewalt – Per le donne, contro la violenza“, S. 1.
- 6 ebd.
- 7 ebd.
- 8 Die letzte Satzpassage ist folgendermaßen ins Italienische übersetzt: „... che le aiutino a superare la fase acuta e a reinsediarsi nella normale vita di relazione.“ Über Normalität bzw. Anormalität von Beziehungseben bzw. über die Norm der „normale vita di relazione“ bzw. wie sich Norm konstituiert und wie sie er- und gelebt wird, steht freilich nichts geschrieben.

- 9 Das Anzeigen und Verständlichmachen von Problemen und Problemlagen ist dann wiederum, wenn Arbeit und Einsatz der wenigen Frauen, die wegen ihres frauenpolitischen Engagements und Ansatzes hinciberaten werden, wodurch diese ihr Engagement, ihre Vertretungsstatus und ihren zeitlichen Einsatz weiter potenzieren müssen, wollen sie gehört werden. Und selbst wenn sie gehört werden, beinhaltet das noch nicht ein befriedigendes Beantworten ihrer Anliegen.
- 10 Eine andere Regelung scheint man in den USA gefunden zu haben; so schreibt die „Information für die Frauen Tirol“, Nr.1/95: „USA: Hausverbot für Männer. In der Us-A wird maßhalten und vergeblichen Frauen rechtlich abgesteckt ermöglicht, in ihrem Haus zu bleiben. Dem Mann wird bei Strafindoelung ein Hausverbot verpaßt.“ Soweit inzwischen die Information.
- 11 Ich will damit nicht die gesellschaftlichen – und geschlechtlich differenzierten – Implikationen, die ein Täter- und Opfersein bedingen und strukturieren, ausklammern, im Gegenteil: Ich hoffe, daß einiger ihrer Merkmale durch meine Ausführungen deutlicher erkennbar werden.
- 12 Meine Schwierigkeit, das richtige Wort sowohl für den Zustand wie die Situation zu finden, in dem/der eine Frau sich befindet, wenn sie den Frauenhausdienst aufsucht wie die Struktur la Anspruch nimmt oder zu nehmen gezwungen ist. Mit an, so wie die Schwierigkeiten sich aus der breiten Palette an Notlagen wie Lebenslagen von Frauen heraus ergebe und unhalten. Und letztlich ergäbe sich die Schwierigkeit noch daraus, weil ihre Mitbestimmung nicht vorgesehen ist, wohl aber jede Frauenhausrichtung „auf Grund einer Hausordnung ... geführt (wird), deren Mutter vom Landesheirat laut Artikel 2 zu genehmigen ist“ 14.3. des Gesetzes; in den dabei zur Beachtung vorgesehenen Kriterien ist enthalten, daß „die Frauen an der Führung des Hauses“ (4.3.e des Gesetzes) mitarbeiten. Ob sich Frau also als Konsumentin eines notwendigen Dienstes, als von Gewalt Betroffene, als Hauswirtsin des Frauenhauses und/oder vielleicht als Mitarbeiterin versteht bis zu ihrem selbstentschiedenen Fortgehen aus dem Frauenhaus, möchte ich hiermit nicht vorwegnehmen. Mein Dilemma versuche ich inzwischen damit zu lösen, daß ich je nach betrachteten Schwerpunkt „von Gewalt betroffene Frau“, „Konsumentin“ oder „Bewohnerin“ verweende, damit aber vielleicht eher der Komplexität der leidvollen Erfahrungen und des Lebens der Frauen näherkomme wie auch der dazu ausbaubaren Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb eines Frauenhauses.
- 13 In Klammern und Schrägschrift gesetzte Einfügungen oder Rufzeichen sind von mir: sie sollen meine Einwände sichtbar machen und ihnen die Lektüre erleichtern.
- 14 Der rote Faden, der sich durch das Gesetz zieht: die Reorganisation und Ordnung eines Dienstes bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung aller Sinngehalte der Dienstleistungen und von diesem Dienst Angesprochenen sowie die Schaffung gesetzestgemäßer Sinngehalte und Sachverhalte. Das Gesetz dient dem Gesetzgeber zu seinem Schutz. Was fürchtet er?
- 15 Ich erinnere mich noch an die Landtagsdiskussion anläßlich der Genehmigung des Gesetzes. Da meinte ein Landtagsabgeordneter, auch Männer würden „antagaliert“ und eine Landtagsabgeordnete sprach von „sogenaanter Gewalt“ gegen Frauen, ein dritter schließlich von der gesellschaftlichen „Wiederspiegelung der Frauen“.
- 16 Siehe dazu nochmal Bruttoerzeugnisprodukt, in dem die in diesem Arbeitsfeld ertrachte Tätigkeit nicht sichtbar enthalten ist. Eine Diskussion zur Finanzierung des Frauenhaus-, aber auch anderer Frauenprojekte(s) sollte jedoch das explizit benennen bzw. anzuzeigen, was an Arbeit und volkswirtschaftlichem Fleißprodukt durch Frauen erbracht wird und ob es zu ihrem Nutzen und Sinn verwendet wird. Dazu könnte die 1993 veröffentlichte Studie „Doppelte Präsenz. Der Alltag der Frauen in Südtirol“ ebenso herangezogen werden wie auch eine weitere Frauenstudie, die voraussichtlich im Frühjahr/Sommer 95 veröffentlicht wird. Es dürfte bei der Thematisierung weiblicher Arbeit bzw. dessen, wozu sie dient und wofür das aus ihr entstehende Volkseinkommen verschwendet, um eine schon lange fällige öffentliche Debatte geben und um eine sinnvolle Erweiterung der Diskussion um Investitionen bzw. Ausgaben der öffentlichen Hand. Ausgehend von der Frauenfrage kommt sich so schnell an ihnen bzw. der Gesellschaft inzwischen bedeutendsten Drehpunkt an, bei der Ökonomie mit all ihren Normen, Folgen, Rollen, Verführungsmustern, Auswirkungen und implizit auch Verfallschüssen.
- 17 von Werthof, Claudia. Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Fraueroffensive: München 1991, S. 125.
- 18 von Werthof, Claudia. Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Fraueroffensive: München 1991, S. 16.

Tra Autonomia e adattamento, la necessità di un nuovo atteggiamento

Relazione al convegno "Casa delle Donne - tra autonomia e adattamento" organizzato dall'ASUS/SH presso la Kolpinghaus di Bolzano il 17.9.1994

Clara Jourdan

Faccio parte della redazione di *Via Dogana*, rivista della Libreria delle donne di Milano, e insegno diritto ed economia politica in un Istituto Tecnico Statale. Due situazioni che, rispetto alla questione su cui sono stata invitata a intervenire oggi - il rapporto tra progetti femministi e lo Stato - si potrebbero trovare ad opposti estremi: da un lato l'impresa femminile indipendente, giuridicamente ed economicamente privata; dall'altro il lavoro dipendente in un servizio pubblico, strutturato ed interamente finanziato dallo Stato. Tuttavia in entrambe le situazioni la mia politica è la stessa: creare autorità femminile. E anche la difficoltà per me è la stessa, se pure le condizioni materiali sono diverse. Perché è un problema di pratica, riguarda cioè il modo con cui mi metto in relazione con me stessa e con il mondo. Questo dato della mia esperienza - simile a quella di altre donne per le quali la dimensione politica non appartiene a un settore separato ma permea tutta la vita - mi aiuta a vedere il tema del convegno "Casa delle donne - tra autonomia e adattamento" da un punto di vista più generale, che riguarda anche me, e su cui quindi ci può essere scambio. Nella mia esperienza, infatti l'alternativa tra autonomia e adattamento si pone in ogni situazione: ci può essere autonomia anche quando tutto sembra essere già strutturato, come ci può essere adattamento anche quando le condizioni materiali sono o sembrano di massima indipendenza. Autonomia o adattamento sono collocazioni di ordine simbolico, ed è questo che orienta l'agire concreto, dando criteri e misura per le scelte.

Con questa impostazione cercherò di entrare nel merito della questione del rapporto tra progetti femministi - e femminili - e lo Stato (e preciso che con la parola Stato intendo in generale l'Ente pubblico, in particolare l'Ente territoriale, e quindi anche la Provincia, ecc., che al livello di discorso che intendo fare, è assimilabile allo Stato).

In Libreria, al Circolo della Rosa (tra la cui fondatrici c'è Marisa Guarneri della Casa di accoglienza delle donne maltrattate di Milano), in *Via Dogana*, riflettiamo da anni sulla dimensione pubblica dell'agire femminile. Sulla rivista sono pubblicati vari interventi su questo tema. Il progetto stesso di *Via Dogana*, espresso dal titolo del primo numero "La politica è la politica delle donne", è di mettersi al centro, nella vita privata come nella vita pubblica. È dunque di vedere il rapporto con lo Stato e la legge in chiave di libertà e di autorità femminile. Le orga-

nizzatrici dell'incontro di oggi hanno trovato particolarmente interessante per questa discussione lo scritto di Luisa Muraro "Quando lo Stato diventa femminista", pubblicato sul n. 5 di *Via Dogana* (1992). È questa la ragione per cui sono stata invitata a introdurre la riflessione. "Penso - scrive Luisa Muraro - che lo Stato femminista sia, per la libertà femminile, quello che fu lo Stato comunista per la libertà delle classi lavoratrici: una tomba". "Detto questo - continua - niente è risolto. In politica, infatti, come nella vita, il solo modo di evitare le strade sbagliate, è di trovare quella giusta ... Il problema è che il femminismo, che pure ha fatto intendere il senso anche politico della differenza sessuale, non ha però ancora inciso sul rapporto spontaneo della maggioranza delle donne con la 'cosa pubblica', rapporto oscillante fra dipendenza ed estraneità. Di conseguenza ... le femministe oscillano tra fare dello Stato lo strumento per migliorare l'esistente (senza considerare che lo Stato non è neutro ma maschile), o rinunciare a ogni dimensione pubblica del loro agire ... il problema, dunque non è costituito tanto dal femminismo di Stato, quanto dalla strettoia fra la mediazione dello Stato, da una parte, e il separatismo statico dall'altra. Come superarla? La risposta - secondo Luisa Muraro - va cercata, prima che nella testa, nella realtà: intendo, la realtà che sta cambiando nel senso desiderato, di una creazione di mondo grazie a mediazioni femminili. Perché infatti una simile realtà già esiste e parla, purché apriamo occhi e orecchie."

Nelle Case delle donne maltrattate c'è questa creazione di mondo. Per quel poco che ne so - attraverso Marisa Guarneri - è avvenuto lo spostamento di senso e di valore: dal potere con la sua logica e i suoi simboli, alle persone in carne ed ossa. La cosa necessaria, a questo punto, è saperlo vedere e dire. Sono convinta che solo se si parte dal punto di vista - e di forza - della realtà modificata, si riesce a impostare adeguatamente il problema concreto dei finanziamenti, dei tentativi esterni di influenzare il lavoro, ecc.. Se invece non si parte dalla realtà già modificata, si butta via il guadagnato, e si torna indietro: si torna, per esempio, a pensare che finanziamento comporti inevitabilmente adattamento. Dico questo perché non credo che si possa davvero discutere se scegliere tra autonomia e adattamento. O l'autonomia non c'è - e allora si tratta di prenderne atto - o il problema è come affrontare

le pressioni, cose inventare di nuovo, ecc., ma da una posizione di autonomia, non con il senso di un adattamento alle condizioni altrui.

Dunque vorrei invitare a ragionare facendo sempre attenzione alla realtà già modificata, sia nei contesti legati alle Case, sia in generale nella società. E i punti che propongo alla riflessione sono: il rapporto con la Pubblica Amministrazione, la dimensione pubblica dell'attività, la necessità di lavoro teorico.

Il rapporto con la pubblica amministrazione

Per mettersi in rapporto allo Stato da una posizione di autonomia, va tenuto presente che esso è una costruzione simbolica e sociale maschile: risponde al bisogno maschile di ordine, e le sue articolazioni (dal Parlamento alla burocrazia, dalle leggi alle gerarchie) sono il frutto di secolari mediazioni maschili

per regolare i rapporti di potere tra uomini. Per questo più uomini che donne "credono" a queste istituzioni, anche quando poi non rispettano le regole. Per esempio, tutte le discussioni e battaglie che ci sono state sull'importanza di cambiare il sistema elettorale per migliorare la vita politica, mostrano che il diritto risponde all'esigenza simbolica di avere una fonte di autorità, che metta ordine nella competizione per la distribuzione del potere. Ma sempre di lotta per il potere si tratta, e di lotta maschile, come vediamo anche dalle energie che gli uomini ci mettono. Perciò, se si sta alle dinamiche interne a tali istituzioni, forse un po' di soldi si ottengono, ma "il carattere del lavoro finisce per allontanarsi dal progetto iniziale", come mi ha scritto Eva Lindenmaier per presentarmi il problema che devono affrontare le Case delle donne maltrattate. Come aver a che fare con i centri di potere senza stare alle loro logiche? Prima di tutto, modificando il proprio atteggiamento: mettendosi simbolicamente "sopra la legge", "sopra lo Stato", nel luogo dell'autorità femminile.

Da questo luogo - che si crea attraverso una pratica di relazione con altre donne - viene la capacità di inventare strade per la soluzione dei problemi, senza cadere nelle trappole delle "condizioni istituzionali". Un esempio di ricerca di invenzione politica nel rapporto con i funzionari è brevemente raccontata da Marisa Guarnieri in una lettera a *Via Dogana* (n. 13, 1993). Di fatti come questi spero parlerete voi. Io vorrei mettere l'accento su un passaggio - per me centrale - sottolineato sia dall'articolo di Luisa Muraro sia dalla lettera di Marisa Guarnieri: lo spostamento di attenzione dal potere con la sua logica e i suoi simboli alle persone in carne ed ossa. E cioè considerare che la Pubblica Amministrazione è fatta di donne e uomini: è con loro che si ha o non si ha rapporto, ed è con loro che si può cercare di stabilire una relazione fuori dagli schemi burocratici, non con il ruolo istituzionale, che rappresenta il potere. Per esempio, quando si dice che la Provincia cerca di influenzare il lavoro, domandarsi: chi precisamente cerca di influenzare? Questo passaggio teorico e pratico non è tanto ovvio: significa già uno spostamento



dall'autorità maschile (che noi stesse rinforziamo quando attribuiamo autorità a un suo simbolo, l'Ente), all'autorità femminile, che possiamo creare restituendo autorità a donne, ed eventualmente uomini. Questo passaggio permette anche di riconoscere gli spostamenti che forse sono già avvenuti all'interno degli uffici pubblici. Perché anche lì ci possono essere donne che lavorano in un modo che rompe con il paradigma burocratico, come mostra Paola Piva nella sua analisi su "Le mosche bianche. Un gruppo di donne a Roma per l'amministrazione amica" (*DWF* n. 1, 1993).

Questo passaggio richiede però, affinché non sia illusorio, attenzione al linguaggio. Perché il linguaggio esprime il senso di ciò che accade, l'autonomia o la mancanza di autonomia con cui ci si muove. Per esempio il linguaggio delle pari opportunità è molto forte simbolicamente, e va contro la libertà femminile. Infatti alla Casa di Milano hanno scelto di non passare attraverso la mediazione di chi opera nelle varie Commissioni parità, ecc., di chi cioè nomina in quel modo il bisogno e il desiderio femminile. Perché questo finisce per danneggiare, più che aiutare, le stesse donne maltrattate, esponendole anche al maltrattamento simbolico. E dunque, per mettersi in relazione con lo Stato è necessario spostarsi nel luogo simbolico proprio, in modo che la funzione mediatrice venga svolta dall'autorità femminile, non dallo Stato. Altrimenti, viene mediata dallo Stato anche la differenza femminile, che prende il senso di una mancanza. Cosa che oggi, nel sentire comune, non c'è più.

La dimensione pubblica dell'attività

Il secondo punto riguarda la dimensione e l'interesse pubblico delle imprese femministe. Su questo punto ho più domande che risposte, perché se mi è chiaro come si colloca un'impresa come *Via Dogana*, mi sembra che in imprese come le Case delle donne maltrattate ci sia un aspetto non ancora adeguatamente indagato: la dimensione di

servizio di interesse pubblico. Una elaborazione teorica di questo aspetto può orientare nella questione dei finanziamenti per le spese e della retribuzione del lavoro svolto lì dentro.

Via Dogana è nata grazie al finanziamento iniziale di una donna, e si mantiene con le vendite e gli abbonamenti. Viene pagato il lavoro di grafica e tipografia, che è lavoro esterno. Il nostro lavoro invece non è retribuito con denaro, ma io non lo considero lavoro gratuito, né volontariato, perché è un'attività politica e quindi la sua misura sta nell'efficacia: nella modificazione prodotta, nello scontro con chi legge, nell'incidenza sul dibattito politico, ecc.. Il peso di questo lavoro lo sento quando manca l'interlocuzione, perché mi sembra di lavorare per niente. La necessità di un'impresa di questo tipo è dunque di luogo pubblico, ma non di servizio sociale. Io ed altre dedichiamo molte energie a *Via Dogana* in quanto fare la rivista si lega al desiderio di ciascuna di noi di modificare l'ordine simbolico, di creare autorità femminile, perché ne abbiamo bisogno noi stesse. Lavoriamo per noi, dunque, non per le altre, e credo che sia per questa ragione che altre donne (e anche uomini) ricevano molto — a quanto affermano — dalla lettura della rivista, perché c'è un mettersi in gioco a partire da sé.

Io vorrei che si esplicitasse il perché donne che non sono maltrattate si occupano di questo problema. Cosa mettono in gioco di sé? E cosa guadagnano per sé? E poi: se è anche un servizio sociale, qual è la sua misura? Come si coniuga un progetto politico, necessariamente dirompente rispetto all'ordine dato e che dunque ha una sua moneta simbolica nell'autorità guadagnata, con un servizio sociale, che può essere pagato con denaro e potrebbe anche essere funzionale al mantenimento dell'ordine esistente? Secondo me, se ci si vuole porre come servizio sociale, è necessario ripensare cosa sia un servizio sociale, altrimenti c'è il rischio di fare qualcosa di utile, sì, ma utile a chi? E c'è il rischio, inoltre, di essere collocate o no nel concetto di servizio sociale a seconda delle dimensioni che altri danno al concetto, anche in relazione al momento storico, alle scelte per esempio di tagliare la spesa pubblica. A me interessa molto questa discussione, e penso che la vostra attività sia un'occasione preziosa per un sapere nuovo sui servizi sociali. L'esigenza di elaborazione su questo tema l'ho scolta anche nelle parole con cui Eva Lindenmaier mi riferiva le discussioni all'origine di questo convegno, discussioni che lei ha seguito presso il Centro di Accoglienza della Casa delle donne di Merano. Rispetto al finanziamento dello Stato — Eva riferisce — «ci si chiede quale sarebbe l'alternativa. Il volontariato per esempio significherebbe procurare ancora del lavoro femminile gratuito nell'ambito sociale». È vero. Anch'io credo — pur rispettando molto il volontariato — che questo possa significare lavoro gratuito, nell'esercizio di quella funzione civilizzatrice che le donne svolgono per rendere meno mortifero l'ordine maschile. Ma io mi chiedo se la soluzione di retribuire con denaro questo lavoro sia adeguata, se non sia un modo per normalizzare, senza interrogarlo, attività che hanno ragioni e significati ancora non detti. Anche perché proprio in chi opera nell'ambito del cosiddetto volontariato c'è spesso la consapevolezza di fare qualcosa che non è misurabile con il denaro, ma che domanda un'altra misura. Un'altra misura che secondo me è necessario trovare anche quando si ricevo-

no, e si ritiene di dover ricevere, dei soldi per il proprio lavoro.

È una misura data dalle parole con cui si nomina la realtà. Parole che possono essere più efficaci dei finanziamenti, e comunque non possono essere sostituite dal denaro. Ma le parole adeguate vanno cercate. E questo è il terzo punto che propongo alla vostra attenzione.

La necessità di lavoro teorico

La necessità di fare teoria, del lavoro cioè di "mettere in parole" (su cui ha richiamato recentemente L'attenzione Lia Cigarini), c'è perché il significato della realtà orienta il pensiero e l'azione. E, come si può vedere ogni giorno sui quotidiani, in Tv, ecc., c'è lotta politica sul significato delle cose. Così, se il significato di ciò che siamo e facciamo non riusciamo a darlo noi, lo danno altri. Nella società italiana si registra un crescente protagonismo femminile in molti ambiti, e una modificazione nel rapporto tra i sessi nella famiglia. Ma come viene registrato questo fatto? Come raggiungimento dell'uguaglianza, e come desiderio di parità. Manca, nel linguaggio, l'occlusione femminile, e non sono entrate nel senso comune le parole che dicono il desiderio e la libertà femminile. Il senso di iniziative come le Case delle donne maltrattate sembra essere che le donne sono oppresse e cercano di aiutarsi tra loro; che ci vogliono servizi sociali per mettere una toppa a questa piaga. Se anche per voi e per le donne maltrattate questo significato è falso e umiliante, si tratta di cercare e dire il senso vero di ciò che fate, e il sapere dell'esperienza femminile che ne viene, in modo che ci sia un guadagno di libertà per tutte, anche per me. Il lavoro sul linguaggio è difficile perché è un lavoro di pensiero, e bisogna combattere contro la tendenza a interpretare tutto secondo gli schemi della cultura corrente che non prevede la libertà femminile. Ci vuole uno sforzo continuo di ricerca, di ascolto dell'esperienza, delle contraddizioni, ecc. Questo problema c'è per tutte le imprese delle donne, soprattutto per quelle che vogliono essere dirompenti, non ritagliarsi uno spazio: se non curano la messa in parole perdono dirompenza. E si esauriscono, come accade spesso nel movimento delle donne. Ricordo per esempio, i consultori femministi dei primi anni '70, che, dopo l'istituzione per legge dei consultori pubblici, sono scomparsi, quasi che la loro funzione fosse stata quella di stimolare l'intervento statale.

L'adattamento dunque è un problema di senso, prima che di pressioni da parte dei finanziatori. Per far sì che le modificazioni della propria pratica non restino invisibili a sé prima che agli altri, e per indurre spostamenti nel senso comune, nel modo in cui si è visto, occorre che il lavoro teorico sia parte essenziale della pratica. È a questo lavoro che vi invito, in modo che l'esperienza delle Case non resti circoscritta lì, ma diventi fonte di sapere anche per chi non si occupa del problema in modo particolare. Offro punti di vista, idee nuove per conoscere la realtà. Insigni a leggere in modo non ovvio, per esempio, quei fatti di cui continuamente abbiamo notizia, di violenze, di assassinii, di donne vittime ma anche autrici, ecc. Il lavoro dà la competenza di intervenire, giudicare, inventare. E anche di cercare la strada giusta per ottenere ciò che si vuole dallo Stato.

Das Tiroler Frauenhaus für mißhandelte Frauen und Kinder

Referat zur Tagung der SH/ASUS „Frauenhaus – zwischen
Autonomie und Anpassung“ am 17.9.1994

Christine Heiß und Maria-Lydia Hörinagl

Entstehungsgeschichte

Vor 15 Jahren, im November 1979, hat sich in Innsbruck eine Gruppe von 15–20 Frauen zusammengetan mit dem Ziel, ein autonomes Frauenhaus in Tirol zu gründen. Von Anfang an stand die Autonomie (selbstbestimmtes Konzept und selbstbestimmtes Arbeiten) des Frauenhausprojekts im Mittelpunkt. Auch wenn nicht alle Gruppenmitglieder aus der autonomen Frauenbewegung kamen, blieben Partei- und Konfessionsnähe (ÖVP- und katholische Frauen) vorerst im Hintergrund. Gemeinsam war allen, daß sie sich als Mitbetroffene männlicher Gewalt definierten.

Im März 1980 gründeten diese Frauen den Verein „Tiroler Initiative Frauenhaus für mißhandelte Frauen und Kinder“. Die Grundzüge des Projekts wurden von den bereits existierenden autonomen Frauenhäusern in Österreich übernommen: Achtung vor der Entscheidungsfreiheit jeder Frau; Parteilichkeit und Gewährleistung der Anonymität für Frauen und Kinder; Frauenhaus als Schutzraum für Frauen und Kinder – nur Frauen können mitarbeiten; keine Männer im Haus; Aufnahme rund um die Uhr; Demokratische Strukturen – nichthierarchische Teamarbeit; Selbstverwaltung der Bewohnerinnen bei hausinternen Belangen; politischer Anspruch – Bewußtmachen der offenen und strukturellen Gewalt gegen Frauen und Kinder. Jetzt fehlte „nur“ noch das Geld und ein geeignetes Haus: Auf die finanzielle Situation werden wir etwas später genauer eingehen; mit der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten wurde 1980 begonnen. Als günstigstes Mietobjekt erwies sich ein ehemaliger Gasthof in der Nähe von Innsbruck. Die Vereinsfrauen investierten viel Zeit und Energie in die Adaptierung des Hauses. Die vorhandenen Gasträume konnten als Aufenthaltsräume (großes Wohnzimmer, großes Kinderzimmer und Großküche) genutzt werden. Aus den Pensionszimmern entstanden acht Zimmer für die Frauen, zwei kleine Büros, sowie Lager- und Stauräume. Am 16.12.1981 war es dann soweit – das Tiroler Frauenhaus wurde offiziell eröffnet.

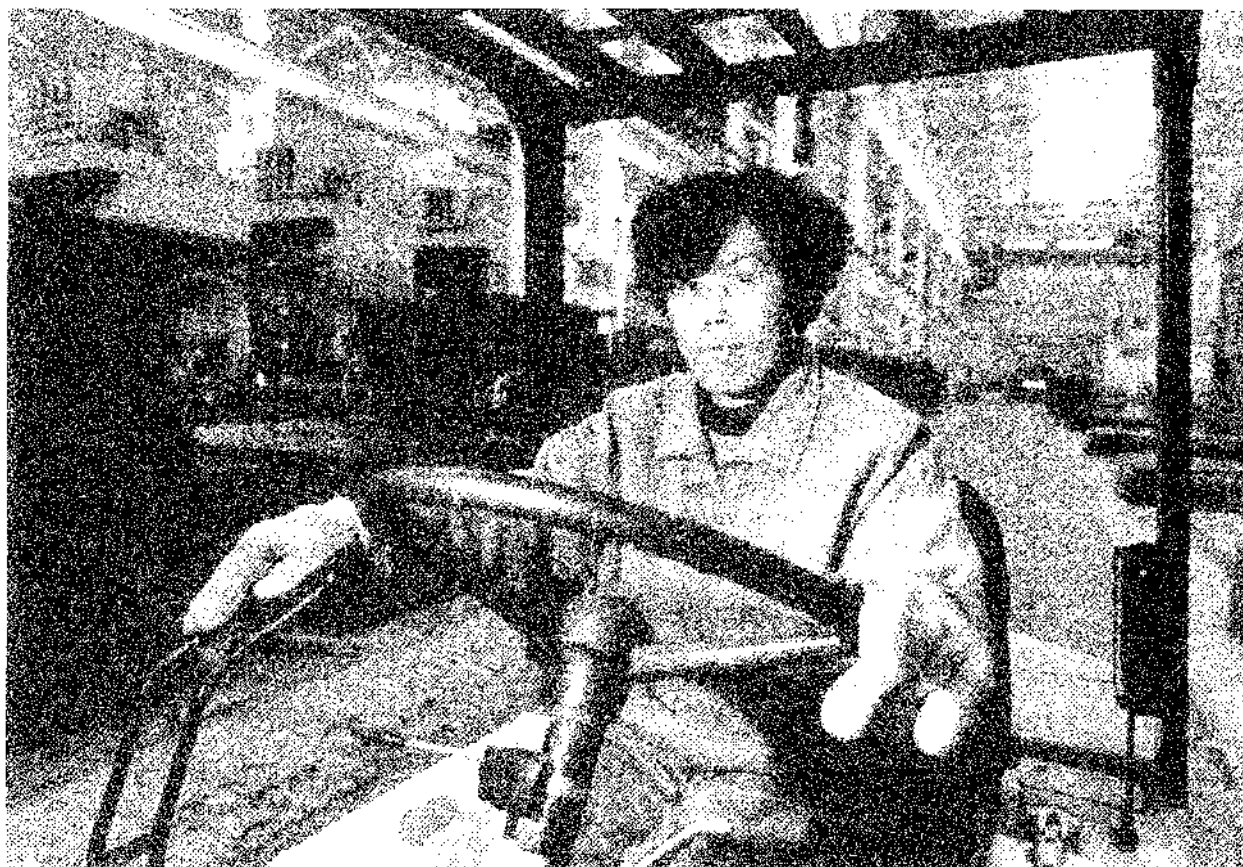
Verein und Mitarbeiterinnen

Dem Verein kam besonders in der Gründungs- und Anfangsphase große Bedeutung zu. Alle Entscheidungen,

auch ein detailliertes Konzept für die Arbeit und Organisation im Haus, sollten im Verein getroffen werden. Dazu gab es anfänglich wöchentliche Vereinssitzungen. Auch die im Haus lebenden Frauen waren bei diesen Treffen dabei. Der ursprüngliche Anspruch der Selbstverwaltung relativierte sich bald. Die betroffenen Frauen waren zum Großteil an einer Vereinsarbeit nicht interessiert, ihre Energien waren an die Bewältigung ihrer eigenen belastenden Situation gebunden. Der Verein setzte sich zusammen aus sämtlichen Frauen der Initiativgruppe, allen aktiven Mitarbeiterinnen sowie aus unterstützenden Mitgliedsfrauen. Stimmberechtigte Mitglieder waren nur Frauen, die kontinuierlich und aktiv im Frauenhaus mitarbeiteten. Der gewählte Vorstand diente allein zur Abdeckung der vereinsrechtlichen Bestimmungen, änderte aber nichts an der grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Mitglieder. Trotzdem bildeten sich aus pragmatischen Gründen Teilzuständigkeiten heraus und es kam zu einer klareren Kompetenzverteilung zwischen Verein und Team. Die Vereinssitzungen wurden auf einmal monatlich reduziert. Dadurch wurden die Entscheidungskompetenzen des Mitarbeiterinnen-Teams erhöht.

Das wesentlichste Kriterium für die Mitarbeit im Frauenhaus war zu Beginn sicher das Engagement für Frauen und das Engagement gegen Gewalt an Frauen. Professionelle Anforderungen, wie Ausbildungen oder Praxis im sozialen/therapeutischen Bereich haben erst im Laufe der Zeit einen ebenso großen Stellenwert eingenommen. Die Arbeit im Frauenhaus begann vor 13 Jahren mit drei Ganztagsstellen, die auf sechs Halbtagsstellen aufgeteilt wurden. Nachdienste und Kinderdienste am Nachmittag leisteten die Vereinsfrauen kurze Zeit gratis, dann gegen ein Honorar. Dem gegenüber steht heute ein Team von sieben hauptamtlichen Mitarbeiterinnen, die zwischen 20 und 30 Wochenstunden arbeiten und 4 Ganztagsstellen abdecken: zwei Sozialarbeiterinnen, zwei Psychologinnen und eine Pädagogin sind für die Arbeit mit den Frauen zuständig, zwei Kindergärtnerinnen arbeiten mit den Kindern. Die Nachdienste werden immer noch von Honorarkräften (sieben Frauen, die ein eigenes Team bilden) gemacht.

Der Verein, nach wie vor Träger des Frauenhauses, setzt sich heute aus diesen aktiven Mitarbeiterinnen, einer Kassiererin und der ehemaligen Buchhalterin, beide Gründungsmitglieder, zusammen. Allerdings stellen die Voran-



derungen die übernommenen Strukturen zunehmend in Frage. In den wöchentlichen Teamsitzungen der Hauptamtlichen werden alle wichtigen Entscheidungen getroffen, die die Arbeit mit den Frauen betreffen; auch die Öffentlichkeitsarbeit und die Finanzierung wird beinahe ausschließlich vom Team getragen. Seit drei Jahren ist eine Teamfrau Obfrau des Vereins. Vereinsitzungen finden einmal im Monat statt und dienen in erster Linie dazu, Informationen auszutauschen aber kaum mehr als Entscheidungsgremium. Aus dem Grund planen wir im November eine Beratung mit einer Fachfrau, um gemeinsam neue Strukturen zu erarbeiten.

Finanzen

Wie vorher erwähnt, möchten wir nun noch einmal genauer auf die Finanzierung des Frauenhauses eingehen: Für die Gründungsfrauen war die Beschaffung der notwendigen Geldmittel sicher die größte Hürde beim Aufbau des Frauenhauses. Die Tiroler Politiker aller Parteien hielten damals das Thema Frauenhaus für nicht relevant. Eineinhalb Jahre intensive Öffentlichkeitsarbeit und zähe Verhandlungen waren notwendig, um dem Land Tirol eine erste Subventionszusage abzurufen. Mit S 500.000,- stellte das Land den Löwenanteil, weitere Unterstützungen wurden von der Kirche (S 260.000,-), von der Stadt Innsbruck (S 200.000,-) und von der Arbeiterkammer (S 70.300,-) gewährt. Die Zusammenarbeit mit den katholischen und ÖVP-Frauen barg von Anfang an viele Konfliktpunkte in sich. Nach einem halben Jahr stiegen diese Frauen aus dem Frauenhaus aus und gründeten ein eigenes Projekt. Die Kirche entzog dem Frauenhaus daraufhin die Fördermittel. Erst durch die Einrichtung einer Familienberatungsstelle gelang es, die weitere Finanzierung des Frauenhauses zu sichern.

Von Anfang an gab es für die Lebenshaltungskosten der Frauen im Haus festgesetzte Tagessätze. Bei Frauen mit geringem Einkommen ist eine Reduktion dieser Tagessätze möglich, Frauen ohne Einkommen unterstützen wir bei Anträgen an das Sozialamt. Mehrmals waren wir gezwungen, durch großangelegte Spendenaufrufe zusätzlich Geld zu beschaffen. Diese Aktionen waren sehr arbeitsintensiv und haben im Jahr 1982 und 1987 jeweils ca. S 130.000,- eingebracht. Das Gesamtbudget des ersten Jahres (1982) belief sich auf knapp S 1.200.000,-.

Rein zahlenmäßig stellt sich die finanzielle Situation des Frauenhauses heute ganz anders dar: Die Hauptsubventionen von Land und Stadt haben sich deutlich erhöht. 1994 beträgt die Jahressubvention des Landes Tirol – S 1.500.000,-, die der Stadt Innsbruck S 540.000,-. Mit zusätzlichen Geldern aus eigenen Finanztopfen des Landes (Betreutes Wohnen, Landesfrauenreferat), sowie den Tagessätzen (die wir nach wie vor gering halten möchten) und den Förderungen aus der Familienberatungsstelle ergibt das für 1994 ein Gesamtbudget von mehr als S 4.000.000. Kaum geändert hat sich leider der jährliche Arbeitsaufwand zur Sicherung der Geldmittel. Politische Umstrukturierungen, wie sie z.B. der Rechtsruck bei den heurigen Neuwahlen des Innsbrucker Gemeinderates mit sich gebracht hat, können bereits getroffene Finanzierungsvereinbarungen ganz plötzlich in Frage stellen. Vertraglich abgesicherte Fixsubventionen sind ein Ziel, das wir bis heute nicht erreicht haben.

Natürlich ist mit der Abhängigkeit von der Finanzierung durch öffentliche Stellen auch eine Art Anpassung verbunden: Unsere Arbeitskapazität, bzw. die Anzahl der Mitarbeiterinnen wird nicht vom tatsächlichen Bedarf bestimmt, sondern richtet sich nach der Höhe der gewährten Gelder. Wir sind gezwungen, die Finanzgebarung des Frauenhauses den Subventionsgebern gegenüber offenzulegen (jährliche Einnahmen-Ausgaben-Rechnung und

Tätigkeitsbericht). Eine Einmischung oder Missprache in der inhaltlichen Arbeit durch die Subventionsgeber hat es bisher nicht gegeben; jeden Ansatz in diese Richtung konnten wir ohne größere Schwierigkeiten abwenden.

Arbeitsstrukturen und Arbeitsschwerpunkte

Viele der Arbeitsgrundsätze und -strukturen, die bei der Gründung festgelegt wurden, haben heute noch ihre Gültigkeit. – Auf Veränderungen, die uns wesentlich erscheinen, werden wir nachher eingehen. – Hauptprinzip für unsere Arbeit im Frauenhaus war und ist die Teamarbeit. Es gibt keine Leiterin, alle Teamfrauen sind gleich stimmberechtigt. Zu den wichtigsten Arbeitsstrukturen zählen außerdem die wöchentlichen Teamsitzungen und vierzehntägigen Supervisionen. Arbeitsrotation und Bezugsfrauensystem wurden erst aufgrund der Erfahrungen nach den ersten Monaten eingeführt. Anfangs waren alle für alles und für jede Frau zuständig. Erst mit der Zeit wurden Arbeitsgebiete nach einem Rotationsprinzip aufgeteilt und jede betroffene Frau im Haus suchte sich eine Bezugsfrau aus dem Team. Die Hausordnung, die ebenfalls aus der praktischen Arbeit heraus entstanden ist, gilt als verbindliche Basis für das Zusammenleben im Frauenhaus.

Nun zu den Arbeitsschwerpunkten: Von Anfang an sahen die Frauenhaus-Mitarbeiterinnen ihre Hauptaufgabe darin, einen Schutzraum zur Verfügung zu stellen – d.h. allen Frauen, die sich in irgendeiner Form Drohungen und Mißhandlungen ausgesetzt fühlen, Schutz und Unterkunft zu gewähren. Eine genauere Eingrenzung der Zielgruppe gab es ursprünglich nicht. Erst an zweiter Stelle standen und stehen die folgenden Aufgabenschwerpunkte: Information und Beratung (in rechtlichen, psychologischen und ärztlichen Belangen); konkrete sozialarbeiterische Unterstützung der Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber Behörden und bei der Wohnungs- und Arbeitssuche; Unterstützung bei der Kinderbetreuung; Nachbetreuung in beschränktem Ausmaß – auf Wunsch der Frauen; Verwaltungs- und Organisationsarbeiten (inkl. Buchhaltung, Lohnverrechnung, Renovierungs- und vieler Reparaturarbeiten, die ebenfalls durch die Mitarbeiterinnen selber abgedeckt wurden). Der von Anfang an als sehr wichtig erachtete Arbeitsschwerpunkt „Öffentlichkeitsarbeit“ kam aufgrund der vielen Arbeit im Haus sehr oft zu kurz.

Nach wie vor ist heute unsere vorrangige Aufgabe, mißhandelten Frauen und deren Kindern, Schutz, Unterkunft und Hilfe zu bieten. Fühlten wir uns früher für alle Frauen mit Problemen zuständig, haben wir heute eine klar abgegrenzte Zielgruppe. Das heißt, wir nehmen weder obdachlose Frauen auf, noch Frauen, die alkohol- oder drogenabhängig sind. Die Bewohnerinnen organisieren den Haushalt selbst. Sie müssen in der Lage sein, eine gewisse Zeitstruktur und Regelmäßigkeit einzuhalten und die Verantwortung für sich selbst und ihre Kinder zu übernehmen. In den wöchentlichen Hausversammlungen, die eine Teamfrau leitet, wird der Koch- und Putzplan gemacht, anfallende Probleme besprochen, mitunter auch gespielt und gefeiert. Die Hausordnung besteht weitgehend in der alten Form, dazugekommen ist der Punkt, daß im Haus kein Kind und keine Frau geschlagen werden darf. Beim Bezugsfrauensystem hat sich geändert, daß wir Teamfrauen entscheiden, wer von uns die Betreuung einer Frau

übernimmt, je nach Kapazität und Sympathie. Durch zusätzliche Finanzierung der Nachbetreuung seit 1993 können wir Frauen und Kinder gezielter weiterbetreuen, wenn sie aus dem Frauenhaus ausgezogen sind. Außerdem mieten wir gerade unsere zweite Übergangswohnung an – für Frauen mit mehreren Kindern, die den Schutz des Frauenhauses nicht mehr brauchen, aber keine eigene Wohnung finden.

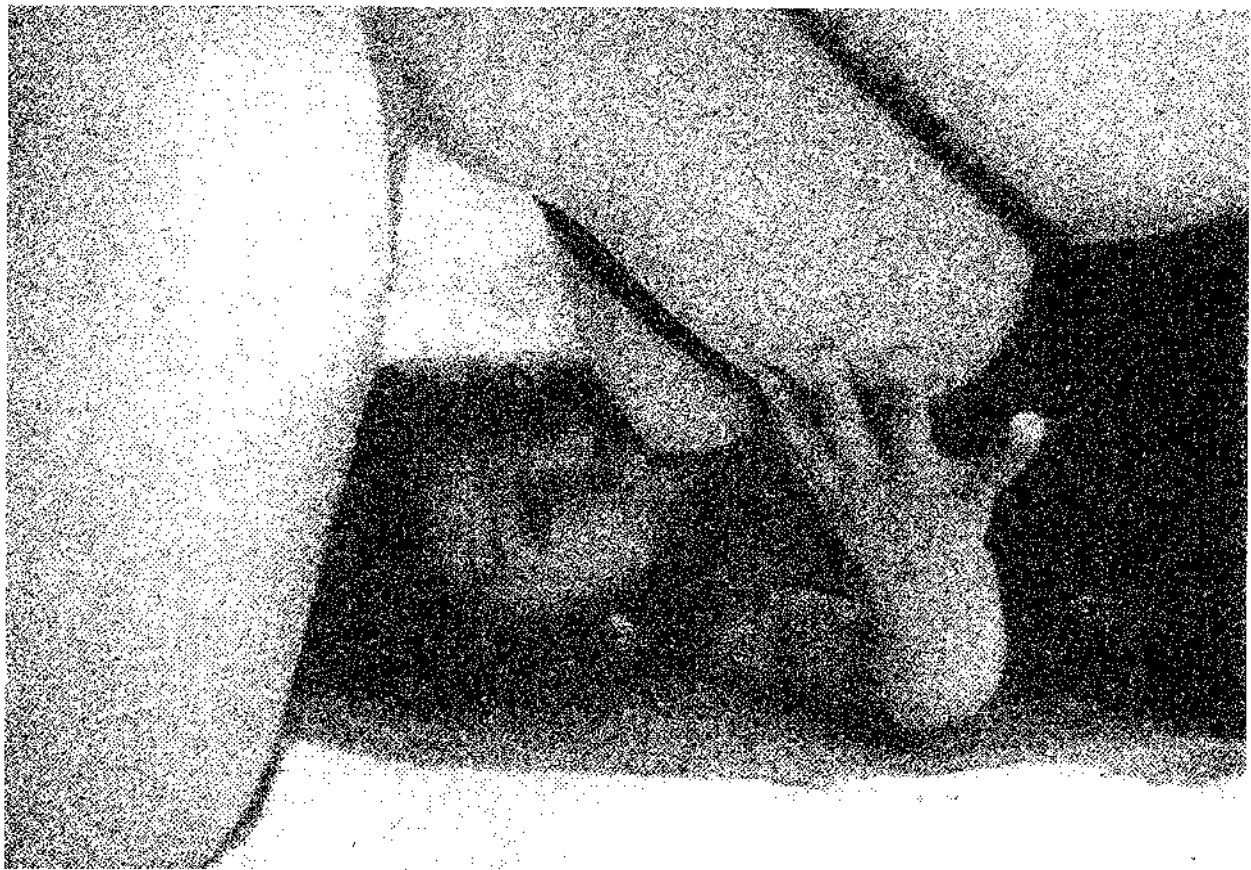
Kinderbetreuung

Von Anfang an hat es im Frauenhaus Kinderbetreuung gegeben. Sie hatte früher vor allem den Zweck, die Mütter und die übrigen Mitarbeiterinnen zu entlasten. Das heißt, die Kinder aller Altersgruppen wurden gemeinsam beschäftigt, bevorzugt außer Haus, damit es im Haus wenigstens eine Weile ruhiger war. Diese Arbeit wurde lange Zeit von Honorarkräften, die nicht ins Team eingebunden waren, gemacht. Mit der Anstellung einer – nur für den Kinderbereich zuständigen – Mitarbeiterin, die auch zum Team gehört, wurde die Relevanz dieser Arbeit noch deutlicher. Heute arbeiten zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen ausschließlich im Kinderbereich. Ein neues Konzept zur Arbeit mit den Kindern wurde erstellt, das ein Arbeiten mit einzelnen Kindern und altersspezifischen Kleingruppen ermöglicht. Zwei Kindergärtnerinnen haben nun die Möglichkeit, auf die Bedürfnisse der Kinder besser und individueller einzugehen.

Öffentlichkeitsarbeit

1993 begannen wir mit ideeller und finanzieller Unterstützung des Landesfrauenreferats die Intensivierung unserer Öffentlichkeitsarbeit, die bis dato immer wieder auf der Strecke geblieben war. Erste konkrete Schritte waren das Erstellen eines längerfristigen Konzeptes zur Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit, der Auf- und Ausbau einer Fachbibliothek und die Organisation spezifischer Fortbildungen für den PR-Bereich. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit leisten wir seit zwei Jahren auch im Bereich der Schulung von Berufsgruppen, die mit Gewalt gegen Frauen in der Familie konfrontiert sind, wie z.B. Polizei, Gendarmerie, Sozialarbeiterinnen. Beim Thema Öffentlichkeitsarbeit möchten wir auf keinen Fall die Vernetzung mit den autonomen Frauenhäusern in Österreich unerwähnt lassen. 1987 als eigener Verein gegründet – zählte die AÖF (Aktionsgemeinschaft der österreichischen Frauenhäuser) Mitarbeiterinnen von 7 autonomen Frauenhäusern zu ihren Mitgliedern. Heute sind es bereits 13 Häuser, deren Mitarbeiterinnen dreimal jährlich in gemeinsamen Treffen Informationen austauschen, Grundsatzhemen diskutieren und neue Initiativgruppen unterstützen.

Auch die Vernetzung mit den regionalen sozialen Einrichtungen und Vereinen ist wichtig. Es gibt sozialpolitische Arbeitskreise, in denen Informationen ausgetauscht, Entwicklungen diskutiert und gemeinsames politisches Auftreten geplant werden. An den regelmäßigen Treffen nimmt jeweils eine Vertreterin des Frauenhauses teil. Daneben gibt es zu aktuellen Anlässen immer wieder gemeinsame Aktionen mit anderen Fraueneinrichtungen in Innsbruck. Für die Arbeit mit den Medien haben wir seit



April 94 eine „Pressefrau“ engagiert, die für uns Artikel verfaßt, Interviews vermittelt und Kontakte zur Presse herstellt. Da wir in unserer Arbeit immer wieder mit VertreterInnen verschiedener Ämter, vor allem des Sozial- und des Jugendamtes, zu tun haben, halten wir eigene Informationsveranstaltungen in den jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörden ab. In den letzten Jahren organisierten wir zweimal im Jahr Fortbildungen für Team- und Vereinsfrauen, zum Teil auch gemeinsam mit anderen Frauenprojekten, z.B. zum Thema Rassismus gegen Frauen, Reflexionsseminare und Fortbildungen zu Öffentlichkeitsarbeit.

Offene Fragen

Wir haben in dieser knappen Vorstellung versucht, Entwicklungen in unserer Arbeit zu beschreiben. Sie sind in verkürzter Form, ohne daß auf die Hintergründe genauer eingegangen werden konnte, dargestellt, um sie einer Öff-

fenlichkeit zu präsentieren. Problematisiert werden kann beispielsweise die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen, das heißt der Macht auf die Teamfrauen oder die Professionalisierung und Spezialisierung Einzelner auf bestimmte Arbeitsgebiete. Demgegenüber steht die Gefahr der Selbstausschöpfung, die in der Frauenhausarbeit permanent gegeben ist. Unser Umgang damit ist die Schaffung möglichst klarer Strukturen, die wir nicht als starres Korsett, sondern in einem Entwicklungsprozeß begriffen sehen. Letztendlich erscheinen uns eine klare Kompetenzaufteilung und eine klare Abgrenzung für alle Beteiligten hilfreich. Auch das Spannungsfeld zwischen den Polen „Mitbetroffene“ und „professionelle HelferIn“, in dem sich unsere konkrete Arbeit bewegt, scheint uns als Diskussionspunkt auf dem Hintergrund des Themas dieser Tagung sehr interessant. Wir sind gerne bereit, in der anschließenden Diskussion auf diese Punkte, sowie auf Fragen zum Vortrag näher einzugehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



STRIPTASE ALGERIEN



La „Casa“ di Milano

Intervento al convegno "casa delle donne", organizzato dall'ASUS/SH presso la Kolpinghaus di Bolzano il 17.9.1994.

Maria Silvia Mari, associazione "casa di accoglienza delle donne maltrattate"

I dati informativi sul percorso di crescita del progetto (1986-1993) sono riportati nel nostro Dossier, non mi sembra quindi opportuno soffermarmi sulle parti organizzative, ma illustrare il nostro percorso politico. È certamente molto difficile sintetizzare i cambiamenti e le modificazioni che il nostro lavoro ha avuto negli anni.

L'ipotesi iniziale era molto complessa, e nasceva da un dubbio: è possibile coniugare la pratica politica di relazione con i bisogni di donne in gravi difficoltà? È possibile costruire un luogo di forza a partire da situazioni in cui le donne si trovano in condizione di dipendenza, subordinazione, pericolo grave?

Quanto della nostra pratica, esperienza, passione per le donne può essere utile? Quali le forme, quali le risorse da utilizzare, da cercare, da mettere in rete.

Siamo partite dalla relazione fra donne, sperimentando quanto sia specchio e rimando di forza e di valore di noi stesse e delle donne che incontriamo. Abbiamo sviluppato nella nostra Associazione una discussione approfondita sul parallelo fra le nostre relazioni politiche e la relazione che viviamo con le donne.

Oggi possiamo dire che il contesto in cui ci muoviamo sono le nostre relazioni, ma al centro c'è la donna che subisce violenza, i suoi bisogni e le sue possibili risorse. Diamo valore ai suoi obiettivi ai suoi tempi di decisione, al suo consenso, pur esprimendo il nostro parere, il possibile progetto che insieme possiamo costruire. Sui suoi imprescindibili bisogni abbiamo costruito la nostra organizzazione, il modo di cercare risorse e di entrare in relazione con il mondo dei servizi sociali, delle istituzioni. Il Centro di Accoglienza è una struttura complessa che offre colloqui di accoglienza e consulenze specialistiche (legali, psicologiche, di orientamento) con una équipe numerosa che copre tutta la settimana. Ruotano nel Centro di Accoglienza (unico luogo di riferimento con indirizzo pubblico) professionisti, volontarie di tutti i gruppi di lavoro, donne in disagio, donne in cerca di informazioni. In uno spazio gradevole e sovraffollato si intrecciano volti e storie di donne diverse fra loro, unite da emozioni e desideri.

La Casa di ospitalità è invece luogo segreto, in cui le donne possono restare per quattro mesi, seguite da una équipe di 10 donne, che si alternano fra mattina, pomeriggio e sera con ruoli di coordinamento e di affiancamento

alle donne. In quattro mesi, dopo una prima fase di rassicurazione e riposo, è possibile fare un esame di fattibilità del progetto iniziale, avviare soluzioni e mettere in gioco tutte le risorse possibili della donna e nostre per recuperare casa, lavoro, tranquillità per i figli, relazioni familiari ed amicali perse. Tornare a pensare al futuro. È anche il tempo in cui si avviano il sostegno o la terapia psicologica ed i procedimenti legali.

La "metodologia dell'accoglienza", elaborata in questi anni dall'Associazione, è la sintesi della teoria e della pratica quotidiana. È stata elaborata ed approfondita nei momenti di riflessione e di progettualità collettiva ed oggi è il cardine su cui le attività ruotano, ha prodotto anche un insieme di vincoli basilari per tutto: la segretezza assoluta e l'anonimato, il consenso della donna per ogni iniziativa, la non valutazione delle donne e dei loro percorsi, l'utilizzo in positivo delle loro strategie di sopravvivenza, il rispetto dei loro valori fondamentali, anche quando sono molto lontani dai nostri.

Alcuni anni fa la parola servizio ci metteva in difficoltà, ci sentivamo come espropriate dalla nostra unicità, assimilate ai consultori e alle assistenti sociali. Oggi ci sembra giusto definire parti del nostro lavoro come servizi. Servizi propositivi ed innovativi, che si collocano nell'area della sperimentazione sui nuovi bisogni e soggetti sociali.

Il fenomeno del maltrattamento all'interno della famiglia, anche grazie alle iniziative di molti gruppi di donne, comincia ad emergere in tutta la sua gravità ed insieme alla gravità si è resa visibile la diversità della violenza alle donne rispetto a quella subita dai minori o da altri soggetti. In questa definizione molto sintetica si sottintendono molti passaggi di elaborazione e di decisione che hanno portato un ragionamento principalmente teorico e politico a trasferirsi anche sul piano dell'intervento sociale.

L'affermare che il sostegno a donne in difficoltà debba essere assunto come servizio sostitutivo ed integrativo a quanto viene fatto dai Servizi Sociali - e quindi finanziato - può essere interpretato come un processo di adeguamento.

Certamente non è un adeguamento passivo, ma una ricerca di mediazione che ha più livelli: il linguaggio, i soggetti a cui si rivolgono le strutture di servizio (Centro di Accoglienza, Casa), le metodologie, le fonti di finanziamento.

La scelta delle mediazioni è stata il risultato di una discussione collettiva che metteva al centro il progetto politico e quindi la nostra autonomia. Abbiamo definito progressivamente ed in parallelo alla trattativa con il Comune di Milano i vincoli e le priorità da rispettare.

Prima di arrivare alla trattativa con gli Assessorati, in coerenza con la nostra pratica politica abbiamo cercato di aprire relazioni con le donne presenti nelle istituzioni ed abbiamo avviato con loro una discussione sul nostro progetto. È stato complesso far accettare i nostri vincoli: la segretezza, l'anonimato, l'organizzazione gestita soltanto da donne, il diverso utilizzo delle figure professionali. Abbiamo attraversato tutte le amministrazioni comunali: di centro-sinistra, di centro, oggi la Lega Lombarda. La sottovalutazione della violenza alle donne, la non-consapevolezza del valore politico del problema è comune a tutte le amministrazioni.

Per quanto riguarda la violenza alle donne la discussione è sempre legata ai concetti di prevenzione o di repressione, si propongono corsi di educazione sessuale o leggi con misure repressive più forti. Nelle città e nei quartieri sempre più degradati ed a rischio il disagio sociale crea fenomeni gravi che disturbano la convivenza civile, che allarmano l'opinione pubblica, ma il disagio femminile non crea immediatamente disagio sociale, anche nelle giovani l'aggressività è spesso più rivolta all'interno di sé che all'esterno. Produce silenzio ed isolamento, non disturba, a volte fa da ammortizzatore dentro le famiglie. I nostri dati statistici, che riguardano soltanto la città di Milano ed un ristretto hinterland, testimoniano l'incontro con più di 6.000 donne in 5 anni e colpiscono, scuotono tutti gli interlocutori. Da tempo abbiamo messo in discussione l'emarginazione sociale e l'ignoranza come unica spiegazione possibile della violenza alle donne e portato l'attenzione all'interno del rapporto uomo/donna. Questa ottica è destabilizzante per l'assetto istituzionale, chiama in causa tutti come attori di questa vicenda e non come spettatori. A questo attribuiamo indifferenza e distacco, difficoltà di trovare un terreno comune di lavoro con gli amministratori, uomini o donne che siano.

Consapevoli di questo, attraverso una ragnatela di rapporti intessuti con le donne che operano nei servizi sociali, nella polizia, nei tribunali, negli assessorati abbiamo fatto conoscere l'ipotesi su cui lavoriamo, la qualità dei servizi che offriamo, la serietà e l'efficienza della nostra organizzazione, la professionalità delle operatrici e delle esperte. La convenzione con il Comune di Milano è venuta a valle di questo mosaico di rapporti, ha salvaguardato l'autonomia gestionale e le metodologie di accoglienza, ha riconosciuto la figura professionale della consulente di accoglienza e delle procedure da noi instaurate.

Abbiamo lavorato su un principio fondamentale: essere soggetti autonomi della trattativa come qualsiasi altra comunità od Ente che offre servizi, senza scorciatoie in quanto donne. Abbiamo spiegato, motivato, reso pubblica la nostra impostazione: convenzionare una parte delle nostre attività e non tutte, affermare che siamo comunità per le donne e non agiamo sul modello delle comunità per minori. La struttura degli assessorati non prevede questa impostazione ed abbiamo dovuto trovare mediazioni, aggiustamenti per poter mettere a bilancio la nostra attività, per trovare un referente unico all'interno dell'Assessorato ai Servizi. Infatti noi non ci occupiamo di minori, di anziani, di inabili, di tossicodipendenti o alcolisti, ma di donne in temporaneo

disagio. Il costo è stato forse alto in termini economici, ci vuole tempo per adeguarsi agli standard gestionali, per rendere agevoli le procedure amministrative, ma la continuità e la unicità della esperienza è salvaguardata.

Abbiamo praticato la deroga e cioè non ci siamo adeguato alle leggi, decreti, procedure, ma abbiamo cercato di piegarle alle nostre esigenze e prima di tutto a quelle delle donne. In questo ci ha aiutato il sostegno, la flessibilità, a volte la complicità di molte altre donne, spesso trasversale a tutte le posizioni politiche.

Queste sono posizioni che richiedono una continua verifica esterna ed interna, la tenuta delle nostre relazioni di fronte a tanta violenza e disagio femminile è importante, così come è importante saper valutare con tempestività le modificazioni del contesto sociale e politico. L'aggravarsi della situazione ci mette di fronte a nuove scelte e la maggiore collaborazione con i servizi sociali ci rimanda donne che cercano soluzione a bisogni primari. In questi casi il maltrattamento / la violenza è più sociale che personale e per trovare le soluzioni adeguate ci vogliono molte altre risorse. Anche questa situazione in cui di fatto rischiamo di compensare la mancanza di altri servizi che vengono ridotti o tagliati dalle amministrazioni, va tenuta sotto controllo. È un attacco indiretto alla nostra autonomia, agli obiettivi primari del nostro lavoro: affermare il valore delle donne e la pratica di relazione.

Abbiamo bisogno di riflessioni nuove, forse di ridefinizione del nostro agire e della nostra iniziativa politica. Un bisogno che si sottrae alla dicotomia adeguamento / autonomia, ma deve trovare forme di mediazione che valorizzino le donne e tengano conto della situazione reale in cui ci troviamo.

La sensazione che abbiamo è che il progetto politico debba di nuovo riprendere il suo ruolo trainante, riaffermare i valori su cui si fonda: il servizio ne è la conseguenza operativa, un mezzo e non un fine.

Das Frauenhaus – kein Wohnheim sondern ein Projekt von Frauen für Frauen

Referat während der Tagung der ShjASUS zum Thema
„Frauenhaus – zwischen Autonomie und Anpassung“ am 17.9.1994 in Bozen

Monika Vorhauser und Gabi Waldner



Wir sind heute hier als Vertreterinnen des Vereins „Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt“, der das Frauenhausprojekt Meran führt. Zu Beginn unseres Referates möchten wir dieses Projekt kurz vorstellen: Unsere Frauengruppe hat es sich zum Ziel gesetzt, sowohl die Öffentlichkeit für die Gewaltproblematik zu sensibilisieren und das Schweigen, das seit jeher diese Gewalt begleitet, zu brechen, als auch Frauen, die körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt in der Beziehung, in der Familie oder in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen erfahren, durch konkrete Maßnahmen zu unterstützen. Für die Führung dieses Frauenhausprojektes haben wir eine Vereinbarung mit der Autonomen Provinz

Bozen getroffen, auf die wir noch genauer eingehen werden.

Unser Projekt besteht aus zwei sich ergänzenden, örtlich voneinander getrennten Einrichtungen, der Kontaktstelle und dem Frauenhaus. Die Kontaktstelle wurde im April '93 in Meran eröffnet, während das Haus immer noch in der Umstrukturierung begriffen ist und es deshalb noch nicht möglich ist, Frauen, die Gewalt erfahren, aufzunehmen. Das *Frauenhaus* in Meran wird den betroffenen Frauen und ihren Kindern physischen Schutz vor Mißhandlungen, Unterstützung und eine vorübergehende Unterkunft in einer solidarischen Umgebung bieten. Das Haus wird über 12 Zimmer für die Frauen und Kinder und

über mehrere Gemeinschaftsräume (wie Gemeinschaftsküche, Wohnzimmer, Kinderzimmer, Garten) verfügen. Die *Kontaktstelle* ist Anlaufstelle und konkreter Bezugspunkt für Frauen, die Gewalt erfahren. Sie haben dort die Möglichkeit, sich anonym mit ihren Anliegen und Gewalterfahrungen mitzuteilen, persönlich aber auch telefonisch ihre Probleme zu besprechen und dabei Unterstützung, fachliche Beratung und Information, sowie rechtliche Beratung zu erhalten, wobei die Mitarbeiterinnen eine stützende und begleitende Funktion haben. Auch nach Eröffnung des Hauses bleibt die Kontaktstelle der öffentliche Bezugspunkt.

Auch in Südtirol erfahren Frauen tagtäglich Gewalt

Auch in Südtirol erfahren Frauen tagtäglich Gewalt. Die Kontaktstelle ist nun seit rund eineinhalb Jahren offen und obwohl sie eine relativ neue Anlaufstelle ist und es zudem für Frauen, die Gewalt erfahren, meist eine große Überwindung bedeutet, über ihre Gewalterfahrungen zu sprechen und sich damit für Unterstützung nach außen zu wenden, wird sie seit ihrer Eröffnung in immer zunehmendem Maße in Anspruch genommen. Im ersten Tätigkeitsjahr haben insgesamt bereits ca. 600 Beratungsgespräche mit Frauen, die Gewalt erfahren, und anderen Personen, die sich für betroffene Frauen an uns gewandt haben, stattgefunden.

Das Thema dieser Tagung „Frauenhaus zwischen Autonomie und Anpassung“ erheben wir als ein sehr aktuelles, waren uns doch konkrete Erfahrungen in der Praxis bereits Anlaß zur Diskussion eben dieser Thematik. Und so ist es uns ein Anlaß mehr zur Reflexion über die strukturellen Bedingungen unseres Projekts; über dessen Grenzen, aber auch über Freiräume und Nischen, über erlebte und auch in Zukunft befürchtete Vereinnahmungsversuche, aber auch über die eigene Anpassungsbereitschaft oder Bereitschaft zur Widerständigkeit.

Die Annäherung an das Thema versuchten wir über zwei Wege: Im ersten Teil gehen wir der Frage nach, wie unsere heutige Organisationsstruktur entstand. Dabei ist klar, daß ein zentraler Teil derselben im sog. Frauenhausgesetz wurzelt, und deshalb möchten wir die Entstehung dieses Gesetzes nachvollziehen. Im zweiten Teil versuchen wir uns kritisch mit diesem Gesetz und seinen Auswirkungen auf unsere Arbeit auseinanderzusetzen; also über eine historische Reflexion hinaus eine, das heutige Thema „Frauenhaus – zwischen Autonomie und Anpassung“ betreffende, Standortbestimmung vorzunehmen.

Wie kam es zum Frauenhaus-Gesetz?

Zunächst also zum ersten Teil: „Was sind unsere institutionellen Rahmenbedingungen und wie sind sie entstanden?“ Der Verein „Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt“ führt seine Tätigkeit in Konvention mit der Autonomen Provinz Bozen auf der Basis des Landesgesetzes vom 6. Nov. 1989, dem sogenannten Frauenhausgesetz, aus. Dieses sieht die Errichtung von Frauenhäusern sowohl mit der Möglichkeit der öffentlichen als auch der privaten Führung vor. Im Falle der privaten Führung – und dies trifft auf unser Projekt zu – übernimmt der

Trägerinnenverein im Rahmen der gesetzlichen Richtlinien die Führung. Der Verein wird in inhaltlicher Hinsicht von einem Landesbeirat (der eigens zu diesem Zweck errichtet wurde) und in finanzieller Hinsicht vom zuständigen Landesamt und dem Rechnungshof „beaufsichtigt“. In finanzieller Hinsicht ist im Gesetz eine 100%ige Finanzierung auch bei privater Führung vorgesehen, wobei 100% nicht bedeutet, daß alles, was Frau sich wünscht, finanziert wird, sondern 100% des genehmigten, also vom Land für gut befundenen Haushaltsvoranschlags.

Wie kamen wir nun aber zu diesem Gesetz, das je nach Betrachtungsweise einzigartig ist – und dies nicht nur für Italien – oder auch innerhalb der Frauenhausbewegung eine Anomalie darstellt, besonders wenn Frau die den meisten Frauenprojekten eigene Skepsis gegenüber Institutionalisierung und staatlichen Reglementierungen bedenkt? Es ist für uns wichtig, die Entstehungsgeschichte des Frauenhaus-Projektes Meran nachzuvollziehen, weil die heute konkret im Projekt arbeitenden und im Verein tätigen Frauen größtenteils nicht mehr dieselben sind wie diejenigen, die vor inzwischen rund 10 Jahren begannen, tabuisierte Themen wie Gewalt gegen Frauen aufzugreifen und in die öffentliche Diskussion einzubringen. Das daraus entstandene Gesetz gilt es heute in einem namhaft veränderten Kontext neu zu verstehen und zu bewerten.

– 1984 präsentierten die Landtagsabgeordneten Andreina Emeri von der Alternativen Liste und Grazia Barbiero von der KPI/PCI einen Gesetzesvorschlag zur Errichtung von Frauenhäusern. Sie und die Frauen in ihrem Umfeld stellten damit an die Öffentlichkeit und den Staat in radikaler Weise die Forderung, sich der Verantwortung gegenüber der Realität der Gewalt an Frauen nicht zu entziehen, Versuche, dem entgegenzuwirken, zu einer öffentlichen Aufgabe zu machen und damit also endlich auch die Interessen der Frauen zu vertreten. Dieser erste Vorschlag blieb jedoch unverwirklicht.

– 1986 griff der neue Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen Otto Saarer den Vorschlag wieder auf und setzte zur Vertiefung der Inhalte eine Studienkommission ein. In dieser Kommission kamen aber keine Frauen vor. Das war für die Studentinnen der Südtiroler HochschülerInnenschaft ein Anlaß, aktiv zu werden. Sie beschlossen, einen öffentlichen Protest einzuleiten. Dazu bildete sich die „Strategiegruppe Frauenhaus“, die sich aus interessierten Frauen aus verschiedenen Vereinen, Gewerkschaften und Frauengruppen zusammensetzte. Der Protest hatte Erfolg, und Frauen, unter anderem auch von der Strategiegruppe Frauenhaus, wie Michaela Raiser von der SH und Marina Rossi Dordi vom AIED, waren von nun an Teilnehmerinnen der Kommission, deren Aufgabe in der Ausarbeitung eines Konzepts für ein Frauenhausgesetz bestand.

– Ein Jahr später legte diese Studienkommission dem Landesrat die ausgearbeiteten Vorschläge und Ideen zum „Allgemeinen Projekt Frauenhaus“ vor.

– 1989 wurde das Landesgesetz Nr. 10 „Zur Errichtung des Frauenhausdienstes“ erlassen.

Die Haltung der Frauenbewegung in der Ausarbeitungsphase des Gesetzes war also nicht linear. In der ersten Phase machten die Frauen selbst einen Gesetzesvorschlag, mit dem sie forderten, daß die Gesellschaft Verantwortung für dieses Problem übernehmen sollte – und

ein Gesetz ist nun einmal die Organisationsweise, der sich eine Gesellschaft bedient, um auf ein Problem zu reagieren. In der zweiten Phase, nachdem der Gesundheits- und Sozialassessor des Landes den Vorschlag wieder aufgegriffen hatte, kam zum Vorhergehenden aktiv-fördernden Teil eine Vorsicht hinzu: Frau mußte die Vereinnahmung einer Idee verhindern, nämlich verhindern, daß aus dem Frauenhaus etwas ganz anderes gemacht wird als die Frauenbewegung ursprünglich ansah. Es ging also darum, mitzugestalten und mitzubestimmen, wobei die in der Kommission vertretenen Frauen der Frauenbewegung in der Minderheit waren.

Die Gesellschaft soll Verantwortung übernehmen für Gewalt gegen Frauen

Trotz der entstandenen Notwendigkeit, Vereinnahmungsversuche zu verhindern, hielten auch die Frauen der Strategiegruppe an einer gesetzlichen Regelung des Problems fest. Sie verbanden damit die Forderung, daß die Gesellschaft Verantwortung für dieses Problem übernehmen sollte. Diese Forderung war und ist revolutionär, wenn sie auch aus heutiger Sicht zum einen utopisch und zum anderen als Widerspruch an sich erscheint.

Doch zunächst ging es einmal darum, daß die Gesellschaft überhaupt Kenntnis nimmt von der alltäglichen Gewalt an Frauen. Die Gesellschaft sollte Kenntnis nehmen, indem Gewalt an Frauen als solche benannt, in ihrem Ausmaß und ihrer Alltäglichkeit bewußt und in die öffentliche und politische Diskussion eingebracht werden sollte. Es galt ganz im Sinne des bekannten Leitspruchs „Das Private ist politisch“ gerade im privaten Bereich, in Beziehungen, Ehen und Familien ausgeübte Gewalt nicht mehr als privates Problem zu akzeptieren. Gewalt gegen Frauen sollte als ein Problem von öffentlichem Interesse im Kontext des ihm zugrunde liegenden Machtverhältnisses zwischen Mann und Frau diskutiert werden, und zwar nicht nur in kleinen Gruppen, sondern auch in den Entscheidungsgremien (z. B. Land und Gemeinden). Über den politischen Diskurs hinaus ging es den Frauen dabei darum, den Frauen und ihren spezifischen Anliegen innerhalb des, durchaus mit Skepsis betrachteten, „psychosozialen Versorgungssystems“ mehr bzw. überhaupt erst Raum zu geben.

Auf der SH-Tagung 1986, die sich mit Sozialprojekten von und für Frauen beschäftigte, stellten sich die Teilnehmerinnen die Frage: „Wie kommen Frauen im psychosozialen Versorgungssystem vor?“ und mußten sie mit der nüchternen Feststellung beantworten: „Sie kommen nicht vor“. Frauen kommen nicht vor, und zwar in dem Sinne, daß sie, in ihrem Frausein und als eigenständige Personen nicht vorkommen, sondern (fast) ausschließlich in ihrer Funktion als Ehefrauen und/oder Mütter gedacht und behandelt werden, und in der herkömmlichen psychosozialen Versorgung nicht geschlechtsspezifisch gearbeitet wird, was unter den herrschenden Verhältnissen nichts anderes bedeutet, als daß das spezifisch Weibliche hinter männlichen Definitionen verschwindet.

Dem galt es nun soziale Strukturen entgegenzusetzen, die sich von einem solidarischen Standpunkt aus mit den Frauen und ihren Problemen auseinandersetzen. Daß dies aber vom Staat und der öffentlichen Verwaltung nicht ganz so zu erwarten war, war durchaus damals schon klar.

Es gilt daher zu verstehen, warum die Frauen damals die Forderungen trotzdem an die öffentliche Verwaltung richteten, und warum damals ein Gesetz und die Schaffung öffentlich geführter sozialer Einrichtungen versprach, den Erwartungen der Frauen eher entgegenzukommen als Einrichtungen privater Träger.

Private oder öffentliche Führung des Frauenhauses?

Die Antwort ist im Prinzip recht einfach: Die privaten TrägerInnen waren/sind in Südtirol größtenteils konfessionell, streng sprachlich getrennt und die meisten stehen zudem in einem deutlichen Nahverhältnis zur regionalen Mehrheitspartei. Da die öffentliche Verwaltung nach dem Rechtsgrundsatz der Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit handeln muß oder sollte, versprach sie eher, einen gewissen Pluralismus zu garantieren, und, wie es in den allgemeinen Richtlinien der Studienkommission heißt, „Personen mit verschiedener Lebensanschauung, Sprache und Herkunft eine neutrale Behandlung zu gewährleisten“. Zudem galt die öffentliche Führung eines Frauenhauses als besser kontrollierbar und demokratischer. Weiters wäre bei einer öffentlichen Führung der politische Wille, daß die Gesellschaft Verantwortung in Bezug auf dieses Problem übernimmt, offensichtlicher.

Die Skepsis gegenüber dem Privaten ist aufgrund der kaum veränderten Situation leicht nachvollziehbar, schwieriger zu verstehen ist aus heutiger Sicht das Vertrauen in Gesetzgebung und Staat; also darin, daß der Staat (zumindest idealerweise) Recht und Gerechtigkeit allen seinen Bürgern und Bürgerinnen garantiert.

Und darin wird auch sichtbar, daß es innerhalb dieses Projekts einen doppelten Bruch gab: Die Politik der „historischen Frauen“ bestand vor allem in der Ausarbeitung und öffentlichen Verbreitung politischer Inhalte. Die „politische Praxis“ der heute tätigen Frauen besteht vor allem in der Realisierung eines konkreten Projektes. Der Übergang vom einen zum anderen erfolgte nicht bruchlos, weil sich die „historischen Frauen“ an der Konkretisierung des Projekts kaum mehr beteiligten. Dies ist nun etwa nicht so zu verstehen, daß diese Frauen nicht am Projekt interessiert wären, oder daß es keinen Austausch mehr gäbe (das war uns immer sehr wichtig und auch sehr hilfreich), Tatsache ist aber, daß sie nicht mehr konkret am Projekt mitarbeiten.

Der Bruch zeigt sich aber noch deutlicher in der allgemeinen Entwicklung der Frauenbewegung, die von der ursprünglichen Forderung nach gleichem Zugang zu und Beteiligung an politischer Macht zur Erkenntnis der Fremdheit der Frauen gegenüber deren Strukturen führte. Dieser Prozeß fand auch im Verhältnis zur Gesetzgebung seinen Niederschlag: Das Vertrauen in das Gesetz als Instanz, die allen unabhängig vom Geschlecht dasselbe Recht garantiert, wurde brüchig, und es zeigte sich immer deutlicher die Notwendigkeit einer differenzierten Rechtsprechung. Auch die berechtigte Forderung nach verstärktem Eingreifen der Öffentlichkeit wurde zwiespältig und widersprüchlich sobald Frau in ihr nicht mehr die Garantie für soziale Gerechtigkeit sehen konnte. Die Skepsis gegenüber dem Staat und seinen Institutionen nahm zu, weil Frau in ihm den Träger von Werten der anderen Hälfte der Menschheit erkannte. Die grundlegende Verschiedenheit der Frauen und ihre Fremdheit gegenüber Gleichheitsforderungen

und Gleichheitsbeteuerungen, die zur Gleichmacherei ge-
rieten, war nicht mehr zu ignorieren.

Dieser Bruch mit der institutionalisierten Macht macht es
für uns heute auch widersprüchlicher, an die Öffentlich-
keit und ihre Institutionen noch die Erwartung zu richten,
die Interessen und Werte der Frauen zu repräsentieren und
sich um deren Durchsetzung zu bemühen.

Weiters ist auch klar zu sagen, daß das Landesgesetz, so
wie es tatsächlich zustandekam – mit der Möglichkeit
einer öffentlichen oder auch einer privaten Führung der
Frauenhäuser – nicht unbedingt dem entsprach, was die
Frauen gefordert hatten. Dieses Landesgesetz war also
von Beginn an ein Kompromiß – ein Kompromiß, der
den Frauenhäusern eine relativ sichere Finanzierung
und damit langfristige Überlebenschancen in Aussicht
stellte.

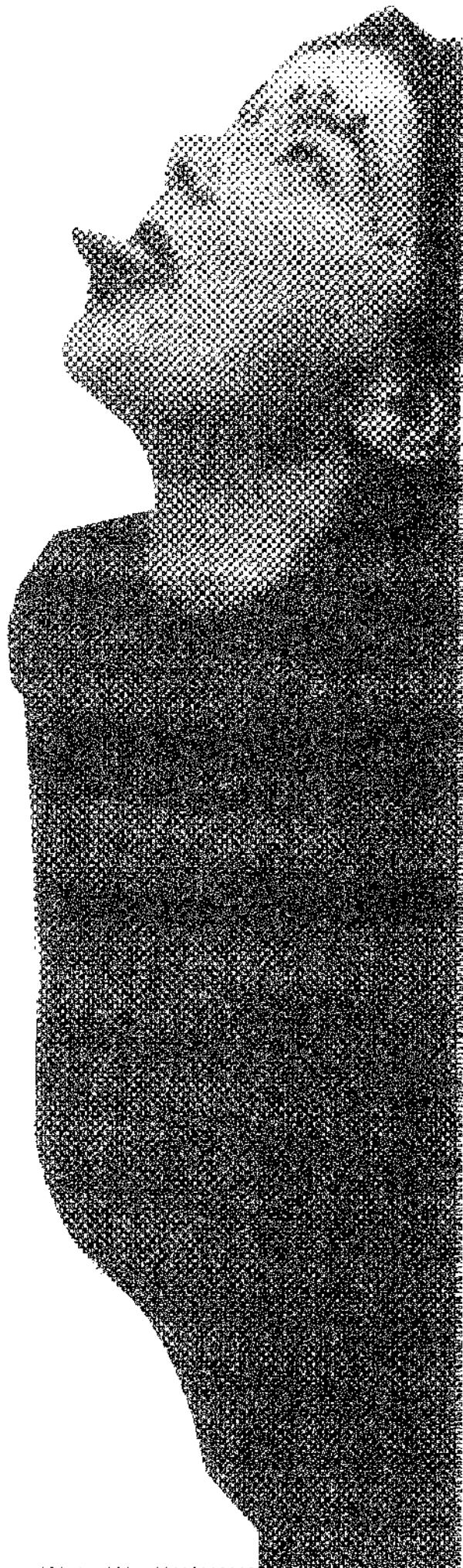
Den Richtlinien der Studienkommission können wir ent-
nehmen, daß auf Seiten des Landes sicherlich folgende
Überlegungen eine große Rolle gespielt haben (Zitat):
„Die private Führung ist zweckmäßig, da sich das Perso-
nal in diesem Fall mehr engagiert; der Stundenplan kann
flexibel gehandhabt werden. Auch in Bezug auf die Ver-
waltung/Führung wäre diese Art von Struktur flexibel,
billiger und weniger bürokratisch gebunden.“

Also: Die rein öffentliche Lösung war schon allein deshalb
nicht zu haben, weil die private Führung billiger zu sein
versprach. Hinzu kommt noch, daß die Vorstellungen über
ein konkretes Frauenhausprojekt auf Seiten des Landes sehr
vage waren, so daß auf diese Weise dessen Ausarbeitung
und Ausgestaltung den privaten TrägerInnenvereinen über-
lassen werden konnte. Geplant wurde daher die Finanzia-
rung verschiedener Strukturen, wobei die Führung dersel-
ben in Meran und Bruneck privat und nur in Bozen
öffentlich sein sollte. Und hier beginnt sich bei aller Kom-
promißhaftigkeit und Widersprüchlichkeit unser Projekt zu
konkretisieren:

- 1988 gründen die Frauen rund um die Strategiegruppe
Frauenhaus den Verein „Per le donne, contro la vio-
lenza – Für Frauen, gegen Gewalt“. Aufgrund der
oben beschriebenen Ausgangslage und Entwicklung,
der Erfahrungen und Überlegungen diskutierten und
beschließen die Vereinsfrauen später die Bewerbung
um die Führung des geplanten Frauenhauses in Meran
und arbeiten an der inhaltlichen und organisatorischen
Vorbereitung desselben.
- 1992 schließt der Trägerinnenverein eine Vereinba-
rung mit der Provinz Bozen ab und
- eröffnet 1993 die Frauenhaus-Kontaktstelle, als einen
Teil des gesamten Projekts.

Wo befinden wir uns zwischen den Polen Autonomie und Anpassung?

Somit kommen wir also zum zweiten Schwerpunkt des
Referates, dem Versuch uns kritisch mit den Auswirkun-
gen des Landesgesetzes und des daraus resultierenden
Verhältnisses zur öffentlichen Hand in Bezug auf unser
Projekt und unsere Arbeit auseinanderzusetzen; also eine
Standortbestimmung darüber vorzunehmen, wo wir uns
zwischen den beiden Polen Autonomie und Anpassung
befinden und bewegen, und die daraus entspringende Re-
flexion, die Überlegungen und Widersprüchlichkeiten zur
gemeinsamen Diskussion in den Raum stellen.





In der Reflexion über die Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben auf unsere Projektarbeit mußten wir feststellen, daß auch heute immer noch jene Punkte im Verhältnis zum Land konfliktgeladen sind, daß wir unsere Projektvorstellungen und Eigenständigkeit in jenen Punkten verteidigen müssen, die schon damals in der Studienkommission heftig umstritten waren und die auf unterschiedliche Konzepte, Organisations- und Arbeitsmodelle schließen lassen:

- das Frauenhaus als Wohnheim für geschlagene Frauen oder als Frauenprojekt;
- chronamitliche Tätigkeit als Teil der Frauenhausarbeit oder Forderung nach ausreichendem, ausgebildetem und entlohntem Personal;
- die Diskussion rund um die Forderung, daß ein Projekt von Frauen für Frauen mit ausschließlich weiblichem Personal geführt wird.

Diese umstrittenen Vorstellungen spiegeln sich deutlich in der Sprache des Landesgesetzes und der allgemeinen Richtlinien der Studienkommission wider.

Das Frauenhaus als Wohnheim oder als Frauenprojekt

Zum ersten Punkt über die unterschiedlichen Vorstellungen von einem Frauenhaus, als Wohnheim für geschlagene Frauen oder als Frauenprojekt, geben verschiedene Gesetzespassagen Aufschluß. Aus ihnen ergibt sich ein Bild von Frauen, die einerseits nicht Handlungsträgerinnen, andererseits aber trotzdem schuldig und verantwortlich für ihre Probleme sind:

Im Gesetz steht: „Der Frauenhausdienst hilft den Frauen, ihre größten Probleme zu überwinden und *sich in der Gesellschaft wieder zurechtzufinden*“.

Sich in der Gesellschaft wieder zurechtfinden! Mit dieser Aussage wird den Frauen, die Gewalt erfahren, eine grundsätzliche Inkompetenz unterstellt. Es scheint nicht darum zu gehen, daß Frauen in dieser Gesellschaft Gewalt erfahren, sondern darum, daß Frauen unfähig sind, in der Gesellschaft zurechtzukommen. Die Mißhandlung der Frauen

wird aus dieser Sicht

zu *ihrem* persönlichen Problem und das bleibt es auch, denn schließlich sind es sie, die nicht so zurechtkommen, wie es von ihnen erwartet wird. Sie sind anscheinend defekt, weisen Defizite auf. Da diese Frauen selbst unfähig sind zu handeln, muß *man es für sie tun*, sie betreuen. Der Wohlfahrtsstaat muß eingreifen, „um für diese Art von Frauen zu sorgen“. Wohl nicht von ungefähr wird im Landesgesetz das Frauenhaus als „Sozial- und Fürsorgedienst des Landes Südtirol“ bezeichnet. Diese gesetzlichen Formulierungen lassen also erkennen, daß *man* auch in Bezug auf die Frauenhäuser von einem, auf traditionelle soziale Fürsorgedienste ausgerichteten, an Betreuung und Versorgung orientierten, Arbeitskonzept ausgeht. Mit diesem Konzept wird das Frauenhaus zur Aufbewahrungsstätte, ein Ort, an dem die defekten und unselbständigen Frauen bleiben und, im Sinne des Fürsorgedienstes, versorgt werden. (Dafür kennzeichnend wurde ein Artikel über das Frauenhaus einmal mit dem Untertitel „Endstation Frauenhaus“ versehen.)

Den Frauen, die Gewalt erfahren, wird also jegliche Autonomie, Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit abgesprochen; keine wirkliche Entwicklung, kein Prozeß scheint möglich. Die allgemeinen Richtlinien sprechen auch davon „daß die *Rückkehr der Frauen in das Gemeinschaftsleben* sorgfältig vorbereitet werden muß.“ Der italienischsprachige Gesetzestext geht noch weiter. Er spricht von Hilfe für die Frau „a reinserirsi nella normale vita di relazione“, also sich in eine „normale Beziehung wiedereinzugliedern“. Hier wird der Unfähigkeit von vorn noch eine Nicht-Normalität zur Seite gestellt. Gewalt zu erfahren bedeutet anscheinend, als Frau unfähig zu sein eine normale Partnerbeziehung zu leben. Die „normale“ Partnerbeziehung ist nicht zwangsläufig ge- oder zerstört durch die vom Mann ausgeübte Gewalt; nein: mit der Frau stimmt was nicht. Sie ist anders. Sie muß dazu befähigt werden, in ein normales Familienleben zurückzufinden, in die Normalität und somit zum gesellschaftlich Genommenen und Akzeptierten. Die Verantwortung für die Gewalt wird damit umgedreht; die Frau wird durch die



ihr zugeschriebene Inkompetenz und Abnormalität zur Hauptbeteiligten, verantwortlich und damit schuldig. Von der Verantwortung des Mannes oder von gesellschaftlicher Verantwortung ist überhaupt keine Rede. Im Gegenteil, mit diesen Definitionen grenzt sich die Gesellschaft gegenüber der betroffenen, nicht normalen Frau klar ab und grenzt sie damit aus.

Auch an anderen Textstellen werden Frauen, die Gewalt erfahren, als „Betreute“ bezeichnet, die „eingewiesen“ und dementsprechend wieder „entlassen“ und an denen „spezifische Eingriffe“ vorgenommen werden. Hier wird den Frauen weiterhin jegliche Selbständigkeit negiert, während ein Frauenhausprojekt seinen Ursprung und seinen Wesen gemäß von Eigenbestimmung und Handlungsspielräumen der Frauen ausgeht. Die Bezeichnung „spezifischer Eingriff“ legt weiter die Assoziation mit einem gewaltsam ausgeübten Übergriff nahe und impliziert die Vorstellung von einem sehr medizinischen, ja klinischen Arbeitsmodell. Ein Eingriff gleich einer Operation wird vorgenommen, um die defekte Frau wieder zurechtzurücken und wieder funktionstüchtig zu machen.

Mit den Begrifflichkeiten des Gesetzes können wir uns nicht identifizieren

Mit diesen ganzen Begrifflichkeiten können wir uns nicht identifizieren. Sie verdeutlichen die grundlegenden Unterschiede in den Konzepten und Arbeitsmodellen. Wir gehen davon aus, daß Frauen zwar als Frauen Betroffene des Problems sind, die Schuld- oder Verursacherfrage aber doch woanders zu suchen ist als bei einem Defekt der Frau. Es geht uns auch nicht um ein Zurechtfinden der Frau mit ihrem Problem oder die Rückkehr in eine gesellschaftliche Normalität. Es geht uns viel mehr um Autonomie und Handlungsfähigkeit, um Prozeß und Beziehungs-

arbeit. Deshalb war und ist es uns wichtig auch in Moran, einen frauenbezogenen und parteilichen Ort zu schaffen, an dem aufgezeigt wird, daß Frau-Sein nicht gleichzusetzen ist mit Schwäche und Unfähigkeit, sondern in dem Frau-Sein als Kraftquelle erlebt werden kann. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Wertschätzung von Frauen auch in extrem schwierigen Situationen. Bei uns können sich die Frauen mit ihren Erfahrungen von Unterdrückung und Mißhandlung auseinandersetzen, sich der Gewaltdynamik bewußt werden, die Realität selbst benennen und Schuldgefühle abbauen. Wir bieten den Frauen die Möglichkeit, ihre Identität als Frauen selbst zu definieren und in der Beziehung mit anderen Frauen Handlungsspielräume und Selbständigkeit zurückzugewinnen. Auf diese Art und Weise können sie neue innere Ressourcen gewinnen und Möglichkeiten schaffen, um ihre Situation zu verändern und ihre Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, wiederzuerkennen und wiederanzuwenden.

Es ist nicht unser Ziel, einen Fürsorgedienst zu schaffen, der innerhalb des Wohlfahrtsstaates Reparaturarbeit leistet. (In den Medien wurde das Frauenhaus einmal z. B. als Erste-Hilfe-Einrichtung bezeichnet.) Unser Ziel in der Arbeit ist nicht, pure Krisenintervention und Krisenmanagement zu leisten, es geht um ein Projekt und einen langfristigen Prozeß, denn Frauennarbeit ist politisch! Unsere Anliegen in der Frauenhausarbeit sind es, sowohl von Gewalt betroffenen Frauen konkrete Unterstützungen anzubieten als auch die Problematik der Gewalt gegen Frauen in ihrer gesellschaftlichen Dimension zu benennen, sichtbar zu machen und zu hinterfragen. Mißhandlung von Frauen darf nicht weiterhin tabuisiert werden. Gewalt gegen Frauen ist weder eine Privatangelegenheit noch ein Problem, das einige wenige schwache Frauen oder die „öffentliche Moral“ betrifft (wie unser Strafgesetzbuch nach wie vor in Bezug auf die sexuelle Gewalt anahmt!).

Die Frauen der Strategiegruppe Frauenhaus haben es erreicht, daß das Landesgesetz, neben den oben zitierten Textstellen auch Elemente enthält, mit denen wir uns identifizieren können, z. B. daß von Gewalt betroffene Frauen im Frauenhaus „keiner direkten Therapie unterzogen werden dürfen“ – was immer dieser genaue Wortlaut des Gesetzes auch bedeuten mag –, daß den Frauen eine freie Lebensgestaltung im Haus zugesichert wird und Frauen, unabhängig von Sprache, Herkunft und Religion Aufnahme finden. (Diese Punkte ergeben zusammen mit den vorhergenannten Begrifflichkeiten eine ganz eindrückliche Mischung.)

Anhand der unterschiedlichen Begrifflichkeiten lassen sich auch in Bezug auf die Arbeitsstruktur und die Organisation des Frauenhauses grundlegende Unterschiede in den Sichtweisen verdeutlichen. Wir sprechen von Frauenprojekt, das Landesgesetz sieht einen Hilfsdienst vor. Wir haben ein Frauenhaus und eine Kontaktstelle, das Gesetz ein Wohnheim und eine Betreuungsstelle. Dem Heim sind eine Heimleitung und Assistentinnen zugeordnet. Wir arbeiten im Team, nach Aufgabenbereichen und im Bezugsfrauensystem.

Druck der öffentlichen Hand hin zur Volontariatstätigkeit

Was den zweiten unstrittenen Punkt Ehrenamtlichkeit, Personal und Qualitätsstandards betrifft, bleibt das Landesgesetz sehr vage. Vage, was den Stellenplan und das Personalparameter betrifft, zu dem das Landesgesetz nur die Höchstanzahl festlegt und vage, was die Qualifikation der Mitarbeiterinnen angeht. Der weite und somit undurchschaubare Interpretationsspielraum ist wohl Ausdruck des politischen Willens, alles aber auch nichts kann ins Gesetz hineinfallen. Damit legt sich der Gesetzestext auch nicht fest, und gibt uns keine verlässlichen Garantien. Dieser Punkt ist auch heute noch strittig, offen und aktueller denn je. Schließlich steht noch die Eröffnung des Hauses bevor.

Wir verspüren heute einen eindeutigen Druck der öffentlichen Hand hin zur Volontariatstätigkeit. Und dieses Thema birgt ein gewisses Konfliktpotential. Als Projektgruppe verstehen und leben wir ehrenamtliches Engagement als politisch intendierte Arbeit. Und als solche nimmt sie auch einen wichtigen Stellenwert in einem Frauenprojekt, wie eben auch dem unseren, ein. Um einen Überblick über das Ausmaß der unbezahlt geleisteten Arbeit im Verein zu erhalten, notierten wir die Stunden. Wir kamen *in drei Monaten auf 700 Stunden ehrenamtlicher Arbeit von Frauen des Vereins für das Projekt!* Als solche bedeutet und beinhaltet sie Eigenverantwortung und Eigeninitiative, aktives In-Angiff-Nehmen, autonomes Gestalten und Entwickeln. Andererseits muß dieser Ansatz regional differenziert gehandhabt werden. Mit der Gewichtung der Volontariatstätigkeit geht, auf unsere Realität gemünzt, verloren, daß die öffentliche Hand und damit die Gesellschaft zur Verantwortung gezogen werden. Die Verantwortung für *ihre* Problem bleibt wieder bei den Frauen; die ehrenamtliche Tätigkeit bleibt unsichtbar, unscheinbar und ungeschätzt.

Der Druck hin zur Volontariatstätigkeit und die im Landesgesetz relativ offen gelassenen Kriterien der Personalqualifikation lassen auch intendieren, daß unserem

Vertragspartner ein Konzept vorzuschweben scheint, das davon ausgeht, es genüge, Frauen, die Gewalt erfahren, dadurch zu unterstützen, daß *man* ihnen auf die Schulter klopft. Das heißt, das karitative Helfen-wollen und Trösten in den Vordergrund zu stellen, anstatt das eigenständige Handeln der Frau zu fördern. Als Frauenprojekt haben wir jedoch den Anspruch, professionelle Arbeit mit Frauen zu leisten. Und wir lehnen es andererseits aber ab, daß qualifizierte Arbeit von Frauen gratis geleistet werden und als Tätigkeit im sozialen Bereich billige Lücken im Versorgungssystem stopfen soll. Denn darum geht es wohl schlußendlich auch: Volontariat ist kostengünstig.

Das Frauenhaus als Projekt von Frauen für Frauen

Nun zu der Diskussion rund um die Forderung, daß ein Projekt von Frauen für Frauen von weiblichem Personal geführt werden soll. Aus dieser Diskussion sind die Frauen der Strategiegruppe Frauenhaus erfolgreich hervorgegangen. Obwohl diese Vorstellung eine ganz neue für Südtirol war, setzten die Frauen es durch, daß das Landesgesetz vorwiegend weibliches Personal vorsieht. Die Klausel „vorwiegend“ mußte eingeführt werden, nachdem das Landesgesetz zunächst von der Regierung zurückgeworfen wurde, da es ausschließlich Mitarbeiterinnen vorschend, gegen das Gleichbehandlungsprinzip von Mann und Frau verstieß. In unserem Projekt in Meran arbeiten Frauen mit Frauen.

Aus dieser ganzen Reflexion und Analyse wird klar ersichtlich, daß das Grundproblem, das unser Verhältnis zur öffentlichen Hand betrifft, in unseren unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Konzepten, Organisations- und Arbeitsmodellen, besteht. Frau muß sich bewußt sein, daß wir als Frauenprojekt für diese männliche, patriarchale Ordnung, mitsamt ihren Parteien, Gesetzen und ihrem Staatsapparat grundsätzlich wesensfremd und unverständlich sind. Und das wird eben auch aus den unterschiedlichen Begrifflichkeiten ersichtlich. Aus diesen gegensätzlichen Konzepten und Denkweisen entstehen eine Reihe von Problemen und Reibungspunkten auf beiden Seiten, die sich vor allem mit dem Übergang von der theoretischen Ausarbeitung zu der praktischen Umsetzung unseres Frauenhausprojektes herauskristalisieren begannen.

Auf unserer Seite begannen die Probleme und Auseinandersetzungen schon mit den Zeiten, Zeiten, die nicht nur die Zeiten unserer Entwicklung waren und sind, sondern immer wieder aus politischen Interessen und verwaltungstechnischen Kriterien von den Technikern und Politikern vorgegeben und forciert werden. Dann der enorme Energieverschleiß im Erfüllen aller bürokratischen Erfordernisse, um jeden unserer Schritte doppelt zu rechtfertigen, und der gleiche Energie- und Zeitaufwand, um die Provinz bei verschiedenen Gelegenheiten auf ihre Verantwortlichkeiten hinzuweisen. Zum Beispiel darauf, daß das Frauenhaus in Meran nach über vier Jahren Umbauarbeiten immer noch nicht fertiggestellt ist und Frauen in Gewaltsituationen immer noch keinen physischen Schutz haben.

Aus den unterschiedlichen Vorstellungen und Denkweisen ergeben sich zwangsläufig auch Verständigungsschwierigkeiten, und das heißt für uns, daß wir unsere

Anliegen oft regelrecht in die Landessprache, also in die Sprache der öffentlichen Verwaltung, übersetzen und konvertieren müssen.

Was unseren Vertragspartner betrifft, so wird ihm wohl erst heute ersichtlich und bewußt, was unser Frauenhausprojekt wirklich bedeutet, nachdem es sich zu realisieren begonnen hat, als ein Projekt, das konsequenterweise auch die Kritik an der Gesellschaft und am System beinhaltet und das er öffentlich finanziert. Zusätzlich vertreten wir in unserer Projektarbeit einen Anspruch auf Autonomie und wir thematisieren den Alltag der Frauen. Somit sind wir auch sperrig, unbequem, eigensinnig und brisant. Gründe und Hintergründe genug für die Versuche, das Projekt zu kontrollieren, es zu vereinnahmen, es gefügig und verfügbar zu machen, in der Erkenntnis seitens des Landes angesichts der politischen Ausgangslage und seiner ursprünglichen Vorstellungen mit der Unterstützung eines solchen Frauenhausprojektes vielleicht doch zu weit gegangen zu sein.

Über Sparpolitik wird eine inhaltliche Kontrolle ausgeübt

Und somit befinden wir uns, während wir uns als Projekt weiterentwickeln, in einer Situation, in der sich einerseits das Land unsere hart erarbeiteten Errungenschaften aneignet, indem es sich zum Beispiel brüstet, das erste Frauenhaus Südtirols errichtet zu haben und andererseits, jetzt wo die Verwirklichung dieses Gesetz etwas zu kosten beginnt, wird mit der Sparpolitik angesetzt, die beginnt im Verhältnis zu unserer Inkompatibilität und Gefährlichkeit oder Unbequemlichkeit, grundlegende Posten und somit Inhalte unseres Projektes zu beschneiden. Das heißt, wir sind einer inhaltlichen Kontrolle ausgesetzt, die sich nicht als solche erklärt, sondern die über die Kontrolle von Bilanzen abläuft, wobei die Eingriffe in dieselben sehr wohl auf gewisse Inhalte abzielen, zum Beispiel auf das Personal, die Weiterbildung, die Öffentlichkeitsarbeit, die Rechtsberatung. In den heutigen Zeiten der Rezession, im Sinne des momentan herrschenden politischen Klimas mitsamt Rechtsrutsch wird die Sparpolitik ein geeignetes Mittel der inhaltlichen Kontrolle, das die Arbeit im sozialen Bereich allgemein gefährdet und Frauenprojekte zuallererst trifft. Für uns wiederum bedeutet das auch dauernde Rechtfertigungen in Bezug auf reine Kosten-Nutzenrechnungen für ein Projekt, das auch finanziell unbequem bleibt. Es bedeutet schließlich ein Haus zu finanzieren und dementsprechendes Personal, um den 24-Stunden-Dienst zu gewährleisten; es fehlt das karitative Volontariat.

Andererseits haben sich die Ideen rund um Frauenhausprojekte, die anlässlich der SH - Tagung vor rund 10 Jahren konzipiert wurden, wenn auch mit Abstrichen, durch unser Projekt ein Stück weit konkretisiert, sind greifbar geworden. Wir haben in Meran, so unvollständig unser Frauenhausprojekt sein mag, doch etwas erreicht und durch wachsende Kompetenz, Kontinuität, Ausdauer und Professionalität einen physischen Ort für Frauen geschaffen. Unser Projekt und das darin vertretene Anliegen sind Realität und somit gewichtig und damit nicht mehr so leicht von der Hand zu weisen. Unsere wachsende Kompetenz und Professionalität ermöglichen es uns auch, unsere geschaffenen Räume zu betonen, zu verteidigen und zu erweitern, auch innerhalb jener Vergaben die uns aufgelegt werden.

Zusammenfassend haben wir als Frauenhausprojekt den politischen Anspruch autonom zu bleiben und uns dennoch zu institutionalisieren. Institutionalisierung die nicht nur negative Aspekte birgt, sondern auch ein gewisses Maß an Stabilität, Überlebensfähigkeit und Langlebigkeit verspricht. Es verlangt von uns, Entwicklung und Prozeß mit Organisation zu verknüpfen.

Die reine Tatsache, daß wir als autonomes Frauenprojekt eine öffentliche Finanzierung in Anspruch nehmen, führt zwangsläufig zu Widersprüchlichkeiten und Konfrontationen. Und das gehört zur Realität einer Non-Profit Organisation wie der unseren, mit der es, sich zu konfrontieren gilt. Für uns bleibt in unserem Verhältnis zum Land die Frage weiterhin offen, wo wir uns unsere Autonomie bewahren, wo wir widerständig bleiben und wo wir uns anpassen. Das Risiko, dem wir uns aussetzen und das es immer wieder bewußt zu machen gilt um damit konstruktiv umzugehen, ist, die Gefahr in traditionelle Muster abzurutschen und uns anzupassen, das Risiko mitzumachen und etwas zu tun, das sich im nachhinein als nicht unseres herausstellt, einen billigen, gut funktionierenden Fürsorgedienst zu schaffen, beliebig austauschbar, mit Alibi-funktion.

Das wiederum bedeutet für uns dauernde Abgrenzungsrituale, trotz Kompromissen Rückbesinnung; es bedeutet unsere Kompetenzen und unsere Professionalität zu erweitern und uns durch die Qualität unserer Arbeit zu etablieren, auf unseren Anliegen zu beharren, sie nicht aus den Augen zu verlieren, sie ernst zu nehmen um damit selbst ernst genommen zu werden und das heißt beispielsweise, genügend und entlohntes Personal zu fordern.

Die Entwicklung des Projektes entlang der benannten Widersprüchlichkeiten wirkt sich auf Ziele, Arbeitsformen und Mitfrauen des Projektes aus. Als Rückschau und Vorschau bedeutet das Wissen um harte Kämpfe, viel Arbeit und Engagement, Enttäuschungen und Rückschläge, aber auch Gestalten, In-Angriff-Nehmen und Fortschritte. Wir bleiben widerständig, und das erzeugt zwar Reibung, aber auch Bewegung. Der Frage nach unserem Umgang mit Autonomie und Anpassung stellen wir uns auch aus Gründen der Kongruenz. Autonomie ist unser Anspruch und Ziel in der Arbeit mit Frauen, die Gewalt erfahren. Wir betonen und stärken die Autonomie, Eigenbestimmung und Handlungsfähigkeit der Frauen. Und das heißt für uns, wie auch für Frauen in Gewaltsituationen, neue Wege denken und begehen.

(Kurze aktualisierende Anmerkung: Da sich die für das Frühjahr 1993 vorgesehene Eröffnung des eigentlichen Frauenhauses, d.h. der Wohnstruktur, immer weiter hinauszögerte, forderte der Verein Ende 1994 öffentlich eine Übergangslösung. Diese Forderung wurde auch vom Beirat für Chancengleichheit mit einer Resolution an die zuständigen PolitikerInnen unterstützt. Der Protest führte dazu, daß der Verein augenblicklich mit der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt über eine Übergangslösung in Meran verhandelt. Hier ist zu hoffen, daß eine ausreichend große Übergangswohnung angemietet werden wird und daß es dem Verein ermöglicht werden wird, das nötige Personal einzustellen, um den von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern endlich eine Unterkunftsmöglichkeit bieten zu können.)

L' autonomia

nasce da noi stesse

*Discussione durante il convegno
"casa delle donne – tra autonomia e adattamento"*

*Diskussion während der Tagung
„Frauenhaus zwischen Autonomie und Anpassung“*

Im Anschluß an die Referate, die während des Kongresses der Südtiroler HochschülerInnenschaft „Frauenhaus zwischen Autonomie und Anpassung – Casa delle donne tra autonomia e adattamento“ am 17. September 1994 in Bozen gehalten wurden, fand die im folgenden abgedruckte Diskussion statt. Thema des Kongresses war die Frage, inwieweit die Freiheit weiblicher Projekte im allgemeinen und von Frauenhäusern im besonderen eingeschränkt ist, wenn diese Projekte staatlich finanziert werden. Wir fanden die Diskussion sehr interessant; sicherlich war mit ein Grund hierfür, daß sich die Diskussionspartizipantinnen überwiegend schon mit der Thematik auseinandergesetzt hatten. Allen LeserInnen ist jedenfalls zu empfehlen, zunächst die ebenfalls im Skolast veröffentlichten Referate des Kongresses zu lesen, denn die Diskussion bezieht sich natürlich auf diese Referate. Neben Stellungnahmen zur Frage von Autonomie und Anpassung in öffentlich finanzierten Frauenprojekten finden sich auch viele Informationen zur Frauenhausarbeit in Innsbruck, Mailand und Meran. Nur die Redebeiträge der Referentinnen des Kongresses sind namentlich gekennzeichnet. Der Verein „Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt“ bereitet die Kontaktstelle des Frauenhauses Meran.

Clara Jourdan:

... Rivendicando, per esempio, il linguaggio dei diritti si usa un'altra mediazione che secondo me è perdente (e non soltanto per le donne). Perché cominciare a nominare tutto in termini di diritti significa spostare l'attenzione da sé a questa forma di mediazione, che in fondo è abbastanza pacificatoria. Tutti devono avere uguali diritti e quindi, spesso, la gente si accontenta di pensare di avere dei diritti come se questo risolvesse tutto. Si dice: Ma, io ho il diritto! Va bene hai questo diritto, e adesso? Questa mediazione del linguaggio dei diritti è piuttosto pericolosa, mentre

invece usare l'espressione *io desidero* al posto di *ho diritto* ha una valenza sicuramente più dirompente.

Per cui dire "le donne hanno bisogno di diritti, non hanno la parità ecc." non ha senso. I diritti ce li hanno. Dove sta scritto che le donne non hanno diritti? Il problema è un altro: le donne sono maltrattate non perché non hanno diritti, ma perché c'è qualcosa'altro che non va, sia il rispetto di sé -- perché una donna si lascia maltrattare spesso -- sia la mancanza di un senso di sé adeguato a quello che lei è. Per questo dico che è importante, quando ci si mette in relazione, trovare delle forme di mediazione che corrispondano. Nel sentire comune non esiste più il convincimento che le donne sono inferiori, però a questo non corrisponde un'adeguata evoluzione del linguaggio e così queste percezioni vengono tradotte male, in un modo che abbassa nuovamente il livello di libertà delle donne. Per esempio, leggevo su un giornale di alcune suore che desideravano avere più autorità. Il titolo dell'Avvenire, un giornale cattolico, era: "Il desiderio di parità".

Quindi tutto viene letto secondo questi schemi quando, di fatto, non è un desiderio di parità. È importante quindi questo lavoro che consiste appunto nel modo di scegliere le mediazioni adatte. Ma devono essere mediazioni che ci corrispondono in maniera non ideologica. Dobbiamo cioè usare certe parole, perché sono state create ed hanno un determinato significato, ma dobbiamo anche inventarne delle nuove. Perché, per esempio, sul problema del maltrattamento io non riesco a sentire parole nuove? Leggo sui giornali sempre il solito linguaggio: vengono oppresse, sono maltrattate, etc. Allora io mi aspetto da chi si occupa di questo problema l'elaborazione di un punto di vista che mi possa insegnare a vedere questa realtà in modo diverso, in modo che io stessa, posta di fronte a questi problemi che appartengono al mondo in cui vivo, possa pensarli secondo prospettive nuove, originali."

Associazione "Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt", Merano:

"Intanto sono molto contenta che la SH/ASUS sia riuscita ad organizzare questo convegno perché a noi, impegnate in questo progetto, dà degli spunti preziosissimi. Volevo collegare varie affermazioni che ho sentito. Uno dei temi centrali del convegno che più da vicino ci coinvolge è quello del rapporto tra finanziamento e autonomia. Il nostro è un progetto, in questo momento, finanziato al 100% dalla Provincia. Mi pare che Melitta Pitschl abbia detto che al finanziamento 100% corrisponda una mancanza totale di autonomia. Poi ho notato che nella sua relazione Maria Silvia Mari di Milano, che dice chiaramente di essere venuta qui appositamente per parlare su questo tema, non ha neanche menzionato il discorso "monetario". Questo lo noto con molto interesse perché mi viene in mente quello che diceva Clara Jourdan e cioè: l'autonomia c'è o non c'è. Vorrei delle ulteriori informazioni a questo proposito."

Clara Jourdan:

"Io dicevo soltanto che l'autonomia è un qualcosa che non può venire dall'esterno e quindi se ce l'hai ti poni i problemi dal punto di vista dell'autonomia, ma tenendo presente anche i vincoli esterni che ti vengono imposti. Non si può pensare che l'autonomia significhi fare sempre tutto quello che ti pare. Questa non è autonomia, né libertà. La materialità della vita ha sempre molti elementi di dipendenza. Non credo che autonomia significhi una indipendenza materiale dagli altri, ma anche accettare di essere dipendenti per molte cose – per esempio, io mangio perché altra gente lavora per produrre il cibo che io poi consumo. Insomma, sono legata a molta altra gente, dipendo. L'autonomia parte da te, da quelli che sono i tuoi desideri, per poi relazionarti con la realtà. E quindi, nel caso di cui stiamo discutendo, si tratta appunto di partire da un'autonomia che viene dalle relazioni che si sono costruite, dal progetto che si vuole mettere in piedi, per scegliere in seguito le strade praticabili. Se invece l'autonomia non c'è, allora dico che bisogna anche prenderne atto perché non è detto che si debba ragionare idealmente. Può capitare che un gruppo si renda conto di star seguendo delle strade che sono imposte dall'esterno e già questo riconoscimento è, secondo me, una forma di autonomia, perché già il rendersi conto di percorrere delle strade scelte da altri è un modo per avviarsi a sceglierne un'altra. Pensare che è la legge che comunque determina il tuo modo di agire è una mancanza di autonomia, significa mettersi sotto la legge, mentre io sostengo che è fondamentale collocarsi al di sopra della legge, in una posizione che io chiamo simbolica, di significato, del senso di quello che sei e fai."

Associazione "Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt", Merano:

"Ho notato che anche Maria Silvia Mari ha raccontato che a un certo punto dell'evoluzione del loro progetto c'è stata la convenzione. Anche per quanto riguarda la nostra storia noi, donne attualmente impegnate nel progetto, fisicamente non siamo le stesse che dieci anni fa hanno lottato per questa legge. E allora, discutendo tra di noi, la stiamo sentendo quasi come un limite, dobbiamo capire cosa ne vogliamo fare. A noi verrebbe da dire: a monte c'è la legge, poi, siccome a un certo punto c'era questa possibilità, varie donne, con tempi e percorsi diversi, si sono trovate dopo dieci anni a realizzare concretamente questo progetto."

Maria Silvia Mari, Casa di accoglienza delle donne maltrattate, Milano:

"Mi è sembrata molto interessante la peculiare differenza tra avere una legge che in qualche modo, semplificando, istituisce una situazione e quindi pone dei vincoli ed una situazione invece che è tutta da costruire ex novo. Ad esempio, se penso al contesto milanese non esiste alcuna legge. Per fortuna all'inizio di questo progetto non è esistita alcuna legge che abbia in qualche modo chiesto una casa. Ci sono però tre miliardi e mezzo di vincoli che non sono legati, ma burocratici e questo esiste anche nella nostra storia. Prima facevo riferimento a quella che è la mediazione, la mediazione che parte proprio da un lavoro interno all'associazione, concretamente, ogni volta che si cerca di affrontare l'ostacolo. Non crediamo che Milano non abbia nessun problema nell'affrontare il percorso legale, il percorsi più burocratici, i problemi legati al rinnovo della convenzione etc., perché i problemi ci sono, esistono. Proprio in questi giorni sta venendo fuori una grossissima discussione al nostro interno rispetto a quanto le situazioni ti impongono i loro tempi, i loro vincoli; basta che ti distrai un attimo, basta che in quel momento non hai ben presente l'obiettivo, e cioè il vantaggio della donna, che il servizio sociale, visto che ha bisogno del tuo intervento, ti considera un po' come la dependance in grado di fare quello che esso non fa. Allora qui il problema è ricordarsi costantemente che cosa vuol dire, prima di tutto tra di noi, essere relazione, che senso ha essere relazione tra donne, in un gruppo di donne che lavora per donne; quali sono i vincoli, quali gli obiettivi da tenere assolutamente e costantemente presenti. Perché, se non ci è chiaro questo, ciascuna situazione incontrerà sempre e comunque degli ostacoli."

Associazione "Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt", Merano:

"Io avrei una domanda e poi una considerazione da fare. La domanda è questa: siccome c'è un disegno di legge nazionale sull'istituzione della casa delle donne che tra l'altro demanda ad ogni singola regione la responsabilità diretta in materia, volevo sapere, alla luce della vostra esperienza e dei vostri rapporti con l'istituzione, qual'è il vostro punto di vista su questa legge, tenuto conto anche del fatto che ultimamente tutte le parlamentari progressiste sembrano attestarsi sulla posizione. Ovviamente sono parlamentari, sono donne dentro le istituzioni ed è chiaro che il loro punto di vista sia questo; però si è raggiunto un accordo molto più largo, basato su una relazione molto più articolata rispetto al passato, tra le donne nelle istituzioni e i gruppi che sono fuori. Tra poco tempo avremo di fronte anche noi la grossa responsabilità di discutere ed elaborare una proposta da sottoporre ai nostri legislatori provinciali, poiché è probabile che verrà cambiata questa tanto vituperata, criticata, problematizzante legge provinciale sulla casa delle donne. Potrebbe essere un'occasione intanto per vedere qual'è il nostro punto di vista sul rapporto con le istituzioni, a quale livello di mediazione vogliamo arrivare, come vorremmo che fosse questa legge, che tipo di progetto potremmo portare avanti e come potremmo portare i nostri valori, il nostro linguaggio, i nostri progetti dentro le istituzioni oppure, al contrario, se vogliamo invece rinunciare a cercare anche soltanto un possibile terreno di mediazione con l'istituzione. Penso



1945 partigiana a Milano. 1945, Partisaninnen in Mailand.

sia una questione che dovrebbe essere chiarita e nel momento in cui si decidesse di elaborare una proposta, sarebbe importante la collaborazione vostra e di altri gruppi di associazioni che potrebbero aiutarci. Sarà infatti un'elaborazione lunga e teorica che richiederà molti contatti con soggetti diversi."

Ciara Jourdan:

"Rispetto alla proposta di legge mi limiterò a rispondere per quel che mi concerne. Il mio parere è che l'Italia non sia ancora pronta per una legge come questa. Ho l'impressione che potrebbe diventare l'ennesima "legge similia legge" sulla violenza. Una legge frutto di ragionamenti del tipo: "Dobbiamo fare qualcosa per le donne. Abbiamo scoperto che ci sono le case di accoglienza, facciamo una legge per le case d'accoglienza."

In tutto questo vedo una strettoia piuttosto che un gesto a vantaggio, anche se magari le intenzioni dei parlamentari e delle donne che l'hanno proposta erano positive. Comunque la vedo più come una proposta fatta dall'alto e non a partire da chi in realtà lavora in questo campo e che probabilmente ha delle esigenze che dovrebbero trovare riscontro in una legge. Non c'è stata ancora una discussione così ampia, così matura da poi arrivare in effetti a proporre una legge. Devo dire che nel contesto milanese, rispetto alle leggi, il tentativo di solito è sempre stato

quello di trovare una mediazione, di trarre il massimo vantaggio possibile da quello che già c'è, senza andare ad inventarsi altre scappatoie legali. Posso fare anche un esempio concreto. C'è il solito vecchio dramma del rapporto tra il tribunale del minom e la donna che esce di casa. Chi ci lavora sa che tra una richiesta e l'ottenimento di un provvedimento passano due mesi e una donna sarebbe oggi come oggi costretta a rimanere in casa. Allora se una legge nazionale mi garantisce che questi due mesi di tempo non esistono più, o io non ci credo, forse l'accetto anche concretamente, ma dato che non ci credo, preferisco lavorare ai fianchi fino allo sfinitamento mio e del giudice per ottenere che questi tempi si ridimensionino, che il passaggio non sia solo e sempre tramite il servizio sociale."

Marie-Lydia Hörtnagl, Tiroler Frauenhaus für mißhandelte Frauen und Kinder, Innsbruck:

"Ich schätze die Situation in Österreich so ein, daß wir von den autonomen Frauenhäusern nicht so sehr darauf hinarbeiten, ein Gesetz zu erwirken, sondern Finanzierungsverträge mit den Geldgebern machen wollen. So haben wir eher die Möglichkeit, unsere „Dienstleistung“ anzubieten, Kriterien festzulegen und dafür Geld zu fordern. In diesem Konzept sehe ich etwas mehr Einflußmöglichkeiten. Ich denke, je mehr in einem Gesetz festgehalten

wird, um so mehr Eingriffsmöglichkeiten gibt es von Seiten der Behörden, um so festgeschriebener wird das Ganze. Gesetzesänderungen finde ich da wichtig, wo Erleichterungen erreicht werden können, zum Beispiel, daß gewalttätige Männer aus den Wohnungen gewiesen werden und nicht umgekehrt die Frauen ins Frauenhaus müssen. Zur Unterstützung der Arbeit mit den von Gewalt betroffenen Frauen finde ich Gesetze wichtig.“

Domanda:

“Volevo chiedere a Maria Silvia un chiarimento sull’ultima questione del tribunale dei minorenni. Non ho capito bene questo lavorare ai fianchi dei giudici.”

Maria Silvia Mari, Casa di accoglienza delle donne maltrattate, Milano:

“Dunque nel concreto vuol dire questo. Diciamo subito che il lavoro, soprattutto della casa, prevede una grande quantità di rapporti con i servizi sociali, il tribunale dei minorenni, il tribunale ordinario, proprio per garantire che la prima fase del percorso legale si svolga in modo tale che la donna, che è costretta ad uscire di casa magari con i figli, sia garantita. Per non scendere troppo nel tecnico, nel momento in cui si allontana di casa la donna, se non vuole passare dalla parte del torto, deve fare una serie di passi legali ancora prima di aver maturato qualunque decisione sulla separazione legale, perché nel momento in cui porta con sé dei minori può essere passibile. Questo significa che in questa fase di interregno tra l’essere uscita di casa e l’essere entrata in separazione, i diritti sono uguali tra il papà e la mamma. Così, spesso, noi ci troviamo di fronte a un diritto teorico assolutamente ineccepibile, sacrosanto, ma nella pratica un padre che cerca i figli lo fa per per arrivare alla moglie e possibilmente anche per completare l’opera che aveva iniziato precedentemente a casa. Quindi, come impedire che la donna non venga ripresa, rimessa in gioco quando non ha nessuna intenzione di vedere il marito nella fase in cui si è appena allontanata da casa ed avrebbe bisogno di stare per conto proprio e ricominciare a pensare a sé stessa? Come fare perché questo desiderio non diventi qualcosa contro la legge visto che il papà ha il diritto di vedere i bambini? Cosa vuol dire cercare di risolvere tutti questi problemi con una mediazione? Vuol dire andare a parlare col giudice, spiegare la situazione, spiegare chi siamo e perché stiamo facendo quel lavoro, cercare di far presente quali sono i bisogni della donna, fissare un appuntamento in cui la donna con un minimo di tranquillità possa dire “sì, io voglio anche fargli vedere i miei figli, però queste sono le mie condizioni”, diventando quindi protagonista in questa storia. Il lavoro che è stato fatto con il tribunale dei minorenni è tale che quando una donna arriva dall’associazione casa di accoglienza delle donne maltrattate, c’è qualche giudice che dice: “Bè il maltrattamento sicuramente c’è”, perché un tempo si metteva in dubbio anche questo, “Se viene richiesto un allontanamento se pur temporaneo dal padre possiamo concederlo”. Questo è un grossissimo risultato, perché permette alla donna di stare quei due mesi lontano dal marito, e di regolamentare le visite a partire da lei.

Tutti i contatti con il tribunale dei minorenni avvengono seguendo queste modalità, provvedendo anche agli accompagnamenti della donna in questione, facendo prima delle telefonate per spiegare la situazione, sollecitando l’arrivo dei provvedimenti. Potrei fare esempi di altro tipo in altri servizi.”

Domanda:

“Vorrei che Clara Jourdan, che prima mi è piaciuta molto con il discorso sulla trasgressione verbale del linguaggio burocratico, spiegasse meglio questo concetto e cosa ne pensa dell’invito a non osservare le leggi.”

Clara Jourdan:

“Il linguaggio viene usato per abitudine, a volte il linguaggio burocratico non è necessario, non è neanche previsto obbligatoriamente dalla legge; spesso ricorriamo nel nostro linguaggio a termini, come ad esempio la parola “utenti”, che nessuno ci obbliga ad usare. Rispetto al Tribunale dei Minori in “Non credere di avere diritti” Lia Cigarini propone addirittura di abolirlo, proprio perché non prevede l’intervento delle avvocatesse. Adesso io non me ne intendo tanto di questo aspetto, ma lei è un’ avvocatessa che si occupa di queste cose e dice che proprio questo tribunale dei minori impedisce l’intervento della madre e del padre nell’interesse dei minori come se l’interesse dei minori possa essere tutelato soltanto dal giudice (o dai giudici) di quel tribunale, come se non fosse possibile che in particolare la madre avesse un suo interesse a tutelare i suoi figli. Ecco, questa proposta potrebbe essere un tipo di intervento legislativo teso più a togliere che ad aggiungere. La mia posizione rispetto alle leggi è che aggiungere leggi spesso non è un modo per risolvere i problemi, ma un modo per aumentare la burocrazia. Tante questioni si potrebbero risolvere già con le leggi esistenti. Pensiamo per esempio alla questione della parità. Questa legge della parità in realtà non viene usata affatto perché evidentemente non corrisponde alle esigenze di molte donne di ottenere quello che vogliono. È una forma di mediazione che non corrisponde alla loro sensibilità. Volendo, poi, ci aveva già pensato la costituzione. Chi volesse effettivamente rivendicare la parità potrebbe anche ricorrere alla costituzione; questo aggiungere leggi è un modo che ha la sinistra di rispondere a dei reali bisogni che ci sono e anche a delle cose che succedono. Perché se non ci fossero state le iniziative delle donne certamente la legge delle case delle donne maltrattate non sarebbe venuta in mente a nessuno. Penso che abbia ragione Maria Silvia quando dice che forse è un po’ presto per mettere un cappello a delle iniziative che sono autonome, rischiando di normalizzare, di togliere la dirompenza di cose che già ci sono. Sulla questione della violenza sessuale c’è stato un larghissimo dibattito ed alla fine è stata ritirata perché era peggio di quello che era già previsto dal Codice penale. Quindi anche rispetto agli interventi legislativi che spesso le donne fanno, bisogna stare un po’ attente, perché a volte si rischia di peggiorare una realtà. Rispetto al problema delle case la mia posizione in generale è di usare con molta cautela lo strumento della legge e poi in ogni caso, anche quando la legge serve, non pensare che sia la legge che può risolvere il problema. Lo abbiamo visto nel caso dell’abolizione dei manicomi. Era una legge giustissima, buonissima, ma da sola non è bastata. Insomma se non ci sono le energie, la volontà politica ecc. ecc, i buoni intenti della legge rimangono sulla carta.”

Frage:

„Eine Frage an die Frauen von Meran und zwar ist da bis jetzt, soweit ich verstanden habe, nur eine Kontaktstelle. Ich möchte wissen, wieviele Frauen dort arbeiten und was

für Qualifikationen sie haben, Psychologinnen oder Pädagoginnen? Ihr macht Beratungen, aber wohin schickt ihr diese Frauen, die um Hilfe bitten?“

Gabi Woldner, Verein „Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt“, Meran:

„In unserem Projekt arbeiten im Moment drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen, das sind drei Ganztagesstellen. Vom Landesgesetz ist vorgesehen -- und wir haben das auch zum Kriterium gemacht, auch wenn es noch nicht ganz fertig diskutiert ist, daß die Mitarbeiterinnen qualifiziert sind, das heißt sie haben alle eine Ausbildung im sozialen Bereich. „Ausbildung im sozialen Bereich“ ist sehr vage, das kann dann eine Pädagogin, Psychologin, Sozialarbeiterin, Erzieherin usw. sein. Was die Tätigkeit in der Kontaktstelle betrifft, ist es effektiv so, daß wir Frauen keinen physischen Schutz gewährleisten können, das grenzt unsere Arbeit auch erheblich ein. Wir begleiten die Frauen ein Stück auf ihrem Weg, bieten ihnen die Möglichkeit an, über ihre Erfahrungen zu sprechen und sich dann alles weitere zu überlegen, so wie sie es dann für sich selbst entscheiden. Wir schicken sie nirgends hin, genauso wie wir sie auch nirgends herholen, sondern die Frauen machen das selbst. Unser Anliegen ist, daß wir mit den anderen Einrichtungen im sozialen Bereich zusammen arbeiten und im Moment einmal versuchen, private Ressourcen zu organisieren, teilweise von den Frauen selber, teilweise über unsere Informationen, wo die Frauen im Fall Unterkunft finden könnten. Effektiv ist das ein Lotteriespiel, weil es wenig Ressourcen gibt und die Frauen meistens über ganz wenig Geld verfügen, um sich ein Hotelzimmer leisten zu können. Das finden sie eventuell auch nicht, weil das auch verdächtig ist, wenn eine einheimische Frau mit Kindern im Hotel wohnt. Auch die Aufnahme in den Klöstern usw. ist limitiert. Es ist unser Bestreben, daß wir da andere Möglichkeiten finden, das ist ganz klar.“

Domanda:

“Volevo fare una domanda alle donne di Innsbruck sulle diverse modalità di lavoro. Per esempio nel nostro gruppo stiamo discutendo sulla modalità del “Bezugsfrauensystem”, di avere una donna di riferimento per ambiti di competenza. Da quello che avete esposto, so ho capito bene, avete un sistema a rotazione di ruolo (ogni sei mesi o una volta all'anno) nell'organizzazione del lavoro e mi chiedevo come questa pratica si possa conciliare con l'esigenza di essere poi, invece, specializzate.”

Maria-Lydia Hörtnagl, Tiroler Frauenhaus für mißhandelte Frauen und Kinder, Innsbruck:

„Das Rotationsprinzip in unserer Arbeit ist ein ganz wichtiges Problem. Anfänglich war das so festgelegt, daß wir in einem halbjährlichen, später dann in einem jährlichen Rhythmus, unsere Spezialisierungen wechseln, von der betreuerischen Tätigkeit bis zur Leitung der Hausversammlung, oder auch Verwaltungstätigkeiten. Mit der Zeit sind diese Wechsel immer seltener geworden. Selbst wenn man einmal im Jahr eine Teamsitzung macht, wo das Thema ist, stellt sich sehr oft heraus, daß ein Aufgabenbereich bei einer Frau bleibt und das macht auch Sinn. Trotzdem sind wir nicht weggegangen von dieser Struktur. Es ist die Frage, ob es sinnvoll ist, solche Strukturen weiter mitzutragen, wenn sie eigentlich in der konkreten Arbeit unter-

laufen werden. Trotzdem ist es für mich persönlich als Mitarbeiterin immer ganz hilfreich, mir nach einem Jahr zu überlegen, was mache ich jetzt, welche Arbeitsschwerpunkte übernehme ich, will ich die noch weiter machen, was bringt das, was bringt Spezialisierung und was brächte es wenn eine Frau, die das noch nie gemacht hat, einfach neue Impulse, neue Sachen einbringt. Für die Bezugsperson mit den Ämtern hat es sich als sinnvoll erwiesen, daß das Frauen für längere Zeit übernehmen, weil man da Kontakte aufbaut, weil es sicher auch für die Beamtinnen einfacher ist, immer mit derselben zu verhandeln. Es scheiden aber auch Mitarbeiterinnen aus, dann gibt es automatisch einen Wechsel. Mit dem Bezugsfrauensystem meinen wir etwas anderes als mit dem Rotationsprinzip. Das Bezugsfrauensystem betrifft nur die interne Arbeit mit den Frauen und bedeutet, daß jede Frau eine Bezugsfrau hat, mit der sie konkret arbeitet.“

Verein „Per le donne, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt“, Meran:

„In Meran haben wir in letzter Zeit total viel diskutiert über das Thema Anpassung und Autonomie und die Veranstaltung war sehr fruchtbar für die Auseinandersetzung mit dem Thema. Ich war schon sehr gespannt auf die verschiedenen Autonomiekonzepte, auch deswegen, weil ich oft persönlich das Gefühl habe, daß das Frauenhaus-Gesetz mich erdrückt. Für mich persönlich für die Arbeit war das Autonomiekonzept, wie es Clara Jourdan herausgearbeitet hat, viel befreiender als die Formel, die z. B. Melitta Pitschl aufgestellt hat, daß 100%ige Finanzierung eine 100%ige Abhängigkeit bedeutet, das habe ich einmal ganz pauschal so verstanden. Ich habe immer den Eindruck gehabt, die Mailänderinnen zum Beispiel hätten auch deswegen eine viel größere Freiheit, weil sie kein Gesetz haben. Und zu sehen, daß das eigentlich nur ein Punkt ist von den vielen, zu sehen daß das nur ein Punkt ist der Reflektion, zu sehen Autonomie kommt nicht nur von außen, das hat mir eigentlich recht gut getan.“

Melitta Pitschl:

„Da muß ich jetzt auf zwei Punkte eingehen. Zunächst die 100%ige Finanzierung, die hängt für mich mit dem Gesetz zusammen. Ich sehe einen Unterschied, ob man eine Konvention trifft und Jahr für Jahr Mittel verhandelt, oder ob es als Grundlage ein Gesetz gibt, das schon vorher durch verschiedene Kommissionen durchgegangen ist, und danach als Rest eines Frauenbegehrens vorhanden ist, mit dem die Frauen aber wohlgehemmt selber arbeiten müssen. 100%ige Finanzierung bedeutet gebunden an ein Gesetz mit den ganzen Kontrollmechanismen darin nicht Autonomie im dem Sinn. Außer wir überschreiten das, jonglieren und versuchen, die gesetzlichen Maßnahmen einfach nicht ernst zu nehmen. Wir dürfen dem Gesetz nicht noch eine zusätzliche Kraft zuschreiben, wenn wir wissen, daß das, was ursprünglich ein weiblicher Wunsch war, hängengeblieben ist bei irgendwelchen Sitzungen oder im Gesetz nicht mehr konkret vorhanden ist. Autonomie ist nicht etwas, was mir gegeben oder genommen werden kann, so wäre es, wenn ich mich vollkommen an das Gesetz binde. Dann stehe oder falle ich mit einem Projekt. Autonomie bedeutet für mich Eigengesetzlichkeit, und die fällt dann flach, wenn sie an fremdbestimmte Gesetze gebunden



ist. Ein jährliches Übereinkommen, das nicht an ein Gesetz gekoppelt ist, über Bilanzen und über Inhalte, bei dem man sich die Grenzen gegenseitig immer wieder abstecken muß, scheint mir dann ein anderer Prozeß zu sein.“

Maria Silvia Mari, Casa di accoglienza delle donne maltrattate, Milano:

„È vero che una convenzione va rivista annualmente, però la stesura iniziale è quella che poi fa fede ed è importante che si possa rivedere annualmente perché, se l'ottica è quella della mediazione con noi protagoniste, non è soltanto il comune che può avere la possibilità di sciogliere unilateralmente la convenzione. Per quanto mi riguarda preferisco sempre un patto di convenzione dove io, come centro di accoglienza di donne maltrattate, e il comune siamo alla pari e non una legge dove non siamo considerati sullo stesso piano.“

„... auch bei dem Projekt in Innsbruck sehe ich Vorteile darin, daß sie andere Abkommen treffen, die nicht so fixiert sind, nicht so festgeschrieben sind.“

Maria-Lydia Hörtnagl, Tiroler Frauenhaus für mißhandelte Frauen und Kinder, Innsbruck:

„Ich möchte nur noch der Vollständigkeit halber sagen, daß dieses jährliche Verhandeln auch sehr viel Kapazität und Energien beansprucht, die man lieber anderswo einsetzen würde. Es gibt da genauso Nachteile bei dieser Struktur, aber es ist dann ein Abwiegen wo die Prioritäten liegen. Wir schicken einmal jährlich die Einnahme-Ausgaberechnung des Jahres an die Finanzabteilungen, in dem Fall an das Land und die Stadt; die damit die Möglichkeit der Kontrolle haben. Sobald wir Geld von öffentlicher Hand kriegen, schicken wir die Einnahmen-Ausgabenrechnungen und einen Tätigkeitsbericht von drei Seiten, in dem wir kurz umreißen, was in dem Jahr passiert ist. Bis jetzt haben wir noch keine Rückmeldungen gekriegt,

ich glaube, sehr viele lesen das gar nicht. Ich kann mich aber auch täuschen. Im Moment ist in Innsbruck das Thema Kontrolle in aller Munde und es gibt auch Ankündigungen in die Richtung, aber da müssen wir abwarten. Wir haben in diesem Punkt noch keine Erfahrung.“

Frage

„Eine Frage an Melitta Pitschl: Du bist der Ansicht, daß Selbstversorgerinnenprojekte und ähnliches besser sind als ein Frauenhaus. Wie soll eine Frau in der Lage sein, Selbstversorgerinnenprojekte aufzuziehen in der Notsituation? Mir scheint das keine Antwort zu sein, sondern ein zweiter Schritt oder eine andere Ebene. Kannst du genauer sagen, was du damit meinst?“

Melitta Pitschl:

„Es sind zwei Punkte. Einmal der, daß das Frauenhaus zwar eine Lösung ist aber keine Wahl. Es ist die einzige Lösung, es gibt nur das Frauenhaus, wenn die Frau gezwungen ist, daheim Gewalt zu erleiden. Für mich ist es nicht die optimale Lösung, denn ich denke, wenn die Frau zu Hause Gewalt erleidet, dann ist nicht sie zu entfernen sondern der, der Gewalt ausübt. Der Gesetzgeber hat da noch nie durchgegriffen in der Form, wie er durchgreifen müßte, weil da sind ja genau genommen Gesetze vorhanden. Zur Selbstversorgung: Frauen müssen nicht unbedingt in ein wirklich öffentlich strukturiertes Frauenhaus gehen in dem Sinn, daß diese Struktur alle Forderungen nach außen stellt. Ich meine eine Struktur, die von Frauen, die sich mit dieser Thematik befaßt haben, gegründet wird, aber nicht in dem Sinn, daß sie ständig betreuen. Klar brauchen die Frauen, die das Haus dann aufsuchen, bestimmte Mittel, aber nicht über eine normale Sozialhilfe hinaus, sondern daß sie sich untereinander auf eine andere Weise versorgen. Es gibt ja Rechtshilfeberatung und dergleichen für Frauen. Die Frauen sollen zurückgreifen auf das, was bereits vorhanden ist, z.B. Sozialhilfe, z.B. Unterhalt und dergleichen – worauf sie heute ge-



setzlich schon Anspruch haben. Wobei man das natürlich auf die jeweilige Region anpassen muß, je nachdem was vorhanden ist. Nicht damit man das Thema Gewalt entdramatisiert, sondern damit die Frauen das ganz eigenverantwortlich und von vorherin gemeinsam machen.“

Domanda:

“Io vorrei fare una domanda a Maria Silvia Mari. Mi interessa capire meglio a cosa ti riferivi quando dicevi che non vi interessa la prevenzione e l'educazione sessuale. Secondo me, invece, il fine ultimo dovrebbe essere l'autoeliminazione della Casa delle donne.”

Maria Silvia Mari, Casa di accoglienza delle donne maltrattate, Milano:

“Certo, speriamo che questi progetti delle case delle donne siano temporanei. Non intendevo che non ci interessa assolutamente la prevenzione o l'educazione sessuale. Volevo semplicemente dire che il nostro lavoro si svolge in un momento in cui non è più possibile intervenire con la prevenzione, perché la donna ha già subito il maltrattamento. Si può però fare una lavoro, sempre in base al tipo di relazione che si instaura con la donna, in cui c'è una

forma di educazione. Educazione non in senso tradizionale, nel senso *ti insegno a fare delle cose*, ma intesa in senso quasi pedagogico, *ti aiuto a portar fuori quello che è dentro di te*. Ogni donna sa che se mette di fronte alla violenza il proprio desiderio, il proprio corpo, forse la violenza cambia, nel senso che l'interazione uomo-donna cambia. Con questo secondo tipo di educazione dobbiamo riuscire a far esprimere a queste donne nei quattro mesi della loro permanenza nella casa quello che loro non pensavano più di avere. Alla fine del percorso, molto spesso, di fronte alla loro delusione, perché comunque hanno dovuto abbandonare la famiglia, lasciare il marito, si sente spesso questa battuta scherzosa: “Ma in fondo tu adesso sei una donna nuova, potrai incontrare un uomo nuovo.” Nel senso che non è detto che se è andata male una volta debba per forza andare male anche un'altra. Adesso banalizzo. Ma quando una donna alla fine del percorso esce dicendo “adesso mi sento bene, ho capito una serie di cose di me ho imparato a starmene un po' per conto mio, ho messo al centro i miei desideri”, allora è un grosso risultato. Poi si potrebbe fare un altro convegno sul discorso prevenzione violenza, come non cadere nei luoghi comuni della prevenzione etc. Perché qui la domanda è: Con chi va fatta la prevenzione? Con le donne o con donne e uomini insieme? Allora si apre un altro discorso.”

Verein „Per le donna, contro la violenza – Für Frauen, gegen Gewalt“, Merano:

„Ich wollte noch einmal Melitta ansprechen. Du hast vorher gesagt, man sollte die Ressourcen nützen, die vorhanden sind. Ich glaube, es ist doch viel Zeit vergangen, seitdem Frauen sich ursprünglich für irgendeine Lösung eingesetzt haben, und letztendlich hat dann ein Gesetz dabei herausgeschaut. Da haben sich viele Situationen verändert in der Frauenbewegung. Ich glaube auch in der politischen Grundhaltung in Südtirol, denn es hat schon irgendwo eine Bedeutung gehabt, daß sich Frauen damals eingesetzt haben für ein öffentliches Frauenhaus, das nicht nach Sprachgruppen getrennt ist. Aber die historischen Frauen sind ja heute nicht mehr konkret bei der Realisierung des Projekts. Die Trägerinnengruppe in Merano hat das Gesetz als Möglichkeit vorgefunden. Ist es nicht sinnig, diese Möglichkeit zu nützen, vor allem weil ja Südtirol ansonsten recht wenig bietet? Eine frauenspezifische Rechtsberatung ist mir in Südtirol nicht bekannt. Da ergibt sich für mich wirklich die Frage, soll man nicht diese Ressourcen nützen und versuchen, soviel wie möglich Freiraum zu behalten. Das ist eine Gratwanderung. Da ist man immer wieder der Gefahr ausgesetzt, sich zu sehr vereinnahmen zu lassen. Aber ich glaube, gerade unsere Ausrichtung im Referat hat ja auch gezeigt, wie sensibel wir der ganzen Thematik gegenüber sind. Daß wir da so lange auch intern diskutiert haben, beweist, daß wir uns wenigstens der Gefahr der Vereinnahmung bewußt sind. Ein ganz großes Gegengewicht besteht darin, daß das Projekt eben mit uns entstanden und gewachsen ist, und daß auch die Fähigkeiten und Kompetenzen mit gewachsen sind. Trotzdem besteht die Gefahr der Vereinnahmung immer. Ein Problem, womit sich die Frauenhausgruppe intensiv wird befassen müssen, ist folgendes: Das Gesetz soll verändert, sprich verschlechtert, werden. Die Unzulänglichkeiten sind heute schon aufgezeigt worden, aber wenn es verändert wird, kann man ganz klar sagen, es wird verschlechtert werden. Was tut denn dann

die Frauenhausgruppe? Setzt sie sich erneut ein für eine gesetzliche Regelung oder geht sie dann neue Wege, in denen man das Projekt trotzdem beibehalten kann? Ich glaube, das ist dann wirklich eine Diskussion, die lange und gründlich geführt werden muß. Im Moment habe ich weniger Probleme, dieses Gesetz als Ressource zu nutzen mit allen Widersprüchlichkeiten. Die gibt es ja in Mailand auch. Da hat man zwar kein Gesetz, aber alles was wir erleben, also Auseinandersetzungen mit den Behörden, langsame Bürokratie, Geld zu spät zu bekommen und Zusagen, die nicht eingehalten werden.“

Melitta Pitschl:

„Ich glaube nicht, daß ich das, was ihr bis heute gemacht habt, in irgendeiner Weise gemindert hätte. Für mich bleibt nach wie vor die Frage – und auch als Provokation – der Abnutzungerscheinungen und der Selbstausbeutungen in Frauenhausprojekten. Wie wollt ihr die Diskussion weitertragen? Wollt ihr selber Vorschläge ausarbeiten, wie ihr euch heute ein neues Gesetz vorstellt oder wollt ihr warten, bis euch was vorgeschlagen wird? Momentan besteht ja die Kontaktstelle, die schon heute sehr viel Frauenberatung leistet, auch Rechtsberatung. Aber das Frauenhaus ist ja noch etwas anderes. Ein Frauenhaus ist eine Struktur, wo Frauen wirklich aufgenommen werden. Und die Frage ist, aufgrund welcher Bedingungen? Gebt ihr die vor oder werden die größtenteils vorgegeben, von denen die auch das Gesetz größtenteils vorangetrieben haben? Das ist meiner Ansicht nach eine sehr aktuelle Frage. Die historischen Frauen sind heute größtenteils weg, ihr seid eine kleinere Gruppe oder eine größere Gruppe, wenn alle zusammen kommen. Wieviele Ressourcen habt ihr, die die Arbeit vorantreiben? Ich merke immer wieder, daß sich die Frauenressourcen irgendwann erschöpfen, wenn man nicht konkret weiterkommt. Das zweite, was mir in Südtirol immer wieder auffällt, ist die geringe Vernetzung, auch institutionell. Eine gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ämtern, durch die schon eine Förderung da ist und von denen inhaltlich schon sehr viel mitgegangen wird, sehe ich nicht so stark. Und das ist ein Bereich, den man heute thematisieren könnte in dem Sinn, daß eine Unterstützung daraus entsteht, daß gemeinsame Frauenanliegen da sind. Unterstützung könnte auch mit Spenden möglich sein.“

Maria-Lydia Hörtnagl, Tiroler Frauenhaus für mißhandelte Frauen und Kinder, Innsbruck:

„Ich finde richtig, was du sagst. Ich würde aber vor einem Überanspruch warnen. Ich habe den Eindruck, daß die Frauen in Meran, bei dem was sie bisher geleistet haben, sehr viel reflektieren und es geht nicht alles auf einmal. Es gibt Phasen, wo mehr die Praxis im Vordergrund steht, und dann wieder Phasen, wo man sich rückbesinnt auf Wurzeln. Wenn dann dieser Anspruch kommt, alles abdecken zu wollen, gleichzeitig zu reflektieren und zu arbeiten, daß dies mit zu dieser Aushöhlung und Überanstrengung beiträgt. Das mit der Vernetzung ist ein ganz wichtiges Thema. Aber das braucht Zeit. Wir haben im Tiroler Frauenhaus vielleicht zehn Jahre gebraucht, bis wir eine Tradition entwickelt haben und wirklich gute Verbindungen zu anderen Frauenprojekten hatten. Das ist ein wichtiger Impuls, immer wieder zu sagen, wie wichtig Vernetzung ist.“

Verein „Per le donne, contro la violenza – Für Frauen gegen Gewalt“, Meran:

„Zum Thema Spenden und zum Thema Selbstversorger-einrichtung: Ich will das auch als Provokation verstanden wissen: Selbstversorgung ist in Südtirol einfach nicht möglich. Aber es ist für mich ein Anlaß, mich um Spendenaktionen zu bemühen oder auch neue Frauen anzusprechen, die Geldmittel haben und diese eventuell zur Verfügung stellen würden.“

Associazione „Per le donne, contro la violenza – für Frauen gegen Gewalt“, Meran:

„Nella relazione di Maria Silvia Mari, mi è piaciuto molto quando lei ha detto “il teorico diventa politico e queste due cose diventano poi sociale, solo parte del nostro lavoro è il servizio alla casa delle donne”. E questo è il mio concetto della casa delle donne. Ora la mia domanda è: come mai queste donne “storiche” dell’associazione per la casa delle donne di Merano, che partivano da contenuti teorici elaborati, spinte da motivazioni anche molte teoriche, hanno fatto un’azione politica per arrivare alla legge senza tradurla in una pratica politica, andando a finire in altri ambiti. Mi chiedo perché nessuna di loro sia rimasta in questo progetto come prassi politica, mentre, per esempio, a Milano ci sono ancora donne che in quegli anni hanno avviato la cosa e ci lavorano tuttora, perché hanno trovato il luogo per fare politica. Una politica che non è la politica istituzionale di lottare per la legge, ma una pratica politica di relazioni fra donne.“

Maria Luisa Mari, Casa di accoglienza delle donne maltrattate, Milano:

„Il discorso della differenza sessuale è qualcosa che sta prendendo piede con una certa consistenza da tre, quattro anni a questa parte. Quando è iniziata questa lotta, la lotta vera, nel 1986, c’è stata la volontà di alcune donne che sono scese in campo e che hanno cominciato, per altri aspetti, a lavorare ai fianchi anche nelle istituzioni. Per gradi le donne presenti nelle istituzioni hanno cominciato a rapportarsi con quelle che non avevano capito bene di cosa si stava parlando; a forza di parlare e confrontarsi si sono aperte, hanno pensato che forse era il caso, pur essendo nelle istituzioni, di mettere in gioco prima di tutto il fatto di essere donne. Questo è il versante femminile. Oggi ci sono state comunque delle grosse interazioni anche con uomini nelle istituzioni. Non è un caso che il responsabile diretto dell’assessorato che è competente per la prevenzione, è un uomo ed è un leghista. Eppure lì la mediazione politica ancora una volta ha funzionato. Noi gli abbiamo fatto capire che siamo consapevoli del fatto che il nostro lavoro è altamente professionale, che, dati alla mano, i servizi sociali si possono anche impiccare se non hanno una camera di accoglienza come quella di Milano. Dal punto di vista politico vuol dire essere comunque in grado di poter dire la nostra su quella che è la politica generale dei servizi, anche con degli uomini. Adesso ho una visione abbastanza ottimista, perché fino ad oggi questa mediazione, questa ricerca di relazione prima con donne e poi con canali privilegiati, oggi anche con uomini, continua; continua perché siamo abbastanza forti da dire: “Il centro siamo noi, vediamo cosa hai tu da dire, poi discutiamo. Ma non vengo da te per discutere in forma debole, sono io che ti sto proponendo delle cose.” Chi l’ha dura la vince.“

Le „CASE“ tra autonomia e adattamento

*nella storia per l'approvazione della legge della provincia autonoma di Bolzano
e nell'attuale iniziativa legislativa del parlamento italiano*

Grazia Barbiero

La legge provinciale

Ci siamo trovate sempre in tante, in una stanza all'ultimo piano della "Kulturhaus" di Bolzano, a progettare la nostra Casa delle Donne. La stanza era bella, piena di riviste, documenti, manifesti, con un grande divano e un tavolino basso. Era la sede della "HochschülerInnenschaft" e sono state proprio le attive studentesse universitarie sudtirolesi ad aver invitato tutti i gruppi di donne che lavorano con donne a riempire di contenuti il progetto di realizzazione di una "Casa" e a ricercare una strategia di intervento vincente perché il progetto si realizzasse.

Due anni prima, nel 1984, una proposta consiliare di Andreina Hmeri e mia faceva discutere per la prima volta il Consiglio provinciale di Bolzano sul progetto di realizzare la "Casa". L'assessore competente e la maggioranza del Consiglio decidevano di approfondire la nostra proposta tramite l'istituzione di una commissione di studio. Appena siamo venute a sapere che la commissione era composta da qualche funzionario provinciale affiancato da esponenti appartenenti ad associazioni religiose e che risultavano grandi assenti le donne e la pluralità degli orientamenti, è immediatamente scattata la voglia di contare e di farci sentire. Abbiamo ottenuto subito un primo risultato positivo: la protesta ha fatto sì che la commissione fosse allargata a due donne (Marina Rossi e Michaela Kaiser) appartenenti a gruppi laici (Aied, HochschülerInnenschaft). L'impegno tra di noi si è quindi concentrato sulla definizione di quale "Casa" volevamo e con quali presenze intendevamo realizzarla. Anche per contrastare chi pensava, all'interno della Commissione e della Giunta provinciale, a un luogo di assistenza, fortemente ideologizzato, gestito privatamente o dalla Caritas o dal Familienverband, più che altro teso alla tutela delle madri o delle future madri in difficoltà.

Ma anche tra noi la discussione è sempre stata vivace e non c'era convergenza su tutti gli aspetti. Esisteva comunque chiarezza sul fatto che la Casa doveva essere un luogo, uno spazio fisico per le donne che subiscono violenze sessuale, fisica e/o psichica e che si sentono minacciate nella loro integrità di persone. Si trattava di realizzare una Casa, insomma, in cui stare temporaneamente e in modo proficuo con altre donne nel difficile momento dell'emer-

genza, troppo spesso, altrimenti, vissuto in solitudine. C'era chi pensava, all'esterno del gruppo di iniziativa, che si trattasse di una rivendicazione di retroguardia, tutta agitata dentro la logica della tutela per la donna portatrice di una differenza che si identifica ancora solo con la sua debolezza e che pensa a un sociale protetto e protettivo. Non so se fosse, e se sia, importante connotare ideologicamente il gruppo di iniziativa e se davvero ogni richiesta di tutela vada vista solo in termini di difesa o, peggio, di rinuncia. A me pareva importante la capacità che si sentiva nelle calde seze all'HochschülerInnenschaft di provare sulla propria pelle la sofferenza della condizione di un'altra donna. Era una disponibilità che richiedeva il rifiuto dell'autoinganno, della complicità con se stesse, che comportava la scomoda posizione di lasciare affiorare il dolore e quella parte della nostra differenza che ci fa fare i conti con la qualità dell'oppressione e i nodi "duri" della realtà: i paradossi di questa società opulenta, il potere, la violenza, la disparità di opportunità tra donne, le loro acute disuguaglianze economiche, sociali, culturali e, più in profondo, il vivere in corpi che sono pesantemente segnati dalla regola maschile, regola separata e potente. Ecco allora che ragionare sulla Casa delle donne o dar vita a un movimento visibile, politico, per la sua realizzazione ha significato sperimentare se il riscatto della debolezza sia ancora stimolo per una contrattualità comune, che può passare dentro le strettoie del populismo e del moralismo senza farsene scalfire.

Ecco allora che chiedere — tramite una legge — una Casa delle donne, con le caratteristiche delineate prima solo schematicamente, ha significato andare con la mente a condizioni di vita quotidiana diffuse, a un quadro di rapporti tra le classi, dentro le classi e tra le persone che di solito sono rimosse sia psicologicamente che politicamente. In quest'ottica mi pareva che il gruppo d'iniziativa per la Casa non si battesse solo per offrire un servizio sociale separato in più, dentro un sistema che aiuta la debolezza a convivere con regole del gioco consolidate e da non mettere in discussione e nemmeno si esaurisse nell'offrire a chi ne ha bisogno la possibilità di andarsene sbattendo la porta (anche se questo non è poco ...). Non abbiamo pensato di fare noi, immediatamente, una Casa, di metterla su ad immagine e somiglianza nostra. Abbiamo invece scelto di impegnare la

ricca istituzione autonoma provinciale e di richiamarla alla responsabilità verso violenze diffuse e nascoste, consumate non tanto per strada ma nelle case sia di città che delle valli. In questo percorso che ha portato l'Alto Adige-Sudtirolo a varare la prima e finora unica legge esistente in Italia che istituisce la Casa delle donne c'era sicuramente la voglia di non diventare le uniche responsabili dell'umiliazione delle donne, ma renderla scandalosamente visibile dentro l'ordinatissima società sudtirolese e riscattabile pubblicamente. Sentivamo inoltre il vento che soffiava - vicino - da Nord e il fascino delle esperienze delle Case delle donne che erano sorte prepotenti e cariche di orgogliosa separazione in Austria e Germania e dove Michaela Ralsker e altre avevano lavorato. All'interno di questo itinerario si è anche fatta strada l'intenzione di aprire una nicchia più stegata dal cammino della legge in cui liberare - riparare - confidenze tacite e da cui cercare, verificare, attivare possibili energie in grado di cimentarsi con l'eventuale grande impegno di far vivere concretamente una Casa. Così si è formato il gruppo che si è costituito nella associazione "Per le donne contro la violenza-Für Frauen gegen Gewalt", un'esperienza di sapere plurilingue e pluriculturale, nata nel gennaio del 1988. Il luogo d'incontro originario era il "Centro di documentazione e di informazione della donna - Frauenzentrum" a Bolzano ed in seguito il consultorio Lilith a Merano. Ora, l'associazione, in parte profondamente rinnovata rispetto al gruppo costitutivo iniziale, ha sede a Merano presso il Centro di accoglienza per donne maltrattate che ha realizzato nell'aprile del 1993 - dopo l'approvazione della legge provinciale d'istituzione delle case delle donne - sulla base del desiderio e della passione di cui ho ricordato la genesi e i caratteri fondanti. Si appresta, proprio in questi mesi, a dar vita alla seconda fase del progetto-casa, realizzando, sempre a Merano, una struttura residenziale, per ora temporanea, in attesa che la Provincia metta a disposizione l'appartamento preventivo.

Se la legge che istituisce in provincia di Bolzano la Casa delle donne prende sicuramente spunti interessanti dal modello austro-tedesco, se ne discosta là dove non prevede una Casa autosufficiente in tutto e per tutto, ma la collega alle strutture sul territorio, fuggendo da qualsiasi tentazione di integralismo funzionale e gestionale. Vi sono nella legge passaggi non condivisibili: dove si parla, per esempio, di "fase acuta" per le donne che hanno subito maltrattamenti o violenze (alludendo al maltrattamento e alla violenza come se fossero una sorta di patologia da curare) e là dove la terminologia tende a delineare un servizio più che un luogo di reciprocità di scambi in cui le donne sono agenti del loro riscatto (Articolo 1, comma 1 e II della L.P. n. 6/1989). Altrettanto in conflitto con l'autonomia gestionale delle donne che si fanno carico del servizio, è l'articolo 2 che prevede che lo stesso sia "sottoposto alla vigilanza della Consulta provinciale per l'assistenza alle donne, che verifica l'andamento tecnico della gestione in relazione al programma degli interventi e fornisce direttive agli operatori nei casi controversi o di difficoltà di gestione. La composizione di questa commissione va da un rappresentante dell'amministrazione provinciale che la presiede, alle rappresentanti delle Case delle donne, ad altri operatori sociali pubblici fino alla rappresentanza di organizzazioni femminili che si occupano di volontariato assistenziale e di promozione sociale delle donne. La legge della Provincia autonoma di Bolzano prevede inoltre che le Case siano gestite

oltre che privatamente anche pubblicamente. La legge è stata approvata una prima volta dal Consiglio provinciale di Bolzano il 14 ottobre 1988 con la sola astensione del Msi e con l'accordo orizzontale di tutte le forze politiche presenti in quel periodo in Consiglio (Svp, Dc, Psi, Pci Kpi, Alternativi-Verdi, Heimatbund, Partito liberale sudtirolese) e di tutte le donne presenti in Consiglio, da Eva Klotz (Heimatbund-Lega patriottica) a Rosa Franzelin (Svp). Dopo quell'approvazione, inaspettatamente, il Governo ha respinto la legge (era la n. 197/1988: "Istituzione della Casa della donna") con una motivazione sostanziale: la definizione contenuta nella legge secondo cui il personale addetto alla gestione delle strutture doveva essere "esclusivamente femminile" veniva considerata lesiva dell'articolo 3 della Costituzione italiana.

Era invece proprio quella norma di legge a riscattare molte delle ambiguità ricordate prima. Il fatto di prevedere che il personale addetto sia di sesso femminile legittima le case come luoghi in cui si producono nuovi rapporti personali e sociali al di fuori della logica dell'assistenza e della tutela neutra. La Casa, pensata in questo modo, è un luogo in cui si sceglie di arrivare non per restare, ma per "partire". La norma così radicalmente chiara delinea la possibilità per le donne di trovare una strada di superamento del dolore che trae esclusivamente dalla pratica del confronto con altre donne, forza e rinnovato amore per sé. A difesa di questo principio era stato firmato un appello a livello nazionale a cui avevano aderito le donne che avevano attivato autonome esperienze di Case delle donne incentrate sulla relazione e non sull'assistenza. Si trattava di difendere l'introduzione di un principio di disuguaglianza nell'ambito del diritto, secondo un codice nuovo che per parità intendeva la non formale pari-opportunità. La difesa della definizione approvata nella prima stesura della legge provinciale invitava a impegnarsi per capire - senza velleitarismi e senza improvvisazioni - che le analisi odierne dell'uguaglianza aprono prospettive per una riflessione sulla differenza. Faceva inoltre capire che il superamento della vecchia parità impone la disponibilità a registrare e legittimare, anche nella forma alta del diritto - la norma - che alle donne, non uguali e diverse, vanno riconosciuti e offerti i mezzi di liberazione di sé che permettano loro di non essere inferiori e allo stesso tempo di non omologarsi. Non era una questione nominalistica. Impondeva di capire che la nuova e non neutra parità complica il quadro delle azioni possibili che devono essere messe in campo per consentirla.

E ancora, in concreto, si trattava di riconoscere una realtà diffusa in tutto il mondo. Tutte le "Case" che sono sorte, per iniziativa delle donne, dall'Austria alla Germania, dalla Norvegia alla Gran Bretagna fino al Canada, prevedono che il dolore di chi è vittima di violenza sia raccolto da altre donne. È stata trovata, nella seconda stesura della legge, (quella in vigore) una soluzione di mediazione che comunque nomina le donne come soggetto preferenziale nella gestione delle case e che quindi segna la legislazione; anche se non nella forma radicale della definizione originaria prevista, del diritto differente. La norma approvata dice che "il personale addetto è preferibilmente femminile". Ecco allora che dalla storia raccontata emergono circostanze sia sul piano del versante legislativo sia su quello della pratica politica di approccio e definizione dei servizi di donne che collocano Case al centro dell'oscillazione continua tra progetti di autonomia e rischi di adattamento e di omologazione.



La legge e il corpo

Se confrontiamo le proposte di legge della XII Legislatura che ruotano intorno al tema "la legge e il corpo", anche a prescindere dal tema specifico "normato": violenza e molestie sessuali, aborto, nuove tecnologie riproduttive, prostituzione, e dai gruppi politici che le sostengono, emergono alcuni elementi generali comuni e alcune differenze sostanziali, sui quali riflettere per poter poi assumere orientamenti e posizioni meditate in materie così difficili e delicate.

Si tende ad estrapolare il bene giuridico dal soggetto portatore. I "beni fondamentali" divengono astrazioni disancorate dal soggetto. Nel progetto di legge delega per la riforma del codice penale elaborato da una commissione accademica di giuristi nominata dal Ministro Vassalli sono previsti capitoli intitolati "delitti contro la gestione", "embrionicidio", che ricordano la logica del codice Rocco dei delitti contro gli interessi dello Stato, contro la nazione, la razza, etc.

Così come nei progetti di legge sulla prostituzione i beni da tutelare sono la quiete e la sicurezza pubblica la salute pubblica, etc. La salute diviene più che un diritto un dovere (per prevenire il contagio dell'AIDS, etc.) debordando in una costrizione rispetto a un supposto interesse collettivo. Anche rispetto all'aborto i deputati del CCD riprendono, con un altro segno, il "valore sociale della maternità", il corpo della donna, su cui normare, su cui le istituzioni (quali il tribunale dei minorenni, il consultorio, etc.) possono intervenire.

Corpi senza soggetti dunque, del resto le continue innovazioni nel campo delle nuove tecnologie riproduttive, dei trapianti, dell'eutanasia, pongono oggettivamente questi problemi: la frammentazione dei corpi, il destino degli embrioni non più relazionati al corpo della madre. Qui si apre un capitolo delicatissimo che riguarda la tutela costituzionale di beni fondamentali, che pone dei limiti non solo all'azione dello Stato ma anche all'autonomia privata, nel

senso che l'integrità del corpo, il divieto di mercificare la maternità, etc. trovano tutela costituzionale anche a prescindere dalla volontà dei singoli "proprietari" di questi beni. C'è sempre un certo paternalismo dietro la "tutela" dei diritti fondamentali, anche se ha l'obiettivo di prevenire la disuguaglianza. A ciò si oppongono i liberisti più spinti, i bioetici liberisti: si pone allora il problema di sfuggire alla tenaglia mortale per cui non ci sarebbe alternativa a liberalizzazione e mercato da una parte e stato etico dall'altra. Ma l'elaborazione etica e giuridica non può che partire dall'esperienza e dalla riflessione dei singoli e dei soggetti collettivi, cioè da una realtà sociale pregiudiziale, come fu l'esperienza sulla questione dell'aborto.

L'appello continuo al diritto per non dare materia difficile su cui non esiste ancora una costruzione di un'etica sociale - di cui tutte queste proposte di legge sono un sintomo - determina l'invasività del diritto stesso, anche se non riesce poi evidentemente a "dare misura" né ai singoli né alle istituzioni.

Anche nelle proposte di legge su violenza e molestie viene messa in ombra la problematica della sessualità, e quindi della soggettività, considerando i fenomeni di violenza solo come fenomeni da prevenire a difesa dei più deboli, come atti eminentemente all'inviolabilità del corpo.

Carenza di elaborazione sociale, invasività del diritto comportano la proliferazione di "autorità" (comitati di bioetica, ruolo nuovo del tribunale dei minorenni, sconfiggimento di istituzioni sanitarie oltre i loro ambiti disciplinari con poteri investigativi sulle persone). Emerge l'esistenza di un "diritto" che non separi i corpi dai soggetti, che favorisca il confronto tra i soggetti "sessuati", dei quali uno ha la sostanziale differenza di essere al contempo "uno e due".

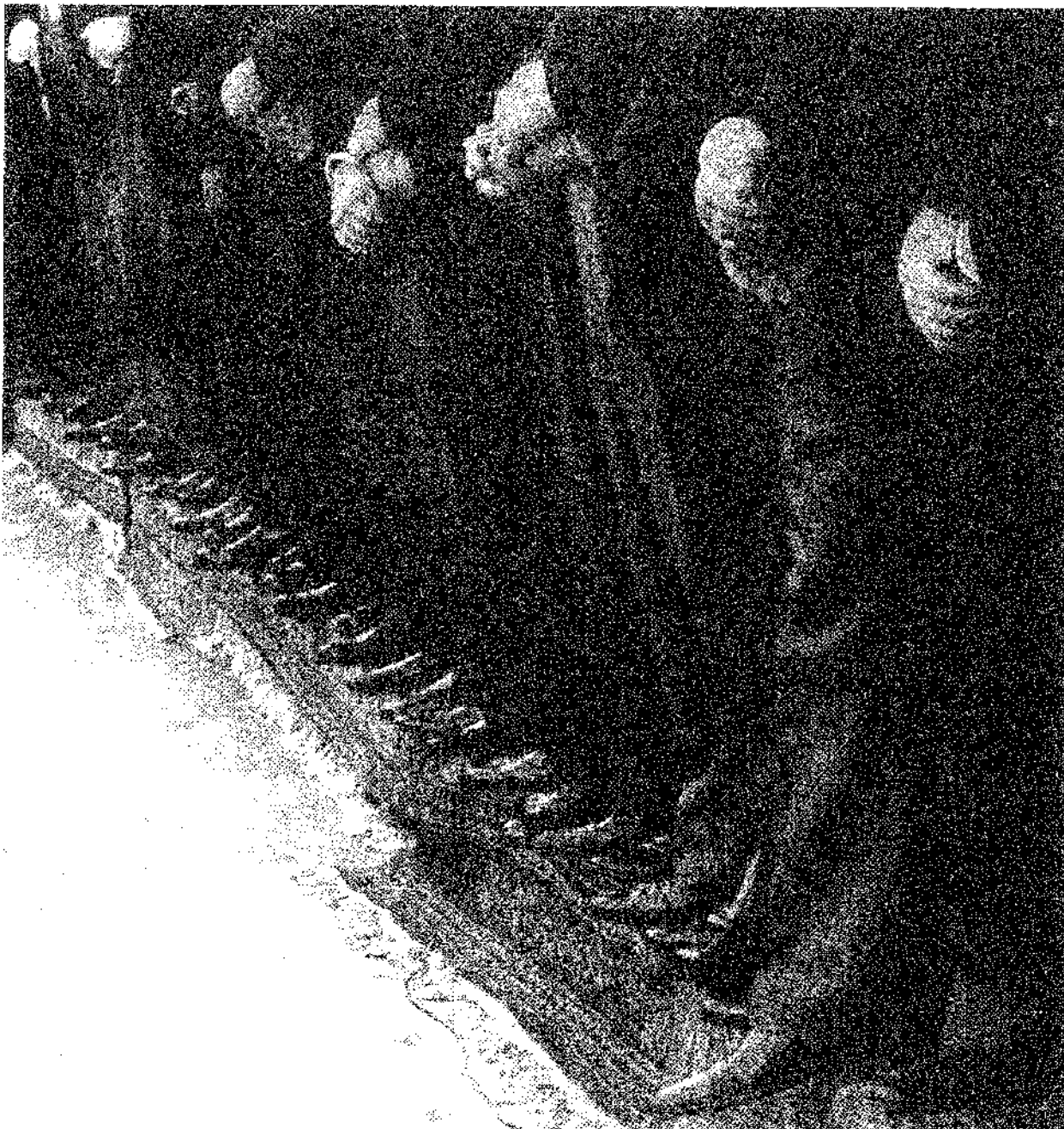
Per quanto riguarda l'istituzione di centri o case per chi ha subito violenze sessuali o maltrattamenti, tre sono le proposte di legge depositate alla Camera dei deputati. (Al Senato

non è stato presentato nessun disegno di legge sulla maternità). La prima è firmata da tre deputate di Alleanza nazionale (Napoli, Salvo, Poni Bortone), la seconda è d'iniziativa del deputato Lia, del Partito popolare, la terza è presentata dalle progressiste (Serafini, Turco, Boebe Tarantelli) ed alla cui stesura ho lavorato. Le prime due istituiscono, presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri, "un fondo per i centri di sostegno a favore delle vittime di maltrattamento e di violenza". Nel progetto di AN, la gestione dei centri è a carico delle Regioni e delle Provincie autonome, che li possono istituire dopo aver ottenuto il parere favorevole del Dipartimento per gli Affari sociali. L'idoneità è concessa sulla base "dell'urgenza, delle effettive possibilità di gestione, della garanzia della continuità degli interventi nonché della tipologia dei metodi usati". Stessa procedura e uguali parametri anche per Lia, che estende la possibilità di gestione anche ai Comuni. È evidente quanto l'impostazione centralistica e burocratica, comune ai due progetti, sia in totale contrasto con le esigenze dei soggetti a cui si riferiscono e contraddica le esperienze maturate dai gruppi di donne che hanno realizzato "case" o "centri" sia in Italia che in Europa. La terza proposta di legge parte dall'assunto che lo Sta-

to, tramite le sue articolazioni democratiche, ha il compito di finanziare luoghi "solidali" con le donne che hanno subito e che sono esposte alla minaccia di ogni forma di violenza fisica, psichica e sessuale.

La gestione è affidata ad associazioni o cooperative di donne che intendono realizzare le strutture. Il finanziamento viene garantito dalle convenzioni stipulate con i Comuni od i Consorzi dei Comuni nei quali operano le "case". È "garantita l'autonomia della gestione" ed il personale addetto è "esclusivamente femminile". È evidente la maggiore vicinanza di questo progetto all'elaborazione maturata dalle donne che lavorano in luoghi basati sulla relazione. Si tratta di un modo "mite", "non invasivo" di legiferare. Fa capire che, forse, ancora meglio, sarebbe, in questo campo, non fare ricorso a legge alcuna. Nella relazione introduttiva alla proposta, infatti, la necessità del ricorso allo strumento legislativo è motivata dal fatto che lo Stato si rifiuta di stanziare finanziamenti in assenza di una legge di riferimento.

(Grazia Barbiero, coordinamento ai progressiste, Roma)



Autonomie und Frauen- projektebewegung

Ursula D. Niehaus

Tatsächlich war und ist leidenschaftliches Engagement für kollektive Versuche, der eigenen Selbstbestimmung durch gelebte Praxis näher zu kommen, das Motiv, das die Gründerinnen sogenannter Frauenprojekte bewegt(e). Denn „das Problem besteht ... weniger darin, daß Macht korumpiert, sondern daß die Aura der Macht, deren glanzvolles Drum und Dran, stärker anzieht als die Macht selbst ... Macht besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie sich versammeln und zusammen handeln, und sie verschwindet, ... sobald sie sich wieder zerstreuen ... Die Kraft, die diese Versammelten zusammenhält, ... ist die bindende Kraft gegenseitiger Versprechen“, schreibt Hannah Arendt (1974, 227; 1970, 45/53).

Wenn Feministinnen solche Macht in der Vergangenheit und heute auskosten und sich weigern, ihre Aktionen, Kampagnen und Eigen Gründungen zuallererst von etablierten Institutionen „tragen“ oder begutachten zu lassen, sich nur am Machbaren zu orientieren und den vielen Klagen von einzelnen „etablierten“ Frauen in den mittleren und unteren, nur äußerst selten in den Leitungs-Ebenen solcher Institutionen, allzu geduldig die Ohren zu leihen, stattdessen eher selbst, ohne solche problematischen Rahmenbedingungen, aktiv werden, so verletzen sie patriarchale Spielregeln. Umso heftiger wurden/werden diese auch von vielen Frauen eingeklagt, die noch nicht den Mut fanden, sich selber als „Feministinnen“ attackieren oder belächeln zu lassen. Ich forderte schon damals (1981) in der neugegründeten alternativen „Tageszeitung“ Frauen, die über Diskriminierung in den etablierten Institutionen klagten, auf, diesen Institutionen, d.h. auch der Arbeitsplätzen dort, den Rücken zu kehren und eigene, selbstverwaltete, autonome Einrichtungen, Selbsthilfe-Projekte aufzubauen. Selber beteiligt an der „Initiative für ein Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum, FFBIZ“ in Berlin, schrieb ich (1980, 57 ff): „Wir halten fest an der Notwendigkeit eines autonomen Projekts außerhalb aller uns bekannten, bereits bestehenden Institutionen, weil wir nur so mit Arbeitsformen, Verhaltensweisen und Kommunikationsprozessen experimentieren können, ohne darüber irgendwelchen 'Vorgesetzten', 'Gutachtern' oder sonstigen Kontrollinstanzen Rechenschaft ablegen zu müssen, es sei denn, daß wir uns freiwillig selbst dazu entschließen ...

Nicht erst Arbeiten in einem irgendwann 'fertigen' FFBIZ, sondern schon die gemeinsame Annäherung an dieses, ist unser Forschungs-, Bildungs- und Informationsprozeß, der die einzelnen beteiligten Frauen und die Initiative insgesamt in Bewegung hält. Die Grenzen werden bestimmt durch unsere eigene Kraft, das Maß unserer Entschiedenheit, aus unserer gesellschaftlichen Ohnmacht herauszufinden, die Produktivität unserer Wut über die in den traditionellen, allesamt frauenfeindlichen Bildungs-, Forschungs-, oder Informationseinrichtungen erlittene Verstümmelung, Selbstentfremdung und Verstümmung ... Der Betonung der Autonomie widerspricht es nicht, daß wir für unsere Arbeit öffentliche Finanzierung fordern ... Zudem weigern wir uns heute, in der Frauenbewegung zusätzlich unbezahlte Dienstleistungen zu erbringen. Wenn die traditionellen ... Einrichtungen an unseren Bedürfnissen so eklatant vorbeigehen, daß wir zur Selbsthilfe greifen müssen, wollen wir auch unsere Steuergelder in Projekte gesteckt sehen, mit denen wir unsere Interessen verfolgen können ... Der Rückzug auf private Askese, finanziellen Verzicht, geopfer- te Zeit, Selbstausschöpfung und eine eng begrenzte Spielweise ... sind nicht unser Ideal, also müssen wir die Auseinandersetzung um die öffentliche Finanzierung unserer öffentlich bedeutsamen und notwendigen Arbeit weiterführen. Auch insofern ist unser Kampf Teil der umfassenderen Bewegung der Frauen ... Erfolg ist alles, was uns stärker macht, weniger voneinander „spaltet“, und an anderer Stelle (1981, 12ff), weil zur Kritik am sogenannten „Radikalfeminismus“ aufgefordert: „Wenn wir jemals in die Lage kommen wollen, mehr Macht zu haben als heute ... dann doch sicherlich nur deshalb, weil es schon immer Frauen gab, die zu einem Zeitpunkt, als den anderen das noch nicht klar war, gesehen haben, welche Notwendigkeiten ... bestehen. Und das, denke ich, ist radikal.“ Denn auch für die Ausgrenzung von Feministinnen, für die Distanzierung von ihrer erschreckenden, praktisch gewendeten Radikalität, für die Vorwürfe gegenüber ihren bekrittelten Projekten, die andererseits häufig reizvolles Forschungsgebiet zum Zweck wissenschaftlicher Profilierung geworden sind, muß immer wieder der anstößige „Grundsatz der Autonomie“ (Ute Gerhard) herhalten. Wenn beispielsweise Ursula Beer und Hildegard Rode (1986, 46) feststellen: „Der Autonomie von den als schlecht begriffenen Verhältnissen [sic!]“

wird immer direkter die Forderung nach Veränderung der Verhältnisse durch Beteiligung und Einnischung von Frauen entgegenstellt“, so sagen sie damit weniger über die Frauenbewegung als über ihre eigene Annäherung an diese und ihr Verständnis von Autonomie aus. Denn die Losung von der „Autonomie“, so sei noch einmal ausdrücklich betont, vertrat sich im Rahmen der Frauenbewegung zu keiner Zeit mit politischer Abstimmigkeit, klagte sie doch gerade die Unterordnung der Frauen als Geschlechtswesen mit dem Ziel ihrer Emanzipation, als Selbst-Befreiung aus aller Fesselung, an. Frauenbewegung war schon immer dann auch Frauenprojektebewegung, wenn sie es nicht nur bei verbalen Anklagen beließ, sondern diesen Klagen Taten folgen ließ; die ersten Frauenprojekte waren der Frankfurter „Weiberrat“ und der Berliner „Aktionsrat zur Befreiung der Frauen“, praktische politische Zusammenschlüsse, die dem Tomatenwurf auf die blasierten Genossen im SDS schon vorausgingen.

Utopie der Autonomie und ihre Konkretisierung

Aufschlußreich ist, daß sowohl politische Strategien von Verweigerung, besonders der Ausschluß von Männern aus den Einrichtungen der Frauen, als auch solche von Einnischung, von Partizipation, besonders der Versuch von Feministinnen, auf staatlich verwaltete Steuergelder Zugriff zu gewinnen, immer wieder als unsinnige Auswüchse von Autonomie geächtet werden. Beide Aspekte tangieren die Geschlechterasymmetrie und attackieren die Privilegierung des männlichen Geschlechts besonders deutlich, weil sie deren Kritik praktisch wenden. Wie vor allem angelsächsische Rechtsprechung sichtbar macht, greifen sie auch die äußerst wirksame symbolische Geschlechterordnung mas-

siv an, weil sie den formalen Gleichheitsgrundsatz der „Bürger“ im Staat als das sichtbar machen, was er ist: Fiktion. Denn zwar haben „Menschenrechte (kein Geschlecht“, wie jüngst ein Frankfurter Kongreß (1990) emphatisch verkündete. Diese Menschenrechte werden jedoch von Staaten judiziert, die trotz entgegenlautender Verfassungsbestimmungen strukturell gewaltförmig Frauen aller Ethnien und Klassen als Geschlecht systematisch benachteiligen. Autonomie als „institutionelle Unabhängigkeit von bisherigen Formen und Organisationen des Politischen“ verweist nicht nur immer wieder prononciert darauf, mit der Zielrichtung, die Änderung solcher Zustände herbeizuführen; sie gibt auch den Versuchen Gestalt, die Utopie für ein besseres, herrschaftsfreies Leben hier und heute *ansatzweise* zu konkretisieren. Die Bezeichnung solcher konkreter Einrichtungen als Projekte verweist sprachlich korrekt ausdrücklich darauf, daß es sich um Entwürfe handelt, daß die Erfüllung aller Selbstzwecke, Träume und die Lösung für alle gesellschaftlichen Probleme hier *nicht* zu finden sind. Denn *utopos* ist eben kein konkreter Ort. Projekte gehen aus von „unlebbares Leben. Kein Ort. Nirgends.“ Worte, die Christa Wolf Karoline von Günderrode in den Mund legt. Sie sind Versuche aufrechten Ganges unter Bedingungen, die eine solche Haltung nicht zulassen. Doch „die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“, wie schon Rosa Luxemburg Karl Marx paraphrasierte. Die „institutionelle Unabhängigkeit der Frauenprojekte von den *bisherigen* Formen oder Organisationen des Politischen“ aber als „Gleichgültigkeit gegenüber Politik, als Politverzicht“ (Kraushaar 1978, 51) oder als Eskapismus mißzuverstehen, bedarf es schon einiger abstrahierender Überanstrengung. Die Frauenprojektebewegung ist eine Bewegung, die leidenschaftliche Feministinnen veranlaßt, *gegenwärtige* alternative Formen und Organisationen des Politischen zu



gründen, zu erhalten und zu erweitern. Damit soll sichtbar werden, daß traditionelle Politik den unversöhnlichen Gegensatz des Öffentlichen, als einer Sphäre der und für Männer, und des Privaten als einer Sphäre der Frauen, die aber ebenfalls zum Nutzen der Männer ist, nur verlängert. Gleichzeitig soll sichtbar gemacht werden, daß zwischen Frauen Macht und damit Veränderungspotential entsteht, wenn sie zusammen handeln. „Wahrscheinlich wurde keiner von uns beigebracht, daß es notwendig ist, die Beziehungen zu anderen Frauen besonders zu pflegen und sie als wesentliche Quelle persönlicher Stärke, geistiger Originalität und sozialen Eingebundenseins zu betrachten“, schrieb die Frauen des Mailänder Buchladen-Kollektivs in *Wie weibliche Freiheit entsteht* (1988). In Frauenprojekten beziehen sich Frauen – nicht mit ihrem ganzen Leben, aber in ihren täglichen Arbeits- und Lebenszusammenhängen – sehr weitgehend und vielfältig auf Frauen, in Erfolgen und Mißerfolgen, in Freud und Leid, in Kooperation und Auseinandersetzung, in Identifizierung und Abgrenzung, „in Gedanken, Worten und Taten“. Gerade deshalb sind sie in einer immer noch männerorientierten Gesellschaft revolutionär: Sie stellen die Verhältnisse auf den Kopf.

Frauenprojekte und Maßstäbe ihres politischen Erfolgs

Frauenprojekte können je nach Zielsetzung kürzer oder längerfristig bestehen, als neue „Institutionen“, Heiliger (1991a, 11) spricht von „Gegeninstitutionen“; sie können an einem bestimmten Ort ebenso wie als Netzwerke über größere räumliche Entfernungen, ja über Staatsgrenzen hinweg, realisiert werden. Ihrer Autonomie oder derjenigen einzelner Feministinnen widerspricht es nicht, wenn sie sich in vielfältiger Weise mit dem Staat oder mit anderen bisherigen Formen und Organisationen des Politischen, etwa mit Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, dem Parlament, mit den Denk-, Organisations- und Handlungsmustern der immer noch weitgehend nach männlichen Interessen funktionierenden Gesellschaften beschäftigen, sich damit auseinandersetzen, darauf Einfluß nehmen, sich darin einmischen, solange sie sich dabei nicht verlieren. Allerdings sind sie kritisch an ihren eigenen Ansprüchen zu messen, also daraufhin zu beobachten, wie es um die Setzung eigener Normen, die positive Identifikation mit Frauen, die individuelle Selbstverwirklichung, die Absage an Hierarchie und zentralistische Organisationsformen, um die Konkretisierung von Utopie herrschaftsfreien Lebens und Arbeitens bestellt ist. Wer aber solche Prüfung vornimmt, mißt selbstverständlich auch mit ihrem bzw. seinem eigenen Maßband auf dem Hintergrund eigener Utopien, pragmatischer Ansprüche und/oder Anpassungen an die bestehenden gesellschaftlichen Realitäten. Insofern verwundert es nicht sonderlich, daß der Neuen Frauenbewegung, vor allem aber der davon bereits sprachlich abgesetzten Frauenprojektebewegung neben euphorischen Belobigungen immer wieder auch mehr oder weniger schlechte Noten erteilt werden, von Beobachterinnen wie auch von „alten Kämpferinnen“, die sich in den harten Mühen der Auseinandersetzungen mit den auf Kosten des weiblichen Geschlechts verfestigten Herrschaftsstrukturen (zumindest zeitweise) erschöpft haben. Weder das eine noch das andere ist als

Ermunterung für weitere Versuche von Autonomie besonders fruchtbar, solange solche Urteile nicht auch die sachliche Anerkennung der Erfolge mitbeinhalten, die bereits von der Bewegung, darunter besonders auch von ihren radikalen Sprecherinnen, Autorinnen und Praktikerinnen, erreicht wurden. Schon 1981 resümierte Gisela Gassen (1981, 116.) auf die Frage „Wohin geht die Frauenbewegung?“, „Die vielen Gespräche haben mir gezeigt, daß die Frauenbewegung heute stärker ist denn je, aber auch unfaßbarer denn je... Doch im Gegensatz zu ihren Anfängen ist sie genauer, präziser geworden. Kleine Grüppchen sind auseinandergefallen. 'Quaschgruppen' und Selbst-erfahrungsgruppen haben sich überholt, statt dessen haben sich Projekte und Gruppen spezielle Probleme vorgenommen ... Diese Gruppen ... sind 'gesellschaftliche Dienstleistungsbetriebe' oder verrichten 'karitative' Arbeit, wie diese Tätigkeiten oft abwertend charakterisiert werden ... Die meisten ... kämpfen dafür, daß diese Arbeit finanziell ... unterstützt wird, ohne dabei die Autonomie zu verlieren.“

Materieller Ressourcenmangel als Barriere gegen Autonomie

Seit fast 15 Jahren bin ich als Mitgründerin und zunächst unbezahlte, schließlich auch als eine der wenigen bezahlten Mitarbeiterinnen an einem Frauenprojekt, einer feministischen Gegeninstitution, aktiv beteiligt. Aus dieser Perspektive möchte ich ausdrücklich auf materiellen Ressourcenmangel als besonders wirkungsvolle Barriere gegen Autonomie hinweisen. In einer Gesellschaft, die wesentlich vom Verkauf der Arbeitskraft der Mehrzahl ihrer Mitglieder strukturiert wird, ist angemessen bezahlte Arbeit notwendige Voraussetzung nicht nur jeglicher individuellen Reproduktion, sondern auch unabdingbare Basis für eine erfolgreiche „Politik der Befreiung“ (Libreria delle donne di Milano), die über diese Gesellschaft und ihre Geschlechter- und Klassenhierarchie hinausweist. Solange Einrichtungen der autonomen Frauenbewegung einen Großteil der Phantasien und Energien ihrer politisch aktiven Mitarbeiterinnen darauf verwenden müssen, den Organisationen traditioneller Politik öffentlich verwaltete Gelder abzuhandeln, bleiben die utopisch gefärbten Spielräume für ihre Projekte sehr eng umrissen. Verschiedene Möglichkeiten, den Mangel an Geld auszugleichen, wurden und werden weiterhin versucht. Nahezu alle Frauenprojekte beschäftigen Mitbegründerinnen oder langjährige Aktivistinnen gegen eine Entlohnung, die in keinem Verhältnis zu deren formaler oder tatsächlicher Qualifikation steht. Einige Projekte existieren aufgrund des unbezahlten Engagements der Feministinnen im Projekt und eines Teils ihres außerhalb verdienten Erwerbseinkommens, das sie zusätzlich zu ihrer Arbeitskraft in die Frauen-Einrichtung investieren. Andere kombinieren bezahlte und unbezahlte Arbeiten in ihrer Gegeninstitution mit Formen von Umverteilung eingeworbener und/oder außerhalb der Einrichtung als Lohn erarbeiteter Finanzen. Fast alle Fraueneinrichtungen haben sich trotz aufrechterhaltener Kritik an „ungeschützten Arbeitsplätzen“ auf den Kompromiß mit Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen und anderen problematischen Konstruktionen eines krisengeschüttelten kapitalistischen „Wohlfahrtsstaates“ eingelassen. Folglich müssen sie Begleiterscheinungen

akzeptieren, wie die Teilabhängigkeit und Kontrolle durch staatliche oder andere etablierte gesellschaftliche Instanzen, außerdem verschiedene Posen sozialliberaler bis konservativer Integrationsbemühungen parieren und sich unter fremdbestimmten Erfolgswang seizen lassen. Das Ergebnis ist, daß die aktiven Frauen den Mut zu Träumen nahezu verlieren und die gesellschaftlich tatsächlich innovativen Einrichtungen auf potentielle neue Mitarbeiterinnen oft wenig Attraktion ausüben. Das strahlend Neue präsentiert sich zu zaghaft im Mantel des kritisierten Alten und läßt leicht eher Anpassung an die beherrschenden Strukturen vermuten als deren ansatzweise Überwindung. Jedoch bleibt demgegenüber die Erinnerung festzuhalten, daß solch mißlichen Kompromissen und Umwegen eine gemeinsame, bewußte und freiwillige Entscheidung mächtiger und realitätstüchtiger Frauen vorausging, diese Kompromisse einzugehen. Und auch die vorerst nur um den Preis von schwerwiegenden Zugeständnissen mögliche aktive Beteiligung an einer gerechteren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten von Fraueninnovationen bleibt Einmischung in subversiver Absicht, zumal wenn sie einhergeht mit gleichzeitigen radikalen Forderungen und kompromißlosen Regelverletzungen auf gerade nicht ausgehandelten Politikfeldern. Sie muß, bewußt reflektiert und kritischer Überlegung ausgesetzt, nicht notwendig zur Anpassung an die oder zur Integration in die etablierten Politikformen, -organisationen und -inhalte und damit zur gesellschaftlichen Wirkungslosigkeit führen.

Nichtmaterielle Mittel zur Annäherung an Autonomie

Was in den ersten Anfängen der autonomen Frauenbewegung deren Attraktivität für viele Frauen ausmachte, war besonders eine ausgesprochene, Kreativität fördernde Lustbetontheit vieler Aktionen und ihrer kollektiven Ausführung in Kleingruppen, die Eigeninitiativen jeder beteiligten Frau nicht nur zuließen, sondern geradezu herausforderten. Feministinnen und Frauenprojekte, die unter überwältigenden Arbeitslasten, materiellem Mangel und zudem unter Ablehnung, Ausgrenzung, Verunglimpfung, Ächtung, Aggression, offenem Haß oder Ausnutzung durch andere sowie unter der Konkurrenz und unabdingbaren Auseinandersetzungen untereinander leiden, verlieren verständlicherweise leicht aus den Augen, daß lustbetonte gemeinsame Aktivitäten Handlungsspielräume eher erweitern. Diese stellen aber, z.B. in Form von mobilisierenden öffentlichen Festen, eine gute Investition von knapper Zeit dar und sollten deshalb nicht vernachlässigt werden. Regelverletzenden Aktionen staatsbürgerlichen Ungehorsams kommt nicht nur wirksamer öffentlicher Signalcharakter zu, sie üben auch in Mut und eigenständig verantwortlichem Handeln. Spontaneität kann als Ausgleich zu Sachzwangdruck bewußt gepflegt werden. Informelle Hierarchien und sachlich erforderliche Arbeitsteilungen lassen sich durch rotierende Aufgabenverteilung zwar nicht beseitigen, immerhin aber abmildern. Differenzen zwischen Frauen können bewußt als auch positive Potentiale anstatt als störende Bedrohung wahrgenommen werden. Die Anerkennung als Gleiche bei aller Verschiedenheit hilft, Vereinbarungen zu treffen, die Gewalt begrenzen oder verhindern. Gegensei-



tig geübte, möglichst sachgerechte Kritik und Beurteilung wirkt falschem Bestätigungsbedürfnis entgegen. Anerkennung von eigener wie fremder Autorität und von Überlegenheiten, die aktive Weigerung, sich selbst als passives Opfer zu verhalten, verhindert Herrschaft und Unterwerfung. Sich selbst Wert zuzumessen erleichtert, anderen Frauen privat und öffentlich Autorität zuzubilligen. Selber vernachlässigt das Wort zu ergreifen, hebt Verstummten auf und setzt der Überredung Grenzen. Teilerfolge bewußt als solche zu betrachten und Freude darüber zuzulassen, hilft Resignation zu vermeiden. Netzwerke als Alternative zu Verbänden zu knüpfen, zu erweitern und zu pflegen verhindert ebenso wie die aktive Unterstützung von Kampagnen, die über die Spezialisierung der eigenen Arbeit hinausgreifen, projektbezogene Nabelschau. Infragestellung und kritische Reflexion der Projektstrukturen und -selbstdarstellungen und ihre Konfrontation mit Fremdwahrnehmung deckt Versteinerung von Wertvorstellungen und Desensibilisierung für Anpassungstendenzen auf. Zeitweiser bewußter Rückzug aus politisch aktiver Einmischung zugunsten von Ruhe, Gewährenlassen und Gelassenheit unterstützt die Beweglichkeit, sich nicht mit den jeweils erreichten Verhältnissen zu bescheiden, sondern größere Träume zu haben und diese mit Energie und Ausdauer zu verfolgen.

(Ursula D. Nienhaus, Historikerin, ist Mitgründerin und Mitarbeiterin des Frauenforschungs-, bildungs- und Informationszentrums FFBIZ in Berlin.)

Dieser Artikel ist auszugsweise dem folgenden Buch entnommen: „Der Widerspenstigen Lähmung“, Renate Rieger (HG), Campus-Verlag, Frankfurt 1993.

Quando lo Stato diventa femminista

Luisa Muraro

Un monumento al candidato

Non saranno facilmente dimenticate le elezioni politiche del 1992, certo non da Tina Anselmi, e questo per più ragioni fra cui, la più allegra, è quell'oscuro candidato PLI (chissà mai se lui è stato eletto) che trovava da ridire sulle spot "vota donna". "Gli spot sono anticostituzionali", disse il candidato. La RAI sospese la campagna pro-candidate, ma le proteste dell'Anselmi, presidente della Commissione pari opportunità della Presidenza del consiglio, fecero cambiare idea subito ai dirigenti RAI. E, poco dopo, anche al giudice il quale ha sentenziato che il reclamo dell'uomo era "inammissibile" (giuridicamente parlando): la campagna governativa era costituzionale e lo sarà, come ogni altra simile iniziativa, fino a quando i due sessi non avranno raggiunto la parità sostanziale (quella formale, c'è già). In pratica, quando? Domanda senza risposta. Dipende, infatti, dai criteri di misura e questi dipendono dai valori tenuti in conto, i quali variano parecchio dall'oggi al domani come da persona a persona. Se conta la speranza di vita, l'amore dei figli, la carriera scolastica, i libri letti, la chioma ..., le donne sono superiori; se conta la carriera professionale, il tifo sportivo, la muscolatura, i libri scritti, le guerre fatte ..., sono superiori gli uomini.

Il primato di Livia

Da qui in avanti, dunque, e per un tempo indeterminato, lo Stato può e anzi deve parteggiare per le donne nei confronti degli uomini. In altre parole, lo Stato è diventato femminista. Non ideologicamente, ma tecnicamente femminista. La giornalista Roberta Tatafiore di *Noi Donne*, del resto, lo aveva previsto da tempo, parlando di un "femminismo di Stato".

I giornali riferiscono che, dopo la sentenza del giudice, Tina Anselmi sprizzava gioia, e si capisce: con un paio di mosse era riuscita a portare a conclusione l'opera che era di altre più che sua, raccogliendone i frutti. In particolare, era l'o-

pera dell'ex comunista Livia Turco. Lei, infatti, è l'inventrice del "vota donna", lanciato dal suo partito nella campagna del 1987. Non solo: lei per prima ebbe l'idea che la legge "Azioni positive per la realizzazione della parità uomo-donna nel lavoro", poteva essere usata per fare femminismo di Stato. La legge fu approvata nell'aprile '91 e quattro mesi dopo la Turco avanzava l'idea del "bonus": per aumentare la percentuale delle donne in parlamento, lo Stato dia più soldi ai partiti che fanno eleggere più donne. Molte insorsero: siamo forse prodotti di scarto da promuovere con un buono? La Turco si difese: quella che propongo è una "azione positiva" come prevede la legge. (Notare che la legge recita "parità nel lavoro" e non in qualsiasi campo, ma questo nessuna lo ha rimarcato, né allora né ora).

L'"azione positiva" di Livia Turco non passò, per il poco elegante accostamento fra partiti, soldi e donne. È trionfalmente passata, invece, quella di Tina Anselmi che, al contrario, separava l'immagine della donna che fa politica dalla volgarità della politica corrente. Ma lo schema è lo stesso.

Aiuto!

Così dunque l'Italia, pian piano, va coprendosi di circolari, di direttive, di commissioni, di consiglieri/e e di esperti/e, di progetti, di riunioni, di delibere, di relazioni, di convegni, di corsi, di dispense e di schede, di centri, di coordinamenti, di inchieste, di statistiche, tutte e tutti pagati per promuovere le P.O. (= pari opportunità). Ma di fatto, stante che queste P.O. fra uomo e donna sono qualcosa di inafferrabile, tutte e tutti impegnati a rafforzare l'immagine del sesso femminile come eternamente in credito di giustizia e di valorizzazione nei confronti dell'altro.

Sinceramente, non ho dubbi sul giudizio da dare di questo fenomeno. Penso che lo Stato femminista sia, per la libertà femminile, quello che fu lo Stato comunista per la libertà delle classi lavoratrici: una tomba. Quello che, ragionando sui paesi comunisti, è stato detto dello Stato che si mangia ogni umanità, vale, in sostanza, anche nel nostro caso. La

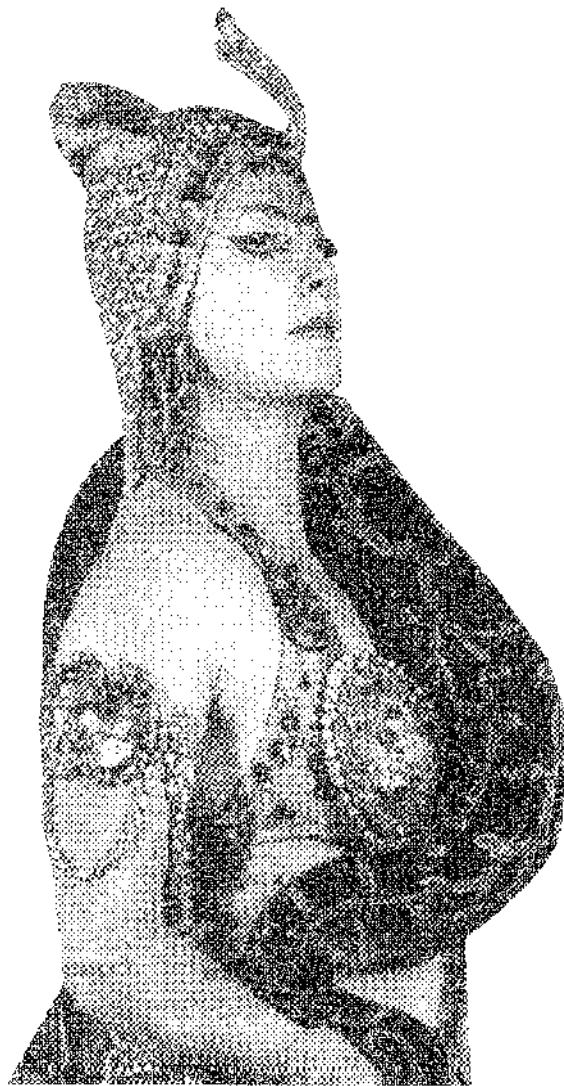
mostruosità dei regimi socialisti non era nell'apparato repressivo (sono caduti così facilmente ...) ma nella pretesa di realizzare la libertà umana a forza di circolari, di commissioni, di direttive ... Tanti ci hanno creduto in buona fede ed è stato ancor peggio.

"Conoscono il loro valore"

Detto questo, niente è risolto. In politica, infatti, come nella vita, il solo modo di evitare le strade sbagliate, è di trovare quella giusta. O quelle giuste, ma raramente, purtroppo, ve n'è più d'una. Il problema è che il femminismo, che pure ha fatto intendere il senso anche politico della differenza sessuale, non ha però ancora inciso sul rapporto spontaneo della maggioranza delle donne con la "cosa pubblica", rapporto oscillante fra dipendenza ed estraneità. Di conseguenza, come annota la giurista Catharine A. MacKinnon nel suo saggio *Per una teoria femminista dello stato*, le femministe oscillano tra fare dello Stato lo strumento per

migliorare l'esistente (senza considerare che lo Stato non è neutro, ma maschile), o rinunciare a ogni dimensione pubblica del loro agire. Un atteggiamento "schizoide", lo definisce la MacKinnon, per cui lo Stato e la legge sono visti, al tempo stesso, come onnipotenti e impotenti. È un'analisi valida anche per il nostro paese. Quando, ormai parecchi anni fa, Mariri Martinengo, della Libreria delle donne di Milano, propose di portare la differenza sessuale nell'aggiornamento professionale delle insegnanti, ricordo che molte reagirono negativamente: non ci si doveva immischiare con le "istituzioni". Magari adesso le stesse sono coinvolte nel femminismo di Stato. Non è incoerenza: è l'oscillazione che dice la MacKinnon, e il problema, dunque, non è costituito tanto dal femminismo di Stato, quanto della stretta fra la mediazione dello Stato, da una parte, e il separatismo statico, dall'altra.

Come superarla? La risposta, secondo me, va cercata, prima che nella testa, nella realtà: intendo, la realtà che sta cambiando nel senso desiderato, di una creazione di mondo grazie a mediazioni femminili. Perché infatti una simile realtà già esiste e parla, purché apriamo occhi e orecchie. Penso, per esempio, alle donne della ex Jugoslavia riunite ad Ariccia, donne "diverse per Stato, nazione, etnia, lingua, cultura, credo religioso, convinzione politica, collocazione sociale" (*Il Paese Delle Donne* V, 21-23) ma capaci di parlarsi nell'interesse della pace e di tutti; penso a Terry Broome, l'ex fotomodella che nel 1984 uccise un uomo e nel carcere, aiutata da detenute politiche, si è



interiormente rinnovata; penso alla fiera Anita Hill, che ha perduto lo scontro contingente con il giudice Thomas (scontro impostato su una logica di suo perdente), ma ha vinto il confronto simbolico con l'apparato del potere maschile; penso alle parole della direttrice di una mensa operaia: "Qui lo vediamo tutti i giorni: le donne sono cambiate. Continuano a sostenere il peso maggiore della vita di famiglia, ma mentre un tempo erano poco consapevoli, adesso lo sanno e conoscono il loro valore" (*La Voce Dei Berici* 23/2/92); penso a quella cooperativa di Verona le cui socie hanno congedato la direzione maschile per salvaguardare l'autonomia del loro impegno sociale (*Il Nuovo Veronese* 2/2/92).

Fare la parte giusta

In questi e altri simili fatti, c'è un nuovo che mi viene da descrivere come uno spostamento di senso e di valore: dal potere con la sua logica e i suoi simboli, alle persone in carne ed ossa. Su *Via Dogana* 4, Vita Cosentino ha dato il nome secondo me giusto a questo spostamento: "il massimo di autorità con il minimo di potere". Lo spostamento che io dico, infatti, non separa autorità e potere, che forse non sono separabili, ma cambia le rispettive parti così che possiamo agire con la più grande efficacia e il minimo di coinvolgimento nella logica del potere. Non per moralismo, ma perché il potere è un mercato in cui tutto si scambia con tutto, e la cosa più riconoscibile è il più o meno di potere posseduto, mentre a noi sta a cuore il significato libero e la visibilità della differenza femminile, pena la nostra cancellazione.

D'altra parte, il "minimo" non è uguale a niente. Il "minimo" è qualcosa, e non da poco: è la parte di potere necessaria e sufficiente all'esistenza sociale libera delle donne.

(L'articolo di Luisa Muraro è stato pubblicato nel giugno 92 sul numero 5 della rivista *Via Dogana* edita dalla Libreria delle Donne, Milano.)

L'abbonamento annuale a *Via Dogana* per l'Italia costa 40.000 lire, per l'estero 60.000 lire, da versare sul c/c postale 26601203, intestato a Circolo cooperativo delle donne "Sibilla Aleramo", via Dogana 2, 20123 Milano.



È tornata alla grande la regina del rock'n'roll di fine millennio. Polly Jean Harvey ha regalato a noi comuni mortali la terza gemma nel giro di quattro anni pubblicando il febbraio scorso il suo ultimo album "To Bring You My Love". Uno di quei dischi che si ascoltano volentieri la notte, nelle giornate di pioggia o la domenica pomeriggio. Prende allo stomaco. Le canzoni ti entrano in testa, non ti mollano. Perché, al di là dell'evidente complessità di testi e musiche, la singer inglese riesce comunque a costruire giri melodici accattivanti, capaci di diventare un tormentone già al primo ascolto.

Nel segno di P. J. P. J. Harvey – "To Bring you My Love" (1995 Island Records Ltd.)

Una personalità vulcanica, P. J.: scrittrice, fotografa, musicista. La Harvey è un nullo compressore che macina idee, canzoni, immagini con una facilità impressionante. Conclusa la collaborazione con Steve Albini (Black Flag, Pixies) che aveva prodotto il suo penultimo disco "Kid of me" (1993), la cantante di Yeovil ha abbandonato gli arrangiamenti troppo duri alla ricerca di una strada accessibile anche ad un pubblico più vasto. La produzione del disco, oltre che dalla stessa P. J., è stata curata da Flood (U2, Nine Inch Nails) e da John Parish, geniale polistrumentista che suona in diversi brani. Tra i musicisti che accompagnano P. J. troviamo anche il chitarrista americano Joe Gore, già collaboratore di Tom Waits, e Mick Harvey. (Bad Seeds). Le dieci canzoni scorrono via liscie liscie: non ci sono orpelli, barocchismi, ricerche tecnologiche. Ogni tanto un violino in più, un colpo d'organo. Tutto qui. P. J. è sobria. È la dimostrazione che si può ancora inventare qualcosa con una formazione minimale: chitarra, basso e batteria. Bellissime "Working For

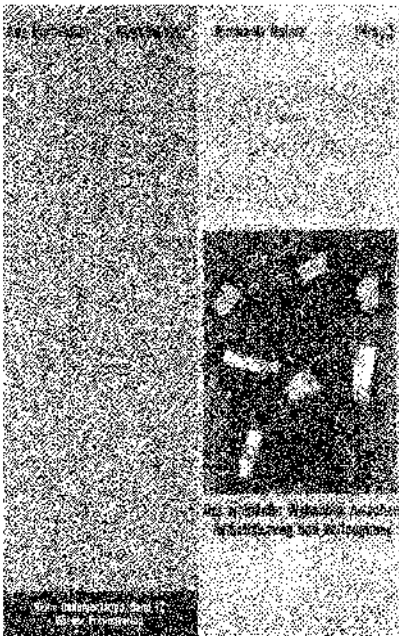
The Man", "C'mon Billy", "Isolo" e il brano-trabito (uscito anche come singolo) "Down by The Water".

La voce rimane comunque ansiosa e inquietante come nei precedenti "Dry" (1992) e "Ride of Me" (1993); ma sbaglia chi definisce Polly una sorta di Nick Cave in gonnella. P. J. è un fenomeno a sé stante. Troppo importante per il rock di questo decennio per essere liquidata con definizioni semplicistiche. La copertina dell'album, come al solito, è raffinatissima. C'è lei con la sua bellezza quasi anoressica, stretta in un completino di colore rosso, la chioma corvina sciolta sulle spalle e, ovunque, acqua e velluto. Velluto rosso e verde. I testi non vengono riportati, perché – dice Polly – dal mio pubblico pretendo un'attenzione totale. Tradotto: chi mi ama deve ascoltarmi senza farsi distrarre da nulla.

Discografia:

Dry (1992) Island; Ride of Me (1993) – Island; To Bring you My Love (1995) – Island.

Luca Fregona



„Pathos – Psychose – Pathologie. Der weibliche Wahnsinn zwischen Ästhetisierung und Verleugnung.“

Hrsgb.: Eva Bertoluzza, Martina Gitzl & Michaela Ralsler.
Reihe Dokumentation,
Band 12. Wiener Frauenverlag: Wien 1994

chen, Sich-selbst-einbringen und -thematisieren derer, von denen sonst üblicherweise der Diskurs handelt und um die er zirkuliert. Da offenbart sich durch das eigene Sprechen der psychiatriegeschädigten Frauen, durch das Erzählen und Aufschlüsseln ihrer je eigenen Erfahrungen, Verarbeitungen und ihrer verschiedenen Leid- und mühevollen und immer wieder auch widersprüchlichen Versuche, sich in ein Überleben zu retten, vieles von dem, was (mit) ihnen durch die Diskursivierung, Disziplinierung und Pathologisierung geschah und geschieht.

Da referieren feministische Theoretikerinnen in ebenso anschlussreicher Weise zum in ständiger Wandlung begriffenen Geschlechterverhältnis, weisen auf die Manipulationsströme vergangener und gegenwärtiger wissenschaftlicher wie technologischer Fortpflanzungs-, Kommunikations- und Informations-Entwicklungen hin und zeigen einiges von dem auf, was sich als Utopie nun weiter in Umsetzung befindet; wie sich gesellschaftliche Umwälzungen darin manifestieren,

wie sie bewirkt werden bzw. wie diese wirken und insbesondere auch, wie die Geschlechter und das Geschlechterverhältnis in diesen Prozessen immer weiterer Umwandlung unterworfen werden.

Und da zeigen Praktikerinnen auf, was sich entlang der Theorie und Diskursivierung von real erlebtem Leid und real erlebter Not konstituiert, wie sie damit umgehen und umzugehen versuchen, wie ihre konkrete Arbeit mit verrückenden und von Psychiatrisierung betroffenen Frauen sich gestaltet und von woher sich Schwierigkeiten in der Arbeit herausbilden (e)n.

Schließlich wird da anerkennenswerterweise der Versuch eines Miteinander-Sprechens unternommen, der gerade innerhalb universitärer wissenschaftlicher und öffentlicher Strukturen und Diskurse Sachzwängen oder anderen, manchmal quasi unanteriorfragbaren und sich so immer weiter potenziierenden, Logiken unterworfen wird. Deutlich wird dabei, wie schwer es ist, sich über die Kluft zwischen Theorie und Praxis und dem, was das

Sowohl das im Juni 1993 an der Alten Universität in Innsbruck stattgefundene Symposium wie das aus dem dort gehaltenen Referat und Workshops zusammengesetzte und im Herbst '94 erschienene Fachbuch mit dem gleichnamigen – und gleichsam provokanten wie diskursdurchkreuzenden – Titel „Pathos – Psychose – Pathologie“ beinhaltet(e) ein sehr Vielfältiges: da geschieht nicht nur das Sprechen über ..., sondern das Mitspre-

Selbst-ergriffen-sein, das Verrückten bewirkt und beinhaltet, im Sprechen und Handeln verständlich zu machen und den Versuch einer wechselseitigen Annäherung aufrechtzuhalten.

„Nicht neue Verrücktheiten wollen wir orten, nicht genaue und bessere Beschreibungen liefern, nicht schöne Worte finden, die Sprache der Verrücktheit zu erklären, sondern uns auf eine Zeitanalyse einlassen und die gesellschaftlichen Verhältnisse auf ihre Produktion von Verrücktheiten, vor allem aber auf die ihnen selbst innewohnenden Verrücktheiten befragen“, schreiben die Herausgeberinnen. Nahelegend ist, daß es sich dabei auch und insbesondere um das Geschlechterverhältnis und seine Wandlungen entlang der abendländischen Geschichte handelt, um die verschiedenen Konstruktionen zu Geschlecht und – imaginiertem wie real werdendem und schließlich realem – Geschlechtscharakter (mit all ihren „krank“machenden Implikationen), um die Zuschreibungen von männlich und weiblich sowie insbesondere um Gesundheits- und Krankheitsnormen und die ihnen innewohnenden geschlechtsspezifischen Prämissen und Zuordnungen.

„Um zu sehen, wie es dazu kam, daß die Frau und der Wahnsinn ein Synonym geworden sind, der Wahnsinn von einem Ereignis zu einer Krankheit wurde, und daß die Geschichte der Moderne eine Geschichte der Ausgrenzung und Grenzziehung ist zwischen dem *einen Mann* und der *anderen Frau*, zwischen Vernunft und Wahnsinn, müssen wir ein Stück zurück in die Geschichte gehen und werden erkennen, daß vieles von dem, was für die Moderne noch konstitutiv war, heute in Auflösung begriffen ist“, schreiben die Herausgeberinnen in ihrem Aufsatz: „Der weibliche Wahnsinn zwischen Ästhetisierung und Verleugnung.“ Und in ihrem Vorwort weisen sie auf gegenwärtige Ausformungen und Entwicklungen: „Die Gegenwartsanalyse befördert Auflösungsprozesse zutage, die in letzter Konsequenz die Erbringung der Frau vollziehen. So wird die Aufhebung der Geschlechterdifferenz, die zunehmende Angleichung der geschlechtsdifferenzierten Körper aneinander technisch eifrig betrieben, wobei die Lebensentscheidung bereits völlig abgekoppelt von der Frau vollzogen werden kann. Diesen Auflösungen, Umordnungen und Technologisierungen ist der erste Teil des Buches gewidmet“; so schreibt Maria Wolf unter dem Titel „Psychose now?“ über „Entgrenzungsdynamiken in der postmodernen Geschlechterbeziehung“ und Jutta Anna Kleber schreibt einen Beitrag mit dem Titel „Nach dem Körper: Virtuelle Frequenzen des Seins?“ Zur Esoterik des Weiblichen nach der Geschlechterdifferenz.“

Die Gedichte von Waltraud Haas zwi-

schen diesen theoretischen Reflexionen holen zurück in das nahe Erleben von Frau(en) und bewirken ein Rückfragen zum Eigenen. Sie ermöglichen den Versuch eines Zugangs zum Erleben der Schreibenden. Das geschieht auch bei den Berichten der anderen Frauen, die von sich selbst ausgehend mittels ihres Erzählens den Zugang für ein Verstehen öffnen. Interessant am Symposium war und ist entlang der verschiedenen Ausführungen im Buch gerade, daß es nicht streng und eng von Psychiatrie und Pathologisierung handelt(e), sondern deren Diskurse und Strategien durchkreuzt und überschritten werden mittels einer aufschlußreichen und sinnvollen Betrachtung: indem das Geschlechterverhältnis, das Denken und die Erfahrungen des Geschlechts wie Menschseins selbst ein zentrales Merkmal bilden für die Analyse und für ein Kenntlichmachen der vielerlei Zugriffe und Eingriffe in weibliche Existenz und der vielerlei Disziplinierungsweisen, Angleichungs- und Differenzierungsformen – aus denen heraus „Pathologie“ sich dann quasi zwangsläufig entwickeln muß, um dann als solche wiederum unterworfen zu werden. Deutlich wird: Unterwerfung löst sich nicht auf, sondern es verändert(e)n sich die Unterwerfungsstrategien – nach wie vor aber sollen diese, wenn schon nicht unsichtbar und unspürbar, so doch zumindest unantastbar bleiben.

Schon über lange Zeit hinweg geschah und geschieht Stigmatisierung und Ausgrenzung und das Einsperren der Frauen in psychiatrischen Anstalten als wirkungsvollstes Instrument ihrer Unterwerfung. Jedoch bedeuten Auflösungserscheinungen psychiatrischer Einrichtungen und Anstalten nicht die gleichzeitige Auflösung ihrer Diskurse, Vorgaben und Wirkungsweisen. Im Gegenteil: sie kündigen, wenn, davon, daß Internierung als Disziplinierungsverfahren nicht mehr unbedingt vonnöten ist, eben weil sich Diskurse wie Praktiken im allerorts frei bewegendürfen/ sollen und sich die Orte und Zeichen des Gesellschaftlichen bereits als Disziplinierungsstrukturen bestens eignen.

Und so weist beispielsweise Monika Pelz in ihrem Aufsatz „Himmliche Rosen – höllische Neurosen“ auf die „Medikamentierung von Frauen“ als „Fortsetzung der patriarchalen Herrschaft mit anderen Mitteln“, analysiert entlang von Leid- und Angsterfahrungen von Frauen deren Hintergründe und gesellschaftliche Vorgaben und macht weitere Formen der patriarchalen Zurichtung von weiblicher Existenz sichtbar.

Johanna Beglinger beschäftigt sich unter dem Titel „Von der Antipsychiatrie zur Statt-Psychiatrie“ mit den Fragen: „wel-

che Wege hat die Antipsychiatrie eingeschlagen, wie hat sie sich weiterentwickelt? Wo gingen ihr die Frauen verloren?“ und zeigt „neue Wege und Orte einer Bewegung ohne Pechleute“ auf; sie zitiert in ihre Kritik zu Antipsychiatrie dabei u.a. Simone de Beauvoir mit dem für die Frauenproblematik sehr treffenden Satz: „Grundsätzlich ist auch Antipsychiatrie immer noch Psychiatrie und antwortet nicht auf die spezifischen Probleme von Frauen“.

Von ihrem Projekt berichten dann Eleonore Ernst und Susanne Brätter von der „Irenoffensive Berlin“, Klara Hoeselhaus vom „Weglaufhaus Berlin“ unter dem vielversprechenden Titel „Die Abschaffung der Psychiatrie fängt im Frauenkopf an“ und Chris Althaler, Barbara Lauss und Heidi Zwerfler vom „Verein für psychiatrische Nachsorgeeinrichtungen Liaz“; die Projektfrauen haben beim Symposium einen Workshop abgehalten. Erna Tillema und Anne de Vries berichten vom „Frauenprojekt de Helse Hex Amsterdam“, das inzwischen aufgrund verschiedener widriger Umstände eingestellt werden mußte.

Das Buch bietet also vieles: Theoretisches, praxisbezogene Reflexionen und Erfahrungsberichte, bietet das, was im Symposium anhand von Vorträgen und Workshops mitzudenken und mitzugestalten möglich war. Über „Angst als Schlüsselmoment für neue Verrücktheiten“ von Gudrun Perko kann anhand der Lektüre ebenso nach- und mitgedacht werden wie zur „Macht der Gesundheit“ von Margit Hahn. Aus- und Einblicke werden vielerlei geboten, und so kann das Referat „Das Politische wird persönlich“ von Ruth Großmaß „zum Verhältnis von Frauenbewegung und Therapie“ wie die anderen – und hier nicht zitierten – eine hilfreiche Grundlage für einen weiteren, erkannten Zugang zum eigenen Unbehagen, zu einem wohl nie ausschließbaren Verrücken, zum Durchdenken und Durchkreuzen herrschaftlicher Strukturen und vor allem auch zum Erarbeiten wie zur Anregung weiterer Gespräche und weiterem Handeln in alternativen Formen, in Arbeits- wie Frauen-Gruppen nützlich sein bzw. werden. Um auf „andere“ Köpfe Auswege als die für Frauen vorgefertigten und vorzufindenden zu kommen. Das betrifft insbesondere auch uns Frauen hier in Südtirol.

Sich selbst als Objekte und Subjekte – wie freilich dann auch zwischen Widerstand, Anpassen-müssen und Verweigern Jonglierende – gegenüber immer weiter auftauchenden, objektivierenden, nach Belieben aus- und/oder eingrenzenden wie auslöschenden herrschaftlichen Diskursen zu begegnen, ist etwas Unersätliches im weibli-

chen Erfahrungs- und Erkenntnisprozess und verändert die eigenen Handlungsmotive und Handlungen. Uneläblich ist es gerade deshalb, weil sich die Konstituierung von „Wahnsinn“, von Vernichten im Alltags vollzieht, und weil sich die Psychiatrien als Herrschaftsstruktur immer weiter auflösen und ihre Disziplinierungs- und Diskurspraktiken nach allen Richtungen und in alle Bedeutungsfelder sozialen Lebens hin verströmen. Darauf deutet insbesondere die Durchpsychologisierung – und – pathologisierung des Alltags und der ständige Verweis auf Psychologen, Therapeuten und Medizin ebenso wie das Anschwellen psychologischer und medizinischer Praxen und Praktiken und die dadurch immer tiefer in die Bewußt- wie eben auch Unbewußtseinssebenen menschlicher Existenz drängende und ergreifende Normierung; dies alles hat in den letzten beiden Jahrzehnten eine ungeheure Beschleunigung erfahren. Überbordende Ratgeberinnenliteratur und Esoterikliteratur flankieren und stützen den Psychoboom ebenso wie werbende Vorführung und Heilsversprechen. Es gilt also, mittels Erkennen dies zu durchkreuzen und der darin verborgenen Suggestion und Suggestivkraft sich möglichst zu entziehen.

Die in diesem Buch enthaltenen kontroversen Positionen von Theoretikerinnen, Praktikerinnen und Psychiatriebetroffenen sind ein wichtiger, anregender und aufschlußreicher Bestandteil dieses Buches: sie geben gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Konflikthaftigkeit wider. So meint u.a. Klara Heselhaus vom Weglauffhaus Berlin in der Textcollage „Kontroversen im Gespräch“: „Ich siedle mich bei der Bewegung der Psychiatrieüberlebenden an; im Unterschied dazu zählen zur Antipsychiatriebewegung auch Psychiaterinnen, deren Ausgangslage eine gesellschaftlich anerkannte ist, während wir darum kämpfen, als glaubwürdig zu gelten. In der bürgerlichen Frauenbewegung wurden die Ursachen von Vernichtetwerden zwar analysiert, aber sie bot keinen

Platz für psychiatrisierte Frauen. Sie wurden weiterhin als Objekte behandelt und nicht als gleichwertige Frauen mit Oewalterfahrung ...“

Abschließend meine ich mit Polina Hüvenbeck: „Ich sehe die Absicht der Veranstalterinnen als eine sehr ehrliche und engagierte, nämlich, auseinanderdriftende Diskurse und Wirklichkeiten wieder zusammenzuführen. Daß die Kluft allerdings so groß ist, hat wohl viele überrascht, auch mich. Ich glaube, die Zusammenarbeit und das Gespräch zwischen Psychiatrie- und Psychoseerfahrenen, Praktikerinnen und Wissenschaftlerinnen müssen erst wieder beginnen, und es wird Jahre und nicht ein Wochenende dauern.“ Das vorliegende Buch dürfte dazu sehr hilfreich sein.

Fine – pardon, länger! – Randanmerkung zur „Geschichte“ des Symposiums noch: Die SH konnte dieses schon im Vorfeld vielversprechende Tagungsprojekt mangels ausreichender Mittel nur ideell stützen, obwohl die Organisatorinnen allesamt Südtirolerinnen sind und auch in Zusammenarbeit mit der SH sehr engagiert tätig waren – so in der Autonomen Frauengruppe der Innsbrucker SH und/oder im Vorstand der SH. Anlässlich des Finanzierungsbedarfs dieses thematischen und inhaltlich anspruchsvollen Frauensymposiums an der Älten Universität in Innsbruck suchten deren Projektleiterinnen (sie sind auch Herausgeberinnen dieses Buches) deshalb dann mit idoller Unterstützung der SH beim Landesbeirat zur Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen Mann und Frau um einen finanziellen Beitrag an; die Landesregierung verwarf jedoch den Bescheid des Beirates bzw. das Ansuchen „als nicht förderungswürdig“, d. h. sie lehnte die Gewährung eines Beitrages ab. So schlicht, so einfach. Was allerdings in der Folge noch ergreifender war: als die SH einen schriftlichen Protest dazu an die Adresse des Beirates – an den das Ansuchen gegangen war – und öffentlich abgab, brüskierte sich das

Beiratsskretariat über den Protest – nicht etwa, wie es naheliegender gewesen wäre, über die Vorfahrenweisen der Landesregierung gegenüber Beiratsbeschlüssen¹. Das eine wie das andere ist eben auch Herrschaftspolitik hierzulande. Daß treiblich und letztlich Frauen aus verschiedenen Institutionen dann der anregend werbenden Einladung zu einem intensiven Tagungsprogramm entgegenkamen und interessiert teilnahmen, war umso mehr als ihr persönliches Interesse an „anderer“ und anregender Weiterbildung zu begrüßen. Und so gab's dann eben von Seiten der Herausgeberinnen weder den öffentlich und institutionalisiert zusammengeschlossenen Frauen hierzulande noch der Südtiroler Landesregierung zu danken. Letztere wird wissen, warum; und: Tatsachen wie Machtspiele und –verstrickungen sprechen für sich. Womit wir wieder beim Thema sind: Pathos, Psychose, Pathologie.

Und umso sinnvoller wird es, sich den gesellschaftlichen und implizit politischen Formen und Wirkungen anhand dieses Buches zu nähern. Assoziationen ergeben sich für jede Frau und auf je eigene Weise und entlang eigener Erfahrung dann von selbst, insbesondere hierzulande, wo es weder alternative Projekte oder Konzepte noch Analysen mit geschlechtsspezifischen Ansatz zum Zusammenhang von Psychiatisierung, Geschlecht und Geschlechterverhältnis gibt. Anregen kann dieses Buch daher zur Selbsthilfe, zu gemeinschaftlicher Lektüre, gemeinsamer wie individueller Reflexion von Alltagsleben und, daraus erwachsend, zu anderem Handeln.

Meilita Pitschi

1 vergleiche dazu meinen Text „Von leisen Hoffnungen, vielerlei Wünschen und großen Erwartungen zur gesetz-ten Wirklichkeit. Aufschreibungen zu einem Austritt oder: Querschnittanalyse einer Arbeit“, der auf der SH aufliegt oder dort bezogen werden kann.

Suleiman, Susan Rubin: „Subversive Intent – Gender, Politics, and the Avant-Garde.“ Harvard University Press; Cambridge, Massachusetts, London 1990

Susan Rubin Suleiman ist Professorin für Romanische Sprachen und Komparatistik an der Harvard University. 1990 erschien ihr Buch „Subversive Intent – Gender, Politics, and the Avant-Garde“, das einen der interessantesten und auch verständlichsten Beiträge zur französischen feministischen Literaturforschung ist. In einer Ära, die man nur mehr mit dem Post-Zusatz zu definieren weiß – postmodern,

postfreudianisch, postfeministisch – scheint der Begriff Avantgarde längst abgehakt und mit dem Etikett Ende versehen. Zwischen Avantgarde und nachfolgenden Strömungen gibt es aber auch enge Verbindungspunkte, wie die Autorin aufzuzeigen weiß.

Vier Bewegungen oder Momente in der gegenwärtigen französischen Diskussion – die Psychoanalyse Lacans, Dekonstruktio-

vismus, Feminismus und Postmoderne – bilden die Achse, um die ihre Essays kreisen. Wichtig und interessant dabei ist, daß nicht die verschiedenen Theorien im Vordergrund stehen, nicht trocken und schrecklich langweilig versucht wird, eine unüberschaubare Menge von Wissen anzubringen, sondern von konkreten Beispielen und von Fragen ausgegangen wird, die sich der/die RezipientIn stellt. Bücher, wie z.B. jene von Hélène Cixous oder Monique Wittig, können ohne eine bestimmte Information über die Hintergrunddiskussion kaum mehr gelesen werden, oder aber sie erreichen nicht ihr Ziel. Suleiman vermittelt diese Informa-

tion in klarer Terminologie, ohne dabei in Nebensächliches und Überflüssiges abzugleiten, ohne aber auch in starre Interpretationsmodelle und Erklärungsmuster zu verfallen, die gerade bei genannten Autorinnen völlig fehl am Platze wären. Sie versteht es, einen guten Überblick zu geben, geht dabei aber nur so weit, daß man den Finstieg schafft; der Texten selbst wird sowohl das Recht auf Schweigen als auch ihre Verweigerung zu Aufschlüsselung zugestanden. Worin sich ihr Buch noch und vor allem von vielen anderen, sich mit der Theorie der Avantgarde beschäftigenden unterscheidet, ist die Einführung der Kategorie der Geschlechterdifferenz und ihrer Macht- und Herrschaftsstrukturen in die theoretische Diskussion. In einer klar angelegten, näheren Untersuchung von Werken von André Breton, Alain Robbe-Grillet und Georges Bataille gelingt es

Sulziman, eine bisher vernachlässigte Dimension in – von Männern fabrizierten – avantgardistischen Werken aufzudecken, eine Dimension die mit patriarchalen Machtstrukturen und der bewußten oder unbewußten Degradierung des weiblichen Körpers zur Metapher zu tun hat. Eine der ersten Bewegungen, in der die Avantgarde zu einer ihrer tiefsten Ausdrucksformen kam, ist der Surrealismus. Es ist wohl bezeichnend, daß hier das Miteinander der Frau Hand in Hand geht mit einer Aufwertung von Themen und Gruppen, die am Rande der Gesellschaft stehen, mit einer Aufwertung der unbewußten, dunklen Regionen des menschlichen Geistes, des Traumes, des Naiven und Verrückten – Randzonen, in die die Frau sowieso schon seit jeher abgedrängt worden war. Feministische Literaturtheorie oder ganz einfach auch jede Frau, die schreibt, stellt

sich die Frage, wie mit Texten der Vergangenheit, mit der Sprache eines patriarchalen Systems umgegangen werden soll, wie und wodurch ein Denken und Schreiben in binären Oppositionen ersetzt werden kann,

wie schließlich eine neue eigene Sprache gefunden und gelebt werden kann. In Sulzimans Essays ist diese Suche und die Frage nach dem Platz der Frau zentral, ein Platz, den sie sich ständig erkämpfen muß, um nicht zum Bild, zur Metapher, zur Muse oder Schülerin degradiert zu werden. Zum Schluß sei noch betont, daß auch die Tatsache, daß das Buch in englischer Sprache erschienen ist und noch keine deutsche Übersetzung vorliegt, niemanden abschrecken sollte – die wenig Anstrengung hat es verdient!

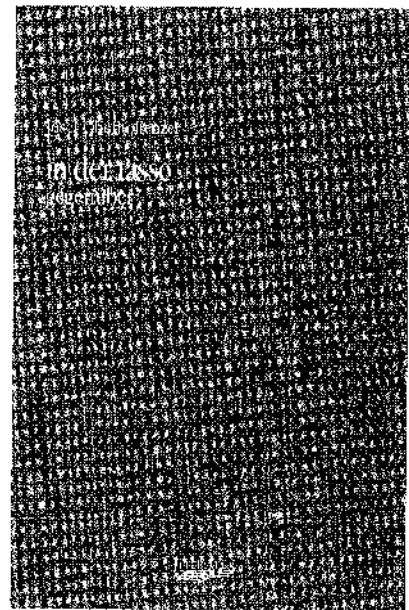
Bettina Fleischmann

Josef Oberhollenzer: „In der Tasse gegenüber“. edition sturzflüge

Herrschaftszeitn nou amoi inni, iatz schreib i de Rezension schun zan dritin Mol und bin offeweil nou nit zufriedn. Draußn scheint noch an dreitegign Friafohrwinter mit Schnea und Kelt wiedr di Sunn, und i will außi. Imecht des iatz cadlich hinter mi bringen. Des konn decht nit sein, daß a simple Rezension sich zu sou a Schwargeburt auswochst. I will enkjo eigentlich lei sogn, daß in der „edition sturzflüge“ vor kurzna a Buach von Josef Oberhollenzer außerkemmen isch. Es hoast „In der Tasse gegenüber“ und isch - mit zwou Wort - unfoch guat. Drin stiahn „Geschichten und Gedichte“ aus die jeschtn 15 Johr; a bißi ernscht, a bißi zan Lochn, obr af jedn Foll fein zu lesn und guat fürs Hirn. Es follt auf, daß der Autor Spaß drun hot, mit der Sproch zu spielen, Satz zu derbrosln und nu zuzumzusetzen, Rhythmen zu schoffn. Deswegen isch es a guate Idee, daß zu den Buach a Kassett derzuehgart, af der der Josef Oberhollenzer

selber seine Texte lest. I tat behauptu, sou wie er kriag des kuaner zommt (z. B. „Heimatgedichte“), und weil er ausgesprochn guat vorlest, isch es fir mi oim a groaßer Genuß, de Kassett anzulause. Af der B-Seit spielen Südtiroler Musikgruppen ihre Vertonungen von a paar Texte von Oberhollenzer. Mir selber hobn zwar a „schace gedicht“ von die Stiff blind und „nature morte“ von „Oskar und die Mysterien der bulgarischen Syntax“ recht guat gfoln, und der Rescht nit sou bsunders, ober i bin schließlic a Musikbanaasin. Leit mit a bißi an rockig - avantgardischtische Musikschmock were sicher hellauf begeistert sein.

Damit es enk untern Josef Oberhollenzer wirklich eppes vorstelln kenn, miaßt's lei selber lesn und lousn. Mit meine drei Satzlen isch's sicher nit getun, obr i hon iatz meine Pflicht erfüllt (= Rezension gschribn), und deswegn konn i außjiahn



und mi in die Sunn setzn und lesn. Josef Oberhollenzer, was a sunscht.

Irene Senfter

„etwas besseres als europa“ (gash 358 austro mechana – 1994)

Auch wenn wir etwas spät auf diese CD aufmerksam geworden sind, gebieten uns sowohl ihr ideologischer als auch ihr musikalischer Gehalt, sie dennoch – woun auch, was ihr eigentliches Ziel anlangt, zu spät – zu besprechen, denn wir sind fest davon überzeugt, daß man, ganz egal wie die Volksbefragung zur EU in Österreich ausgefallen ist und ganz egal, wie man selbst zum Thema Europa steht, es so halter muß,

wie Gerold Ficker, Redakteur der Zeitschrift EKG (Europa-Kardiogramm), im Begleittext zur CD schreibt (siehe Zitat weiter unten im Text). Bei dieser CD gilt es nämlich, mehr Worte über den ideologischen Gehalt zu verlieren als über ihren musikalischen Inhalt – der durchaus auch nicht zu verachten ist, wohlgemerkt! (Aber dazu später.) Und wer könnte besser über die Motivation, die dieser Sampler verfolgt, sprechen, als



die beiden, die für dessen Zustandekommen verantwortlich sind: Christof Kurzmann von „The Moze Extended Versions“ und Markus Binder von „Aitwenger“.

Zur Message: „Wir (d.h. die Summe aller Mitwirkenden und Ausführenden dieser CD) wollen nicht vereinnahmt werden“, wie Christof Kurzmann im Begleittext zur CD schreibt. „Nicht von einem immer dichter gewobenen Netz internationaler Konzerne und einem pyramisierenden Kapital. Nicht von einem Verbund privater (lobbyistischer) und öffentlicher (staatlich-unrechtlicher) gleichgeschalteter und wertenormierter Medien, nicht von einem Arbeits- und Wohnungsmarkt, der uns mehr und mehr in Nischen zwingt, die kleiner und kleiner werden. Wir wollen weiterhin in diesem „Falschen“ unser „Richtigstes“ versuchen. Auch wenn selbst das schon das Falscheste alles Richtigsten ist. (...) Wir wollen uns nicht verkaufen wie Friedensrich, wir wollen nicht vergessen

wie Kurt, wir wollen uns nicht beschäftigen lassen wie Jörg, wir wollen nicht krank werden wie Alois, und wir wollen nicht sterben wie Kurt. Wir wollen aber auch nicht herrschen wie Adolf, (...) [Wir wollten] (...) allen (...) noch einmal ein Überdenken einer Position zum Projekt Europa ermöglichen“ (Christof Kurzmann).

Nun ist die Volksbefragung in Österreich zwar schon gelaufen, und wir alle wissen um ihr Ergebnis Bescheid, doch die Aktualität der Frage nach etwas Besserem als dieses Europa sein kann, ist dadurch durchaus nicht geringer geworden – weder für die Mitwirkenden an dieser CD noch für all die EU-BefürworterInnen, die für das Ergebnis des 12. Juni 1994 verantwortlich sind, denn ...: „Mit dem 12. Juni ist die Sache allerdings nicht gelaufen, wie immer das Ergebnis auch aussieht. Die Auseinandersetzungen für Solidarität und Welttoffenheit und gegen den Nationalismus der Führer und ihrer superstaatlichen Gegenspieler

sind damit nicht entschieden. Die Kritik an der Integrationspolitik der Europäischen Union ist eine Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Denn diese ist so sehr Realität, wie die Nation keine Alternative ist.“ (Gerold Ecker). Zur Musik: Nun, was soll ich anderes sagen, als daß sie GUT ist, stellt sie doch eine Sammlung von 19 Bands und Interpreten der österreichischen Underground-Szene abseits des Ö3-gepushten „Austropop“- Surmpfes der 77 Minuten Musik für öS 180,-. Und was zählt, ist ja die Message, und etwas *besseres als Europa* bleibt über die EU-Absämnung hinaus ein akustisches Mahnmal gegen jeglichen Allmachtsanspruch“ (FKC). Im übrigen glaube ich, die Mediaprint muß zerschlagen werden. Übrigens: Der Reinerlös der CD ergeht an „Kritische Europa Informationer – Eurowatch“ Schoitengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Tel. 0643/1/5351106, Fax 0043/1/5327416; that's all!

Markus Mascelli

My home is my castle Gert Selle: „Die eigenen vier Wände – Zur verborgenen Geschichte des Wohnens“, Campus Verlag/Frankfurt 1993, 224 Seiten, ca. 39.000,- Lire



Ein altes Sprichwort sagt: „Zeige mir wie du wohnst und ich sage dir wer du bist!“. Unser trautes Heim dient vielfach als Spiegel des Selbst. Ein Streifzug durch die mehr oder weniger intimen alltäglichen Wohnbereiche des menschlichen Individuums wird also zu einem Trip ins individuelle Unterbewußte – möchte man meinen.

Gert Selle, Professor für Kunstpädagogik an der Uni Oldenburg zeigt, daß unsere Wohnformen weit weniger individuell

sind als gemeinhin angenommen wird: „Wohnen ist konservativ“, ungeachtet aller „jugendlichen Moden, schrillen Accessoires und demonstrativen Gesten zweifelhafter Lifestyle-Modernität.“ Am äußeren Erscheinungsbild habe sich – laut Selle – manches geändert, am inneren Bild des Wohnens übermische die Konstanz. So blöd es auch klingen mag: Ein Stuhl ist und bleibt ein Stuhl, so abenteuerlich er auch geformt sein mag. Dies wirkt so ernüchternd wie fesselnd zugleich, denn diese Erkenntnis läßt die LeserInnen in Bereiche vordringen, die sie zwar täglich betreten, aber wohl nie verstanden oder hinterfragt haben.

Selles Buch ist eine Einladung zu einem historischen Streifzug durch die Kulturgeschichte des Wohnens. Was nicht nur amüsant und spannend, sondern zudem höchst informativ ist. Gert Selle dringt wie eine neugierige hungrige Kanalaratte hinauf und bis in die Untiefen der menschlichen Psyche vor.

Das unbewußte Verlangen nach Nestwärme und Höhlendunkel ist ein Teil menschlicher Entwicklungsgeschichte. Türen und Fenster sind die Öffnungen zur Welt. Sie durchbrechen die Hauswände und sind doch gleichzeitig Grenzen. Unsere Wohnwelt grenzt uns immer von unserer Außenwelt ab. Sie ist Schutzwall und Hort gegen all das, was draußen vorgeht. Sogar die Fenster verhängen wir und auch die Gar-

dinen im 13. Stock „dienen weniger dem Lichtschutz, sondern bilden die unüberschreitbare symbolische Grenze des eigenen Drinnen zum feindlichen Draußen: sie sind der bescheidene Schutz gegen den bösen Blick der Welt.“

Das Wohnzimmer ist Zentrum der Welt. Frei Haus kommt die Welt via TV im Schnittrythmus der Kamerabilder in die kleinfamiläre Gemeinschaft. Wir sitzen im Raumschiff, schwimmen durch die Weltmeere, toten und werden getötet. Zapping ist Einsatzabenteuer und zudem sicherer – außer ein Erdbeben verschüttet uns samt unserer Fernbedienung in unserer wartungsfrei zentralbeheizten Bude. Alle Details einer Behausung werden unter die Lupe genommen und ihrer Bedeutung wird auf den Grund gegangen. Selle versucht, die zentralen Wohn- und Lebensbereiche, wie das Bad, die Feuerstelle, die Küche, die Tafel, das Lager, den Garten als gezähmtes Stück Natur, den Arbeitsplatz und die Stadt als kollektiven Wohnort anzuforschen und zu erklären. Schade allerdings, daß es (ganz lehrbuchmäßig) kaum illustratorische Elemente, sprich Bilder, gibt. Und die wenigen vorhandenen sind schlicht miserabel. Doch Abhilfe gibt es falls im nächsten Einrichtungshaar:

Wo gehr's hier zu Kika?

Alexander Larch

Fressen, ficken, fernsehen
Brinkemper, von Dadeisen, Seng: „World Media Park –
Globale Kulturvermarktung heute“, Aufbau Verlag 1993,
196 Seiten, DM 16,80; ÖS 131; Lirepreis schwankend

„Fressen, ficken, fernsehen“ hieß die Lösung vor mehr als zehn Jahren auf einer Postkarte und schon die alten Römer wußten genau was die Menschen wollten, als sie den Slogan „panem et circenses“ (Brot und Spiele) prägten. Was will mensch mehr?

Voll *abscasen*, vornehmer ausgedrückt, wachsende Kommerzialisierung heißt die Devise der medialen Traumfabrikanten. Der Schlüssel zum Erfolg: Ein Produkt – viele Einnahmequellen, durch globale Distribution und gezielte Vermarktung. Beispiele gibt es zuhauf, allen voran Filme wie „Jurassic Park“, „Terminator I – X“, „Batman“ und so weiter. Das Schema ist ungefähr das folgende: Zuerst drehen wir den Film; der kommt in die Kinos und wird ein Weiterfolg. Dann produzieren wir das Home-video und das Buch, plus den dazugehörigen Soundtrack. Alles verkauft sich prächtig, ein Produkt wirbt für das andere und umgekehrt. Die hauseigenen Medien *pushen* das ganze entsprechend und es wird der perfekte *deal*. Die Produktion des entsprechenden Game-boy Spiels läßt nicht lange auf sich warten, die Spielzeugfabrikanten freuen sich ebenso auf Lizenzrechte für verschiedenste Plastikmännchen und sonstigen Krimskrams. Hauptsache der Rubel rollt. Dann läuft der Film irgendwann im Fernsehen, oder er läßt sich via *Pay-TV* direkt abrufen und auf den heimischen Bildschirm holen. Immer gegen Bares versteht sich. Ein märchenhaftes Vermarktungspotential. Mehrere Autoren versuchen in „World Media Park“ den Konsequenzen dieser Entwicklung nachzugehen. Allerdings werden für den einigermaßen informierten, bzw. an Medien interessierten Konsumenten doch nur größere und kleinere Banalitäten, sowie auch durchaus interessante Beobachtungen zum neumatigsten Anlaß neu aufgezählt und damit zu Tode interpretiert.

Wenn die Menschheit schon, wie man warnt, auf den globalen Informations-GIAI zusteuert, dann trägt dieses Buch ebenso dazu bei. Die Herausgeber tragen somit die Erbsünde all derer im Gepäck, die sich mit der Medienthematik beschäftigen: der x-te Band zu Thema „media“ hilft nicht den allgemeinen (Daten)Überfluß zu vermeiden. Eine unvermeidliche Konsequenz, da die Autoren selbst alle im Medienbetrieb mitarbeiten und natürlich wollen alle Medien interessanter als die Realität sein.

Medien sind natürlich längst Drogen und die darin arbeitenden Fixer wollen uns süchtig halten. Das gelingt ihnen, weil nur fünf Prozent ihrer Informationen wichtig sind, während die restlichen „95 Prozent der Impulse Bullshit sind, mit dem Versprechen, daß irgendwann irgendwo die wahren fünf Prozent erscheinen werden“ (Zitat aus „Medien Archiv“, Agentur Bilwet).

Die AutorInnen der 10 Aufsätze (plus 2 Interviews) sind gewiß keine revolutionäre Guerilleros. Vergeblich warten wir darauf unerhörte Aussagen, bahnbrechende Analysen oder sonstige Unvorfindlichkeiten zu lesen. Kein Stinke- sondern immer und überall nur der erhobene, ein wenig drohende, vor allem aber besserwissersche Zeigefinger. Gewiß (der drohende Finger!) die Fakten werden aufgezählt, aber dabei bleibt es zumeist. Im Lexikon gibt es oft spannendere Geschichten.

LeserInnen müssen aber weder enzyklopädisch gebildet, noch MeisterdenkerInnen oder Schlaumeier sein, um sich vorstellen zu können, daß Konzerngiganten wie Time-Warner, Disney, Bertelsmann, oder Medien-Magnaten wie Rupert Murdoch, Ted Turner, Leo Kirch und unser aller Liebling Silvio Berlusconi nicht nur eine Menge Scheinchen verdienen. Die Macht die in ihren Händen liegt ist – gelinde gesagt – be-



BRINKEMPER/VON DADEISEN/SENG

WORLD MEDIA PARK
 Globale Kulturvermarktung heute

AV

ängstigend. Denn der Einfluß, den sie über ihre TV-Scanner, Zeitungen, Verlage bzw. sonstige Unternehmen auf Otto Normalverbraucher ausüben ist enorm. Gerade auch, weil vieles so undurchsichtig, unscheinbar und subtil daherkommt. Wie pflegte Wim Wenders zu sagen: „Wer im Jahre 2000 die Bilder beherrscht, beherrscht die Welt“, und wie steht es schon 1989 im Aktionärsbericht des weltgrößten Medienunternehmens Time-Warner: „In Gedanken und in der Realität haben wir bereits das 21. Jahrhundert betreten: Die Welt ist unser Zuschauer.“ Na dann, gute Unterhaltung.

Psst! Top secret! Es ist die *Read-only-Memory-Mentalität*, die uns nur konsumieren und konservieren läßt. Es gäbe allerdings (nicht nur theoretisch) eine noch vielfach ungenutzte Möglichkeit mit Medien umzugehen: Genießen ohne zu verblöden. Ziel und Zweck dieser unkomplizierten Aktion: Selbst die Medien zu beherrschen und nicht umgekehrt beherrscht zu werden. Aber nicht weitersagen.

Alexander Larch

Dietrich Reinstadler:
„Aldo Porcaro fu Nunzio pittore parigino. Pazzo o artista?“
Matzner editions, 1994 Bolzano, 48 pagg.

Ho conosciuto Aldo Porcaro in un piccolo albergo posto tra la ferrovia e la statale 12 alla periferia sud della città. Quel suo fare disinvolto e vagamente bohémien aveva effettivamente qualcosa di particolare, di anticonformista che ti colpiva e affascinava, ma d'altra parte poteva anche irritarti. A volte infatti era pressante, altre simpatico: di una cosa certamente non conosceva il valore, del denaro.

Tutto quello che faceva era strettamente collegato alla sua arte, ai suoi quadri, ai suoi disegni, ai suoi acquarelli. Viveva, sirano a dirsi ma è così, grazie ad una forma di baratto. Dormiva in un albergo e pagava con un disegno, comprava le cornici per i suoi quadri e saldava il conto alla stessa maniera.

Di Porcaro poi si vedevano e si conoscevano come centinaia di altri cittadini le



scritte che lasciava ovunque sui muri della città con i suoi pennelli e pennarelli.

"E avanti in una fuga in sol minore quel che fu l'impero del Re Sole", la scritta campeggiava in piazza della Vittoria sul muro esterno della sede del MSI ed è riportata, insieme ad altre in un interessante e agile libricino dal titolo "Aldo Porcaro fu Nuzio pittore parigino" che Dietrich Reinstadler ha dedicato al pittore bolzanino.

"Pazzo o artista" è il sottotitolo dell'opera prima, assai curata sotto il profilo grafico, della Matzner Edizioni ed è assai eloquente nonché chiarificatore del contenuto di quella cinquantina di pagine intercalate dalla riproduzione di disegni. Certo Porcaro non era un artista convenzionale, questo assolutamente no.

Era un artista maledetto anche se la classificazione può risultare riduttiva e appiccicare etichette che poi rimangono indelebili senza possibilità alcuna di poter approfondire l'arte, le capacità, il pensiero di quello che molti ritenevano soltanto come una persona imbarazzante.

Parlo di sentirlo pronto a rispondere che lui "non è mai stato un criminale, neanche nelle peggiori condizioni e situazioni di vita". "Non è questione di fortuna - diceva

Porcaro - perché tra i delinquenti mi ci hanno rifiutato di forza e paradossalmente proprio quelli che predicano l'umanità, la carità, la fratellanza".

Ma a quel poeta del colore che faceva dell'ostentazione di sé un suo cavallo di battaglia si deve forse per forza ragionare in termini di artista maledetto e ci sovviene Charles Baudelaire, poeta francese, di quella Francia che Aldo reputava la sua patria artistica e spirituale tanto che negli ultimi anni faceva il pendolare tra Parigi e Bolzano.

Nell'aprire il suo "Fleurs du mal" Baudelaire scrive "La stoltezza, l'errore, il peccato, l'avarizia, abitano i nostri spiriti e agitano i nostri corpi; noi nutriamo amabili rimorsi come i mendicanti alimentano i loro insetti. I nostri peccati sono testardi, vili i nostri pentimenti: ci facciamo pagare lautamente le nostre confessioni e ritorniamo gai pel sentiero melmoso, convinti d'aver lavato con lagrime miserevoli tutte le nostre macchie".

E forse Aldo, l'anticonformista, il ribelle, rifiutava proprio di percorrere sentieri melmosi e cercava di distruggere il suo io, come scrive Dietrich Reinstadler, senza accorgersi forse che in questa ricerca si esponeva al pericolo di distruggere la pro-

pria persona anziché il proprio io. Invece di liberare il suo spirito dal potere delle norme sociali il rischio era dunque quello di distruggere il suo corpo e non ciò se stesso. Solo in questa maniera però era forse possibile arrivare alle sorgenti della propria anima e creare opere uniche rischiando anche di essere vanesio o narcisista che dir si voglia. Lui si definiva spesso un operatore estetico-artista pittore della nascita.

La creatività e l'abilità, alcune poesie e scritte comparse sui muri cittadini, le riproduzioni di alcuni quadri e disegni caratterizzati da quella luminosità particolare che contraddistingueva il lavoro di Aldo Porcaro sono concentrate in questo libricino coraggioso di Dietrich Reinstadler che ricostruisce una microstoria bolzanina, un granello che a molti ha dato fastidio anche se è vero che Aldo assumeva spesso comportamenti arroganti. Una microstoria che comunque era giusto ripercorrere soprattutto sotto l'aspetto culturale, quell'aspetto che a Bolzano spesso latita e che la rende una città arida come poche altre. Dunque ben vengano lavori come questi.

Gianfranco Benincasa



Etty Hillesum: "Lettere 1942-1943." Adelphi, Milano, 1990

la tragedia della persecuzione degli ebrei e dei campi di concentramento. La sua testimonianza eccezionale è stata scoperta in tempi recenti. Infatti è solo agli inizi degli anni ottanta che in Olanda vengono pubblicati in due distinti volumi, suscitando un vivace dibattito sulla sua figura, le *Lettere* e il *Diario* scritti tra il 1941 e il 1943 e miracolosamente conservati fino ad oggi. La storia di questa donna si intreccia con quelle di altri migliaia di ebrei rinchiusi nel campo di concentramento di Westerbork, un campo di smistamento (*Durchgangslager*) in Olanda orientale, dove sono transitate più di centomila persone. Da lì, dopo un periodo di internamento, i prigionieri venivano trasferiti nel campo di sterminio di Auschwitz. Il campo fu istituito nel 1942 all'indomani dell'occupazione nazista, anno in cui Etty venne assunta in una delle sezioni del Consiglio Ebraico di Amsterdam. I Consigli Ebraici furono una delle invenzioni più "diaboliche" del nazismo: erano degli organismi con cui i vari uffici del Reich preposti alla "soluzione del problema ebraico" si rapportavano per risolvere tutte le questioni inerenti le varie comunità ebraiche rinchiusi nei ghetti, non ultime quelle relative ai trasferimenti nei campi. I Consigli veniva-

no persino obbligati a partecipare alla compilazione delle liste delle persone da internare (in questo modo i carnefici cercavano di rendere le vittime moralmente *corresponsabili* del crimine che subivano, avrebbe osservato Primo Levi). Lavorare per il Consiglio poteva rappresentare una speranza in più di sopravvivenza, perché permetteva di godere di una certa libertà di movimento. Etty chiese però di poter svolgere funzioni di assistenza e venne assegnata a svolgere questo compito nel campo di Westerbork. Come funzionaria del Consiglio poteva lasciare periodicamente il campo per tornare ad Amsterdam, una possibilità che Etty sfruttò tenendo i collegamenti tra i prigionieri e le famiglie. Nel giugno del '43 la situazione precipitò ed Etty non poté più uscire dal campo sino alla deportazione per la Polonia. Etty Hillesum rifiutò sempre tutte le vie di fuga che gli amici le proponevano insistentemente. Un rifiuto *pesante*, visto che era perfettamente consapevole di trovarsi in una situazione senza scampo. Le *Lettere* raccolgono la fitta corrispondenza che Hillesum riuscì a tenere per due anni con i moltissimi amici che aveva ad Amsterdam; due di queste lettere furono pubblicate e diffuse dalla resistenza olandese

Molte persone mi dicono: "Non vogliamo ricordare niente della vita di prima, altrimenti non saremmo in grado di vivere qui". Mentre io posso vivere così bene qui proprio perché ricordo perfettamente ogni cosa di "prima" (per me non è neppure un "prima"); e intanto la mia vita continua.

(Lettere 1942-1943, pag. 66)

Etty Hillesum era una giovane donna olandese di ventisette anni, colta ed emancipata, quando si trovò a vivere sulla propria pelle

nel 1943 per documentare la realtà dei campi. Le *Lettere* sono state pubblicate per la prima volta in Olanda nel 1986, la Adelphi ha curato la versione italiana, la cui prima edizione è uscita nel 1990. Dalle *Lettere* emerge una capacità straordinaria di capire il proprio tempo e gli avvenimenti di cui si è vittima.

Un "arido pezzo di brughiera di cinquecento per seicento metri", Westerbrok, che poteva contenere a stento duemila persone, ma che nel giro di pochi mesi contava già dai trentamila ai quarantamila prigionieri. Dall'estate 1942 all'autunno 1944 i convogli per Auschwitz partirono ininterrottamente uno alla settimana, seguendo il ritmo preciso e pignolo della burocrazia della morte (... *lo scoppietto ininterrotto di molte macchine da scrivere: il fuoco a mitraglia della burocrazia. Lettere pag. 44*).

Hillesum racconta Westerbrok ("questo centro del dolore ebraico") e decine di storie; quasi a voler trasmettere per l'ultima volta un ritratto, un'immagine di persone che da lì a poco sarebbero state cancellate per sempre. Come quel monaco cattolico di origine ebraica che si ritrovava per la prima volta nel "mondo" dopo quindici anni di vita in cianura, o quel ragazzo ebreo che si vantava di avere la testa più dura del muro della prigione, o la ballerina che, anche nel campo, non poteva fare a meno del suo smalto per le unghie, o quella donna anziana che non riusciva a capacitarsi di dove fosse finita ad ottantasette anni di età, alla fine di una lunga vita, o quel cieco che si smarrì in un luogo troppo vicino al filo spinato. Vecchi, giovani, bambini, uomini, donne,

borghesi, proletari, religiosi, laici, gli ebrei di Haarlem, gli ebrei di Maastricht, gli ebrei tedeschi, gli ebrei ... Persone. Ognuna con la sua individualità, ognuna diversa dall'altra. Non semplici numeri destinati al macello. Ed ecco che allora la testimonianza diventa un ultimo, estremo atto di resistenza contro la morte di massa che omologa, appiattisce e non riconosce le individualità.

A Etty però non sfuggivano le gerarchie, le strutture di potere, le divisioni che si ricreavano all'interno del campo tra le stesse vittime: "... non si può certo parlare di una comunità dallo sviluppo organico e dal respiro regolare, - scrive nelle *Lettere* - e tuttavia - cosa stupefacente - vi si possono trovare gli aspetti, le classi, gli "ismi", i contrasti della società odierna (...) ogni volta si è colpiti dal fatto che in una situazione di comune necessità i contrasti permangano" (*Lettere 1942-1943*, pag. 48).

In questo libro troviamo forse una delle più lucide ed efficaci descrizioni di un campo di concentramento che si possano ritrovare nella *letteratura concentrataria*. Hillesum è perfettamente cosciente della situazione paradossale in cui si trova, dove Normalità e Assurdo si intrecciano: "Un ufficiale della gendarmeria raccoglie lupini con aria rapita, il fucile gli penzola sulla schiena. Se guardo a sinistra vedo innalzarsi bianche nuvole di fumo e sento sbuffare una locomotiva. La gente è già stata caricata sui vagoni merci, le porte stanno per chiudersi (...) Oggi si lavora sodo, ci sono in vista dei pezzi grossi dall'Aia. Dalle quattro di stamattina ho avuto di nuove neonati e bagagli da portare. In

quelle ore si potrebbe accumulare malinconia per una vita intera. L'ufficiale amante della natura ha intanto messo insieme il suo mazzo violetto, con cui forse farà la corte ad una contadinella dei dintorni." (*Lettere 1942-1943*, pag. 64)

Dal *Diario* e dalle *Lettere* emerge un senso religioso molto forte ma che non cade mai in una ricerca dogmatica di Dio. Hillesum dialoga con Dio, lo cerca, gli parla. Ha - come ha scritto uno dei suoi massimi studiosi, J. G. Gaarlandt - un *ritmo religioso tutto suo*. La scelta di rimanere a Westerbrok è stata interpretata in vari modi: criticata da chi vi ha visto la volontà quasi autolesionista di sacrificarsi, esaltata da gruppi religiosi cristiani ed ebrei come esempio altissimo di religiosità. In realtà, leggendo Etty, quello che traspare è il ritratto di una donna moderna, dotata di un profondo senso dell'umorismo, che detesta convenzioni e bigottismi. Una donna che ama la vita, che vive intensamente, ma che quando deve scegliere non ha dubbi. Sceglie di non abbandonare quelli che chiama "i miei fratelli".

Il 7 settembre 1943 Etty viene caricata su uno di quei treni che aveva visto partire tanto volte insieme agli anziani genitori ed al fratello. È morta ad Auschwitz il 30 novembre dello stesso anno. Nessuno dei suoi familiari si è salvato.

Bibliografia:

Etty Hillesum, *Lettere 1942-1943*, Adelphi, Milano, 1990
Etty Hillesum, *Diario 1941-1943*, Adelphi, Milano, 1985, sesta edizione 1993

Luca Fregona